

**Anhang I**  
**zum ESF-OP 2014-2020**  
**der Freien und Hansestadt Hamburg**

**SOZIO-ÖKONOMISCHE AUSGANGSLAGE**  
**DES ESF-PROGRAMMS FÜR DIE FÖRDER-**  
**PERIODE 2014-2020 DER FREIEN UND**  
**HANSESTADT HAMBURG**



**Europäische Union**

Europäischer Sozialfonds ESF  
Chancen nutzen, Beschäftigung sichern!



**Hamburg**

Behörde für Arbeit,  
Soziales, Familie  
und Integration

**Ansprechpartner:**

Marcus Neureiter

Berater

Tel.: 040 – 30 20 20 – 137

E-Mail: marcus.neureiter@r-m.com

Carina Lücke

Business Managerin

Tel.: 030 – 30 20 20 – 125

E-Mail: carina.luecke@r-m.com

**Autor:**

Marcus Neureiter

**Unter Mitarbeit von:**

Thomas Mauersberger

Debora Gärtner

Kaspar Molzberger

Michael Jankowski

Tobias Bergmann

Hamburg, Dezember 2013

## INHALT

<b>Abbildungen</b>	<b>IV</b>
<b>Tabellen</b>	<b>VI</b>
<b>1. Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2. Sozio-ökonomische Analyse für Hamburg</b>	<b>3</b>
2.1 Gebiet und Bevölkerung	3
2.1.1 Größe der Bezirke	4
2.1.2 Bevölkerungszusammensetzung in den Bezirken nach Migrationshintergrund	4
2.1.3 Aktuelle Bevölkerungsentwicklung	5
2.1.4 Bevölkerungsprognose	6
2.2 Wirtschaftsleistung und -struktur	8
2.2.1 Wirtschaftsentwicklung	8
2.2.2 Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel	8
2.2.3 Betriebsgrößenstruktur	11
2.3 Beschäftigung und Arbeitsmarkt	12
2.3.1 Erwerbstätigkeit, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Selbständigkeit	13
2.3.2 Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der offenen Stellen	23
2.3.3 Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt	27
2.3.4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf	29
2.4 Bildung und Lebenslanges Lernen	32
2.4.1 Qualifikationsstruktur der allgemeinen Bevölkerung, der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen	32
2.4.2 Leistungsfähigkeit des formalen Bildungssystems	37
2.4.3 Lebenslanges Lernen und Weiterbildungsbeteiligung von Beschäftigten und Unternehmen	57
2.5 Armut und Armutsgefährdung	65
2.5.1 Langzeitarbeitslosigkeit und verfestigte Arbeitslosigkeit	65
2.5.2 Armutsgefährdung	66
2.5.3 Armut und Armutsgefährdung in den Stadtteilen	70
2.6 Entwicklungen bei spezifischen Zielgruppen	76
2.6.1 Jugendliche	76
2.6.2 Ältere	77
2.6.3 Migrantinnen und Migranten	77
2.6.4 Menschen mit Behinderung	78
2.6.5 Strafgefangene	80
2.7 Quantifizierte Ziele des NRP - Überblick	82
<b>3. Analyse der Stärken und Schwächen der Freien und Hansestadt und Ableitung der Handlungserfordernisse</b>	<b>84</b>
3.1 Beschäftigung und Arbeitsmarkt	84
3.2 Bildung und lebenslanges Lernen	87
3.3 Armut und Armutsgefährdung	90
<b>Literatur und Datenquellen</b>	<b>92</b>
Datenquellen für Sekundärstatistiken	92
EU-Dokumente und Strategiepapiere	98

## ABBILDUNGEN

Abbildung 2-1: Die Freie und Hansestadt Hamburg und ihre Bezirke.....	4
Abbildung 2-2: Bevölkerung in der Freien und Hansestadt Hamburg nach Migrationshintergrund und Bezirken am 31.12.2010 (Schätzung auf Basis des Melderegisters) .....	5
Abbildung 2-3: Entwicklung der Bevölkerung in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011 – Veränderungsraten nach Altersgruppen.....	6
Abbildung 2-4: Entwicklung der Bevölkerung in Hamburg und Deutschland 2010 bis 2030 (Prognose – Variante 1-W1) – Veränderungsraten nach Altersgruppen.....	7
Abbildung 2-5: BIP (real) in Hamburg und der Bundesrepublik Deutschland 2009 bis 2011 – Veränderung zum Vorjahr .....	8
Abbildung 2-6: Sektorale Bruttowertschöpfung in Hamburg (oben) und der Bundesrepublik Deutschland (unten) 2011 im Vergleich.....	9
Abbildung 2-7: Veränderung der Bruttowertschöpfung nach Branchen in Hamburg und Deutschland 2008 bis 2011 preisbereinigt in Prozent.....	10
Abbildung 2-8: Anteil der Betriebe nach Beschäftigungsgrößenklassen in Hamburg 2010 .....	11
Abbildung 2-9: Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter (am Arbeitsort) in Betrieben in Hamburg und Deutschland nach Beschäftigungsgrößenklassen 2010... 12	12
Abbildung 2-10: Veränderung der Anzahl der Erwerbstätigen, Selbständigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011 .....	13
Abbildung 2-11: Durchschnittliche Gründerquoten (2007 bis 2011) nach Bundesländern .....	14
Abbildung 2-12: Erwerbstätigenquoten (an der Bevölkerung im Alter von 20-64 Jahren) in Hamburg nach Alter und Geschlecht 2005 bis 2012 .....	16
Abbildung 2-13: Erwerbstätigenquoten (bezogen auf die Gesamtbevölkerung) in Hamburg und Deutschland insgesamt, von Personen mit Migrationshintergrund und von Ausländern 2008.....	16
Abbildung 2-14: Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in Teilzeit in Hamburg und Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (jeweils am Arbeitsort) in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011.19	19
Abbildung 2-15: Frauenanteil an den in Teilzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011 .....	20
Abbildung 2-16: Anteil der Leiharbeiter an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Bundesländern 2011 .....	20
Abbildung 2-17: Anzahl der ausschließlich und im Nebenjob geringfügig Beschäftigten in Hamburg 2005 bis 2011 (jeweils Ende Dezember) .....	21
Abbildung 2-18: Frauenanteile an den ausschließlich geringfügig Beschäftigten und den im Nebenjob geringfügig Beschäftigten in Hamburg und Deutschland 2005-2011 (jeweils Ende Dezember) .....	22
Abbildung 2-19: Gemeldete sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen (Jahresdurchschnitt) in Hamburg, Veränderungsraten der Anzahl der gemeldeten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen in Hamburg und Deutschland 2005- 2011.....	24
Abbildung 2-20: Arbeitslosenquoten (bezogen auf abhängig zivile Erwerbspersonen, im Jahresdurchschnitt) in Hamburg und Deutschland 2005-2011 .....	25
Abbildung 2-21: Arbeitslosenquoten (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) nach Hamburger Bezirken 2011 (Stichtag 30. Juni) .....	27
Abbildung 2-22: Gender Pay Gap nach Bundesländern 2011.....	28
Abbildung 2-23: Frauenanteil in Führungspositionen nach Bundesländern 2011 .....	29
Abbildung 2-24: Kinder unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung nach Bundesländern 2011 (1. März) .....	30
Abbildung 2-25: Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsstand in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011 .....	33
Abbildung 2-26: Qualifikationsstruktur der allgemeinen Bevölkerung über 15 Jahren in Hamburg und Deutschland nach Geschlecht 2011 .....	34
Abbildung 2-27: Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen in Hamburg nach Geschlecht 2005 und 2010.....	35

Abbildung 2-28: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter von 50 bis unter 65 Jahren an den 15- bis unter 65-jährigen nach Berufsbereichen 2008.....	35
Abbildung 2-29: Qualifikationsstruktur der Erwerbslosen in Hamburg nach Geschlecht 2005 und 2010.....	36
Abbildung 2-30: Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011 .....	37
Abbildung 2-31: Anteile der Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach verschiedenen Sektoren in Hamburg und Deutschland 2011.....	38
Abbildung 2-32: Frauenanteile bei den Anfängern in den verschiedenen Sektoren in Hamburg 2011 .....	38
Abbildung 2-33: Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Schulabschluss in Hamburg und Deutschland 2005 und 2010 .....	40
Abbildung 2-34: Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Migrationshinweis, Staatsangehörigkeit und Schulabschluss in Hamburg 2010 .....	41
Abbildung 2-35: Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Geschlecht und Schulabschluss in Hamburg 2010.....	42
Abbildung 2-36: Jugendliche im Übergangsbereich nach Konten in Hamburg 2011 (n = 4.981).....	43
Abbildung 2-37: Anteil der Auszubildenden in Hamburg und Deutschland nach Ausbildungsbereich 2011 .....	44
Abbildung 2-38: Frauenanteile an den Auszubildenden nach Ausbildungsbereichen in Hamburg und Deutschland 2011 .....	45
Abbildung 2-39: Ausbildungsquote nach Betriebsgröße in Hamburg und Deutschland 2010.....	46
Abbildung 2-40: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Hamburg 2005 bis 2011 ..	46
Abbildung 2-41: Bewerber-/innen pro gemeldete Berufsausbildungsstelle in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011 (Stichtag jeweils 30. September).....	47
Abbildung 2-42: Unversorgte Bewerber-/innen je unbesetzte Berufsausbildungsstelle in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011 (Stichtag jeweils 30. September) .....	48
Abbildung 2-43: Vertragslösungsquoten nach Bundesländern 2011.....	49
Abbildung 2-44: Vertragslösungsquoten nach ausgewählten Merkmalen in Hamburg 2011 .....	50
Abbildung 2-45: Anzahl der Studierenden in Hamburg nach Geschlecht im Wintersemester 2005/06 bis 2011/12 .....	50
Abbildung 2-46: Studierende nach Fächergruppen in Hamburg und Deutschland im Wintersemester 2010/11 .....	51
Abbildung 2-47: Hochschulabsolventinnen und -absolventen nach Fächergruppen in Hamburg 2005 und 2011 .....	52
Abbildung 2-48: Frauenanteile an den Hochschulabsolventinnen und -absolventen nach Fächergruppen in Hamburg 2005 und 2011 .....	54
Abbildung 2-49: Erfolgsquote nach Bundesländern 2010 .....	55
Abbildung 2-50: Teilnahme der Bevölkerung im Alter von 25-64 Jahren an allgemeiner und beruflicher Bildung in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011 .....	58
Abbildung 2-51: Weiterbildung in Hamburger KMU nach Betriebsgröße 2009.....	61
Abbildung 2-52: Weiterbildungsquote nach Qualifikation in Hamburger KMU, die Weiterbildung durchführen im Jahr 2009 .....	62
Abbildung 2-53: Arten der Weiterbildung in Hamburger KMU 2009 .....	63
Abbildung 2-54: Gründe für Nicht-Beteiligung an Weiterbildung unter Hamburger KMU 2009.....	64
Abbildung 2-55: Langzeitarbeitslose in Hamburg und Deutschland 2008 bis 2012 .....	65
Abbildung 2-56: SGB II-Empfängerquoten in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2012 .....	66
Abbildung 2-57: Armutsgefährdungsquoten (gemessen am Bundesmedian) in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2012 .....	68
Abbildung 2-58: Armutsgefährdungsquoten (gemessen am Bundesmedian) nach Alter in Hamburg 2012 .....	68
Abbildung 2-59: Armutsgefährdungsquoten (gemessen am Bundesmedian) nach Haushaltstypen in Hamburg 2012 .....	69

Abbildung 2-60: Armutsgefährdungsquoten (gemessen am Bundesmedian) nach Qualifikationsniveau der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt in Hamburg 2012 .....	69
Abbildung 2-61: Armutsgefährdungsquoten (gemessen am Bundesmedian) nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund in Hamburg 2012 .....	70
Abbildung 2-62: Statusindex des Sozialmonitorings nach statistischen Gebieten 2011...71	
Abbildung 2-63: Gesamtindex des Sozialmonitorings nach statistischen Gebieten 2011.75	
Abbildung 2-64: Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter an der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter .....	77
Abbildung 2-65: Anteil der mit schwerbehinderten, gleichgestellten oder sonstig anrechnungsfähigen Personen besetzten Arbeitsplätze an allen zu zählenden Arbeitsplätzen nach §§ 71ff. SGB IX.....	79
Abbildung 3-1: Aufbau und Vorgehen SWOT-Analyse .....	84

## TABELLEN

Tabelle 2-1: Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in den einzelnen Branchen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) in Hamburg 2008 bis 2010 .....	18
Tabelle 2-2: Arbeitslosenquoten (bezogen auf abhängig zivile Erwerbspersonen, im Jahresdurchschnitt) in Hamburg und Deutschland nach Geschlecht, Alter und Nationalität .....	26
Tabelle 2-3: Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Rechtskreis SGB II mit Bezugsdauer 2 Jahre und länger am Gesamtbestand in Prozent 2009 bis 2012 (Berichtsmonat Dezember).....	66
Tabelle 2-4: SGB II-Empfängerquoten nach ausgewählten Merkmalen in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2012 .....	67
Tabelle 2-5: Anteil Arbeitslose in der 15- bis unter 65-Jährigen im Juni 2011 nach Stadtteilen .....	72
Tabelle 2-6: Leistungsempfänger nach SGB II in Prozent an der Bevölkerung insgesamt im März 2011 nach Stadtteilen .....	72
Tabelle 2-7: Anteil der unter 15-Jährigen in Mindestsicherung in Prozent im März 2011 nach Stadtteilen.....	73
Tabelle 2-8: Gesamtindex des Sozialmonitorings 2011.....	74
Tabelle 2-9: Anzahl Schwerbehinderter nach Alter und Geschlecht in Hamburg 2005 und 2011.....	78
Tabelle 2-10: Anteil Schwerbehinderter an den Arbeitslosen in Hamburg und Deutschland 2008 bis 2011 .....	79
Tabelle 2-11: Anzahl der Gefangenen und Verwahrten in Hamburg 2005 und 2010 nach Alter und Geschlecht.....	80
Tabelle 2-12: Benchmarks der Europa 2020-Strategie für Deutschland .....	82
Tabelle 3-1: SWOT-Analyse und Ableitung der Handlungserfordernisse im Bereich „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“.....	85
Tabelle 3-2: SWOT-Analyse und Ableitung der Handlungserfordernisse im Bereich „Bildung und lebenslanges Lernen“ .....	87
Tabelle 3-3: SWOT-Analyse und Ableitung der Handlungserfordernisse im Bereich „Armut und Armutsgefährdung“ .....	90

## 1. EINLEITUNG

Für die 2014 beginnende neue Förderperiode der Europäischen Strukturfonds wird die Freie und Hansestadt Hamburg bis 2020 unter anderem Mittelzuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) erhalten. Der Europäische Sozialfonds (ESF) wurde eingerichtet, um den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Europäischen Union zu fördern und Unterschiede in Wohlstand und Lebensstandards in den Regionen der Mitgliedsstaaten abzubauen. Die ESF-Mittel der Förderperiode 2014-2020 sollen zielgerichtet zur Erreichung der Ziele der Europa 2020-Strategie eingesetzt werden (vgl. Allg. VO).

In der Europa 2020-Strategie sind Kernziele festgelegt, wovon für den Europäischen Sozialfonds die folgenden drei von besonderer Relevanz sind:

- **Beschäftigung:** 75 Prozent der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sollen in Arbeit stehen.
- **Bildung:**
  - Der Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne einen Abschluss der Sekundarstufe II, die sich zudem nicht in (Aus-)Bildung befinden und in den letzten vier Wochen auch nicht an non-formalen Bildungsveranstaltungen teilgenommen haben, soll auf weniger als zehn Prozent der 18- bis 24-Jährigen verringert werden.
  - Mindestens 40 Prozent der 30- bis 34-Jährigen sollen einen Hochschulabschluss besitzen.
- **Armutsbekämpfung:** Die Zahl der armutsgefährdeten Personen soll um 20 Millionen sinken (Europäische Kommission 2010).

Auf die europaweite Verfolgung und Erreichung dieser Ziele sind auch die Leitlinien für Beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedsstaaten<sup>1</sup>, das Nationale Reformprogramm 2012 (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) sowie die Länderspezifischen Empfehlungen des Rates zum Nationalen Reformprogramm ausgerichtet (Council of the European Union 2012).

Die sozio-ökonomische Analyse ist der Ausgangspunkt für die Erstellung einer passgenauen, bedarfsgerechten Programmstrategie für das ESF-Programm der Freien und Hansestadt Hamburg 2014-2020. Sie soll dazu dienen, die regionalen Herausforderungen und Bedarfe im Hinblick auf die Europa 2020-Strategie zu identifizieren und herauszuarbeiten.

Entlang wesentlicher sozio-ökonomischer Aspekte skizziert sie die aktuelle Situation und die zurückliegenden sowie zu erwartenden Entwicklungen der Freien und Hansestadt Hamburg. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen die für den Interventionsbereich des ESF relevanten Themenfelder **Beschäftigung, Bildung und Armutsentwicklung**. Die Struktur der sozio-ökonomischen Analyse berücksichtigt jeweils die Situation von Frauen und Männern und – soweit die Daten dies erlauben – die Situation von Menschen mit Migrationshintergrund. Außerdem wird die räumliche Dimension berücksichtigt, wo dies auf Grundlage der Daten möglich und sinnvoll ist. Die Analysen werden jeweils für die Situation Hamburgs und Deutschlands dargestellt. Soweit notwendig, wird ein Vergleich mit den EU-27-Staaten der Europäischen Union gezogen. Allgemein ist anzumerken, dass die Datenstände der jeweiligen Quellen divergieren. Es wurde versucht, immer das aktuellste Datenmaterial zur Verwendung zu bringen.<sup>2</sup> Als Baseline wird durchgehend das Jahr 2005 verwendet – sofern die Datenlage dies zulässt und keine Brüche in den Zeitreihen vorliegen. Mit Betrachtung der Entwicklungen in

<sup>1</sup> Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010 über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedsstaaten (2010/707/EU).

<sup>2</sup> Diese Aussage bezieht sich auf den Erstellungszeitpunkt im Herbst 2012. Auf Wunsch der Kommission wurde im Herbst 2013 eine Aktualisierung von Kerndaten vorgenommen, die für die Programmstrategie maßgeblich sind und/oder den Zielerreichungsgrad bei der Europa 2020-Strategie darstellen.

diesem Zeitraum ist zugleich eine Begleitung der derzeitigen ESF-Förderperiode 2007-2013 mit statistischen Kontextinformationen gewährleistet.

Die Analysen fußen überwiegend auf Sekundärdaten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein, des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, des Statistischen Bundesamts, der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, der Bundesagentur für Arbeit, des Instituts für Mittelstandforschung, und Eurostat. Des Weiteren flossen relevante Berichte der Freien und Hansestadt Hamburg und des Bundes sowie aktuelle Studien und Sonderberichte in die Analysen ein.



## 2. SOZIO-ÖKONOMISCHE ANALYSE FÜR HAMBURG

Die sozio-ökonomische Analyse für Hamburg ist wie folgt aufgebaut: Zunächst werden in Kapitel 2.1 Daten zur Bevölkerung und Bevölkerungsverteilung betrachtet. Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung wird anhand von Bevölkerungsprognosen bis zum Jahr 2030 analysiert. Anschließend werden in Kapitel 2.2 die Wirtschaftsleistung und -struktur untersucht. Wichtige Indikatoren hierfür sind das Wirtschaftswachstum, die Entwicklung der sektoralen Bruttowertschöpfung sowie die Betriebsgrößenstruktur in Hamburg. Diese beiden Kapitel geben somit einen Überblick über die gegebenen Rahmenbedingungen und Grundtendenzen für die ESF-Interventionen in der kommenden Förderperiode.

Die Kapitel 2.3 bis 2.5 beschäftigen sich mit den Kernthemen der Europa 2020-Strategie und der Interventionsbereiche des ESF.

Kapitel 2.3 betrachtet dabei die Arbeitsmarktentwicklung in Hamburg zwischen 2005 und 2011. Neben der Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung werden auch die Entwicklung atypischer Beschäftigungsverhältnisse (Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit) sowie die Entwicklung der Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrachtet.

Kapitel 2.4 beschäftigt sich mit Bildung und lebenslangem Lernen. Zunächst wird dabei die Qualifikationsstruktur in der allgemeinen Bevölkerung, bei den Erwerbstätigen und bei den Erwerbslosen betrachtet. Im Anschluss werden die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Hamburg dargestellt. Schließlich liegt ein weiterer Fokus auf lebenslangem Lernen, und hier insbesondere auf der Teilnahme an betrieblicher Weiterbildung.

Kapitel 2.5 richtet den Blick schließlich auf die Langzeitarbeitslosigkeit und den verfestigten Bezug von Sozialleistungen. Außerdem wird die Armutsgefährdung nach verschiedenen Merkmalen unter die Lupe genommen. Schließlich wird die Armutsgefährdung nach Stadtteilen betrachtet.

Kapitel 2.6 fasst die Erkenntnisse über spezifische Zielgruppen (Jüngere, Ältere, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung, Strafgefangene) über die verschiedenen Themenbereiche noch einmal zusammen.

Kapitel 2.7 stellt die quantifizierten Ziele der Europa 2020-Strategie und des Nationalen Reformprogramms und den aktuellen Zielerreichungsstand auf Bundes- und auf Landesebene noch einmal überblicksartig dar.

### 2.1 Gebiet und Bevölkerung

Mit 1,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern zum Ende des Jahres 2011 (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2012a) ist die Freie und Hansestadt Hamburg die zweitgrößte Stadt Deutschlands. Das Stadtgebiet umfasst eine Fläche von 755,3 km<sup>2</sup> und wird umschlossen von den Flächenländern Schleswig-Holstein im Norden und Niedersachsen im Süden. Die Stadt teilt sich in sieben Bezirke auf. Die Bevölkerungsdichte nimmt im Vergleich zu den anderen Stadtstaaten Berlin und Bremen mit 2.366 Einwohnerinnen und Einwohnern je km<sup>2</sup> die Mittelposition ein. So weist im Vergleich der Stadtstaaten Bremen die geringste (1.576) und Berlin (3.899) die höchste Anzahl an Einwohnerinnen und Einwohnern je km<sup>2</sup> auf<sup>3</sup> (Statistisches Bundesamt 2012a).

Folgende Abbildung stellt die Freie und Hansestadt unterteilt in die sieben Stadtbezirke dar.

<sup>3</sup> Alle in diesem Absatz genannten Bevölkerungszahlen beruhen auf einer Fortschreibung der Volkszählung von 1987.

**Abbildung 2-1: Die Freie und Hansestadt Hamburg und ihre Bezirke**



Karte erstellt mit Regio Graph.

In den folgenden Abschnitten wird die Zusammensetzung und Entwicklung der Bevölkerung in der Freien und Hansestadt Hamburg dargestellt.

### **2.1.1 Größe der Bezirke**

Im Jahr 2010 hat Wandsbek im Nordosten Hamburgs mit 411.112 Bewohnerinnen und Bewohnern den deutlich größten Anteil an der Gesamtbevölkerung. An zweiter Stelle folgt der Bezirk Hamburg-Nord mit 282.204, gefolgt von Hamburg-Mitte mit 277.474 Bewohnerinnen und Bewohnern. Die an der Bevölkerung gemessen kleinsten Bezirke sind Bergedorf mit 120.462 und Harburg mit 152.534 Einwohnerinnen und Einwohnern. Altona (251.308) und Eimsbüttel (246.421) nehmen die mittleren Positionen ein.

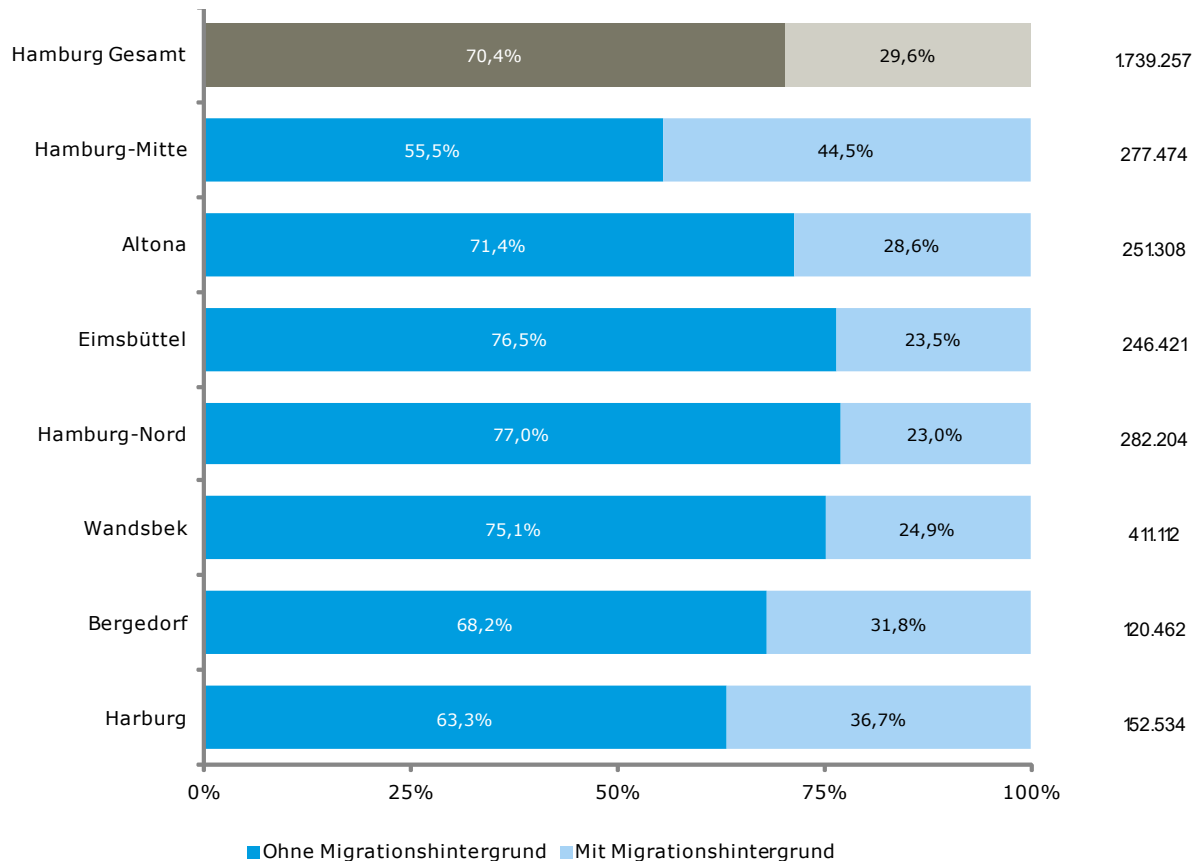
### **2.1.2 Bevölkerungszusammensetzung in den Bezirken nach Migrationshintergrund**

514.820 Menschen in Hamburg besaßen im Jahr 2010 einen Migrationshintergrund, was einem Anteil von 29,6 Prozent an der Gesamtbevölkerung entspricht (siehe Abbildung 2-2). Hamburg verfügt damit über einen ähnlich hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund wie die Freie Hansestadt Bremen, und einen etwas höheren Anteil als das Land Berlin. Bundesweit hat circa 19,3 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt 2011a).

Zwischen den Hamburger Bezirken bestehen große Unterschiede in den Anteilen der Personen mit Migrationshintergrund: So weist der Bezirk Hamburg-Mitte mit 44,5 Prozent den höchsten Anteil an Migrantinnen und Migranten an der Bevölkerung auf. Auch die Bezirke Harburg und Bergedorf haben

mit 36,7 Prozent bzw. 31,8 Prozent hohe Anteile von Personen mit Migrationshintergrund. Den geringsten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund weist der Bezirk Hamburg-Nord mit 23 Prozent auf.

**Abbildung 2-2: Bevölkerung in der Freien und Hansestadt Hamburg nach Migrationshintergrund und Bezirken am 31.12.2010 (Schätzung auf Basis des Melderegisters)**



Anmerkung: Die Angaben zur Bevölkerung nach Migrationshintergrund beruhen auf Schätzungen, basierend auf einem anonymisierten Auszugs des amtlichen Melderegisters vom 31.12.2010. Es ergeben sich Abweichungen zu den anderen in diesem Kapitel verwendeten Bevölkerungszahlen, die auf einer Fortschreibung des Zensus von 1987 beruhen.

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2011a, eigene Darstellung  
Rambøll Management Consulting.

### 2.1.3 Aktuelle Bevölkerungsentwicklung

Die Gesamtbevölkerung Hamburgs stieg in den Jahren 2005 bis 2011 um circa 55.000 auf nunmehr 1.798.836 Personen an (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2012a). Dies entspricht einem Bevölkerungszuwachs von 3,2 Prozent seit 2005. Damit verläuft die Entwicklung in Hamburg entgegen dem Bundestrend. So nahm in Deutschland die Bevölkerungszahl im gleichen Zeitraum um insgesamt 0,9 Prozent ab (siehe Abbildung 2-3). Auch im Vergleich zu den beiden anderen Stadtstaaten, Bremen (-0,5 Prozent) und Berlin (+2,5 Prozent)<sup>4</sup>, nimmt Hamburg mit diesem Wert einen Spitzenplatz beim Bevölkerungszuwachs ein.

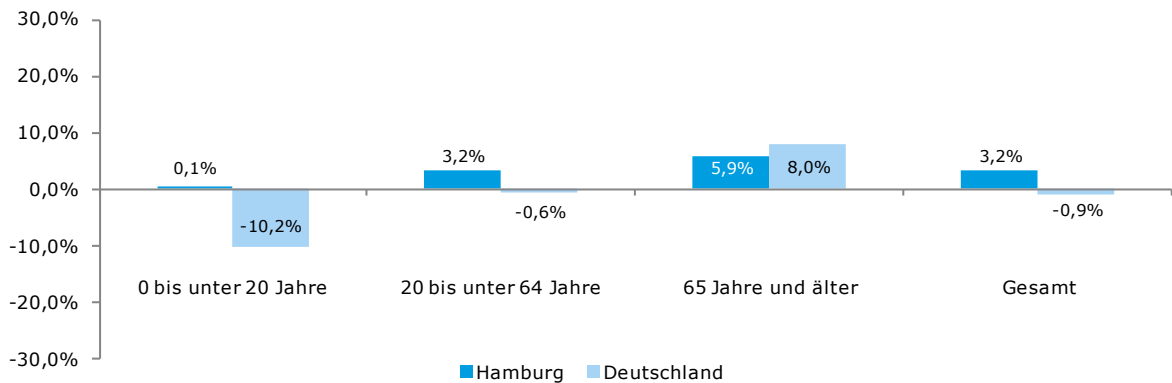
Die Entwicklung, die sich für die Bevölkerung Hamburgs zeigt, lässt sich auf die Attraktivität der Stadt für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus dem restlichen Bundesgebiet (Binnenmigration), aber

<sup>4</sup> Statistisches Bundesamt 2012b, Statistisches Bundesamt 2012c, eigene Berechnungen Rambøll Management Consulting.

auch aus dem Ausland (Außenmigration) zurückführen. Zwischen 2005 und 2010 sind netto 54.722 Menschen nach Hamburg zugewandert, davon 50.082 aus dem übrigen Bundesgebiet und 4.640 aus dem Ausland<sup>5</sup>. Die Zuzüge fallen dabei vor allem in die Altersgruppe der 10- bis 35-Jährigen (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2012b: 26). So konnten die unmittelbaren Auswirkungen des demografischen Wandels bisher neutralisiert werden. Auch der Saldo aus Geburten und Sterbefällen – der seit 1975 stets negativ war – nahm in den vergangenen Jahren stetig zu; 2010 gab es erstmals wieder mehr Geburten als Sterbefälle auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2012b: 16).

Betrachtet man die daraus resultierende Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen zwischen 2005 und 2011, so zeigt sich im Vergleich zum Bundesdurchschnitt eine weitgehende Bevölkerungsstabilität bei der Gruppe der Unter-20-Jährigen. In Deutschland insgesamt hat die Zahl der Unter-20-Jährigen zwischen 2005 und 2011 um über zehn Prozent abgenommen. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter hat sich im gleichen Zeitraum in der Freien und Hansestadt Hamburg um 3,2 Prozent erhöht, gegenüber einem Rückgang von 0,6 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland. Schließlich zeigt sich in Hamburg wie in der restlichen Bundesrepublik ein Anstieg der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter; dieser fällt jedoch mit 5,9 Prozent etwas geringer aus als der Anstieg auf Bundesebene von acht Prozent.

**Abbildung 2-3: Entwicklung der Bevölkerung in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011 – Veränderungsrate nach Altersgruppen**



Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2006-2012a, Statistisches Bundesamt 2012c, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

### 2.1.4 Bevölkerungsprognose

Ein Blick auf die Bevölkerungsprognose bis 2030 zeigt folgendes Bild: Insgesamt wird die Bevölkerung in der Freien und Hansestadt Hamburg von 2010 bis 2030 um 3,9 Prozent auf 1,85 Millionen anwachsen. Demgegenüber steht ein Bevölkerungsrückgang in der gesamten Bundesrepublik um 5,2 Prozent. Auch die beiden anderen Stadtstaaten – Berlin und Bremen – werden nach dieser Prognose einen leichten Bevölkerungsrückgang erleiden.

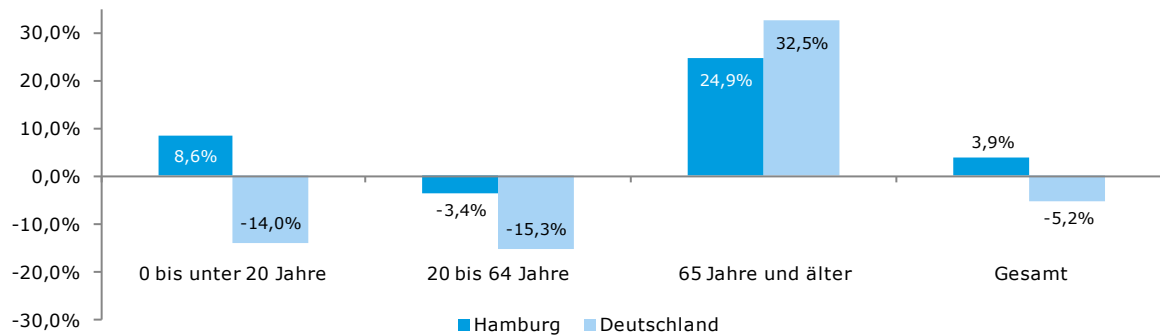
Betrachtet man die prognostizierte Entwicklung nach Altersgruppen, so ist ein Zuwachs bei den Jüngeren (+8,6 Prozent) und den Älteren (+24,9 Prozent) sowie ein leichter Rückgang der Bevölkerungszahlen bei Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren (-3,4 Prozent) zu erwarten. In absoluten Zahlen bedeutet dies einen Rückgang um circa 39.000 Personen im erwerbsfähigen Alter. In Deutschland insgesamt wird der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

<sup>5</sup> Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2012: Statistisches Jahrbuch Hamburg 2011/2012, S. 28, eigene Berechnungen Rambøll Management Consulting.

mit -15,3 Prozent und der Zuwachs der Älteren in der Bevölkerung mit +32,5 Prozent deutlich stärker ausfallen. Auch in den Stadtstaaten Berlin und Bremen ist mit -14 bzw. -10 Prozent ein relativ starker Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis 2030 zu erwarten. Der Zuwachs der Bevölkerung unter 20 Jahren in Hamburg verläuft gegen den Trend in der gesamten Bundesrepublik und auch gegen den Trend in den anderen Stadtstaaten.

Insgesamt ist Hamburg somit in einer vergleichsweise guten Position: Der demografische Wandel wird zwar auch hier bis 2030 spürbar werden – allerdings langsamer und zunächst weniger deutlich als in den anderen Stadtstaaten und der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Bis 2060 ist jedoch auch in Hamburg mit einem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um 26,4 Prozent (absolut: circa 302.000 Personen) zu rechnen. Die Prognose für den Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter für Hamburg ist damit langfristig in etwa so hoch wie für Bremen und etwas positiver als für Berlin (Statistisches Bundesamt 2010a).

**Abbildung 2-4: Entwicklung der Bevölkerung in Hamburg und Deutschland 2010 bis 2030 (Prognose – Variante 1-W1) – Veränderungsrate nach Altersgruppen**



Anmerkung: Die Prognosen der Variante 1-W1 beruhen auf folgenden vier Annahmen:

1. Konstante zusammengefasste Geburtenziffer von 1,4 Kindern pro Frau.
2. Anstieg der Lebenserwartung bei Jungen um etwa acht und bei Mädchen um etwa sieben Jahre bis 2060.
3. Jährlicher Außenwanderungssaldo steigt bis zum Jahr 2014 auf 100.000 Personen und verharrt bis zum Jahr 2060 auf diesem Niveau.
4. Zur Binnenwanderung wird angenommen, dass der Anteil der Bevölkerung, der in ein anderes Bundesland fortzieht, bis zum Jahr 2020 konstant bleibt und den altersspezifischen durchschnittlichen Fortzugsraten der Jahre 2005 bis 2007 entspricht. Die Zuzüge eines Bundeslandes ergeben sich als Summe der Fortzüge der übrigen 15 Länder in dieses Land. Zwischen den Jahren 2020 und 2030 wird von einer allmählichen Abschwächung der Binnenwanderung ausgegangen. Ab dem Jahr 2030 werden keine Binnenwanderungen mehr angenommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2010, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

### Zusammenfassung 2-1: Gebiet und Bevölkerung

- Die Freie und Hansestadt Hamburg hat mit 29,6 Prozent den bundesweit höchsten Migrantenanteil an der Gesamtbevölkerung. In den Bezirken Hamburg-Mitte, Bergedorf und Harburg erreicht er sogar über 30 Prozent.
- Das Erwerbspersonenpotential hat in Hamburg seit 2005 um 3,2 Prozent zugenommen. Der demografische Wandel wird in Hamburg bis 2030 zu einem vergleichsweise geringen Rückgang im Erwerbspersonenpotential um 3,4 Prozent führen. Langfristig (bis 2060) wird der demografische Wandel jedoch auch für Hamburg einen Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter um über ein Viertel im Vergleich zum Jahr 2010 bedeuten.

## 2.2 Wirtschaftsleistung und -struktur

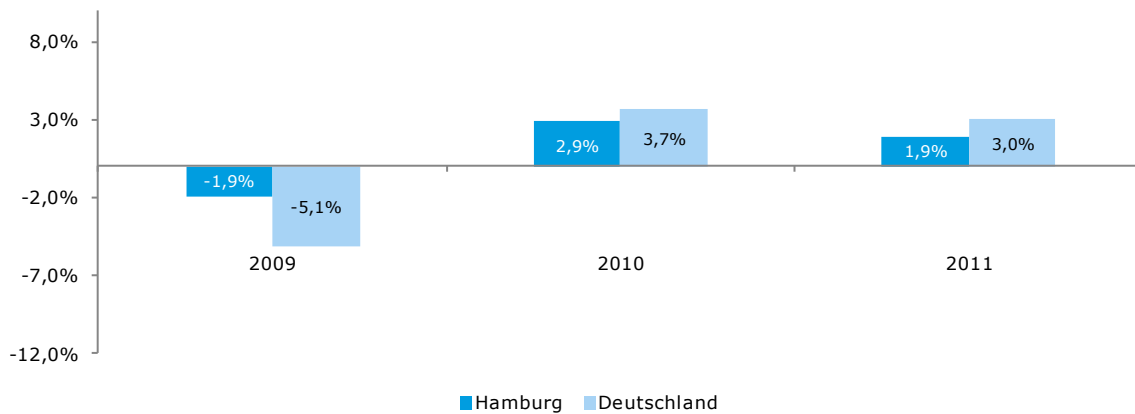
Im Folgenden soll die Wirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg genauer betrachtet werden. Nach der allgemeinen Darstellung der Wirtschaftsentwicklung in Kapitel 2.2.1 folgt die Darstellung der Wirtschaftsstruktur und des Strukturwandels in Kapitel 2.2.2. Schließlich geht Kapitel 2.2.3 auf die Betriebsgrößenstruktur und die Verteilung der Beschäftigten auf die unterschiedlichen Betriebsgrößen ein.

### 2.2.1 Wirtschaftsentwicklung

Im Jahr 2011 wurde in Hamburg ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 94,4 Milliarden Euro erwirtschaftet. Preisbereinigt (real) entspricht dies einer Steigerung von 1,9 Prozent zum Jahr 2010. Verglichen mit der Entwicklung von 2009 auf 2010 bedeutet dies einen Rückgang der Steigerungsrate um einen Prozentpunkt. Hamburg hat sich somit insgesamt gut vom durch die Finanz- und Wirtschaftskrise bedingten Rückgang des realen BIP um 1,9 Prozent von 2008 auf 2009 erholt.

Im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland fällt auf, dass die Schwankungen in der Wirtschaftsleistung in Hamburg in den vergangenen Jahren – im positiven wie im negativen – deutlich geringer ausfallen (siehe Abbildung 2-5). So waren auch die Auswirkungen der Krise in den Jahren 2008 und 2009 in Hamburg weniger spürbar als in Deutschland insgesamt.

**Abbildung 2-5: BIP (real) in Hamburg und der Bundesrepublik Deutschland 2009 bis 2011 – Veränderung zum Vorjahr**



Anmerkung: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde 2011 an die neue Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), angepasst. Im Zuge der umfassenden Revisionsarbeiten wurden dabei zunächst die Ergebnisse am aktuellen Rand für die Berichtsjahre 2008 bis 2011 veröffentlicht. Die Revision der Zeitreihen 1991 bis 2007 der BIP- und Bruttowertschöpfungs-Länderdaten ist momentan noch nicht abgeschlossen.

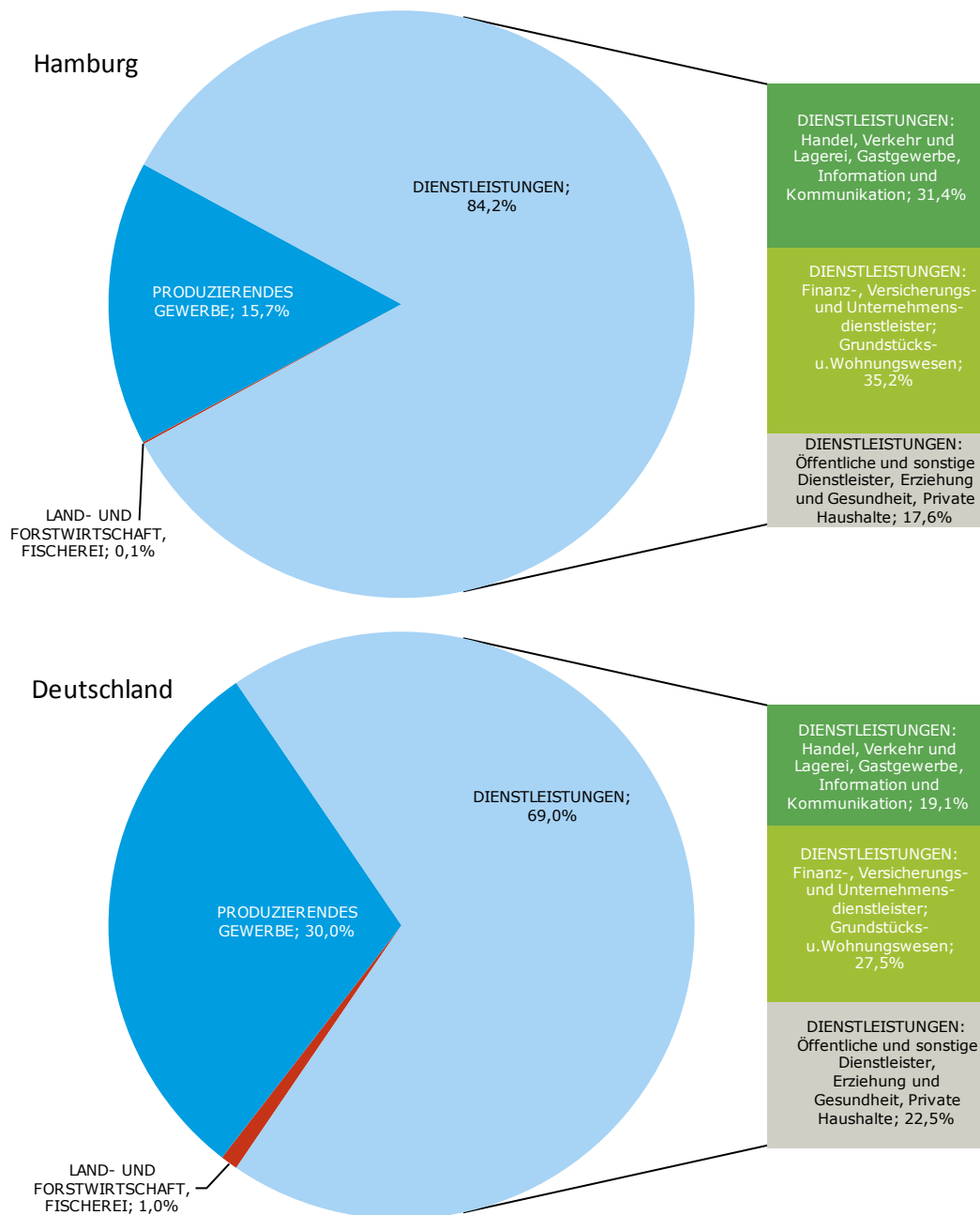
Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder 2012, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

### 2.2.2 Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel

Die gemäßigten Schwankungen im realen BIP in Hamburg liegen auch in der Wirtschaftsstruktur begründet: 84,2 Prozent der Bruttowertschöpfung in Hamburg fanden im Jahr 2011 im Dienstleistungssektor statt, nur 15,7 Prozent im Produzierenden Gewerbe und 0,1 Prozent in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. In der Bundesrepublik insgesamt fielen dagegen nur 69 Prozent der Bruttowertschöpfung auf den Dienstleistungssektor, jedoch 30 Prozent auf das Produzierende Gewerbe. Die Dienstleistungsbereiche Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen zusammen mit dem Grundstücks- und Wohnungswesen (35,2 Prozent), die Bereiche Handel, Verkehr und Lage-

rei, Gastgewerbe sowie Information und Kommunikation (31,4 Prozent) machten in Hamburg im Jahr 2011 zusammen bereits 66,6 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung aus (in Deutschland: 46,6 Prozent). Im Bereich der Dienstleistungen hatten lediglich die öffentlichen und sonstigen Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit und Private Haushalte in Hamburg einen geringeren Anteil an der Bruttowertschöpfung als in Deutschland insgesamt (siehe Abbildung 2-6). Die Besonderheiten der Wirtschaftsstruktur spiegeln sich auch in der Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Branchen wider (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012a).

**Abbildung 2-6: Sektorale Bruttowertschöpfung in Hamburg (oben) und der Bundesrepublik Deutschland (unten) 2011 im Vergleich**



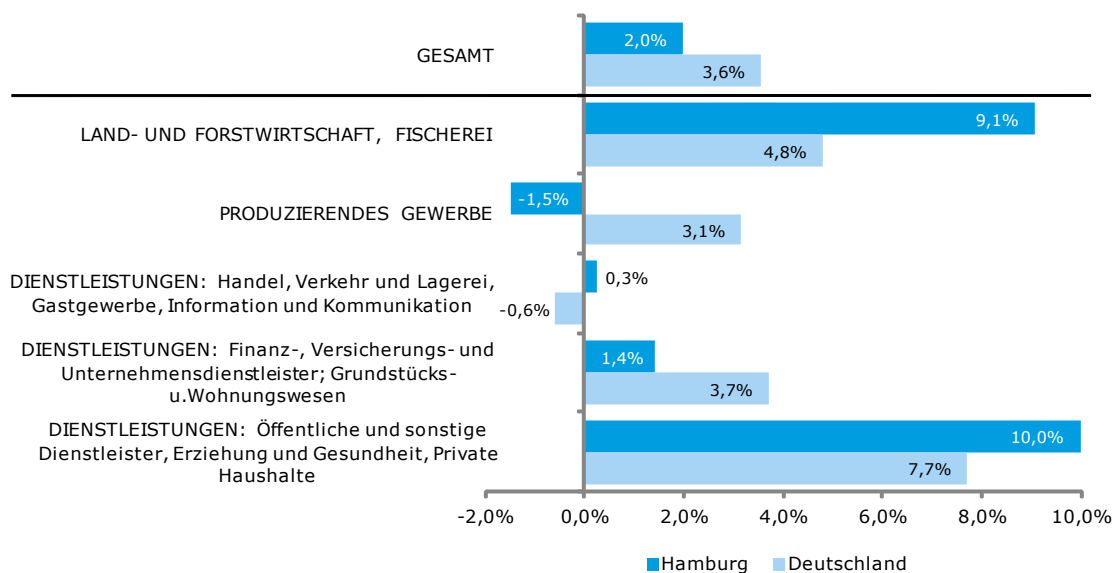
Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder 2012, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

Die Bruttowertschöpfung stieg in Hamburg zwischen 2008 und 2011 insgesamt um 2 Prozent an. Im gleichen Zeitraum verzeichnete die Bundesrepublik Deutschland ein Bruttowertschöpfungswachstum von 3,6 Prozent (siehe Abbildung 2-7).

Schlüsselt man die Bruttowertschöpfung nach Branchen auf, so wird die weitere Stärkung des Dienstleistungssektors im Vergleich zum Produzierenden Sektor deutlich: Während die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in Hamburg – auch aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 – um 1,5 Prozent rückläufig war, gab es in allen Dienstleistungssektoren ein Bruttowertschöpfungswachstum. Zwischen 2008 und 2011 fiel dieses bei den öffentlichen und sonstigen Dienstleistern, Erziehung und Gesundheit sowie Privaten Haushalten mit zehn Prozent am deutlichsten aus. Geringere Anstiege in der Bruttowertschöpfung sind bei den Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen zusammen mit dem Grundstücks- und Wohnungswesen (+1,4 Prozent) und im Bereich Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe sowie im Bereich Information und Kommunikation (+0,3 Prozent) zu verzeichnen. Gerade letzterer Bereich zeigt eine gegenläufige Entwicklung zur Bundesrepublik, wo die Bruttowertschöpfung in diesem Wirtschaftsbereich mit -0,6 Prozent sogar rückläufig war. Hier zeigen sich auch die besonderen Bedingungen Hamburgs als größter Hafen Deutschlands. Insgesamt wird die negative Entwicklung bei der Bruttowertschöpfung im industriellen Sektor durch die positiven Entwicklungen beim in Hamburg ohnehin stark dominanten Dienstleistungssektor im Zeitraum von 2008 bis 2011 mehr als kompensiert.

Die deutliche Steigerung in der Bruttowertschöpfung in der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei fällt kaum ins Gewicht, da dieser Sektor nur einen sehr kleinen Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung ausmacht.

**Abbildung 2-7: Veränderung der Bruttowertschöpfung nach Branchen in Hamburg und Deutschland 2008 bis 2011 preisbereinigt in Prozent**



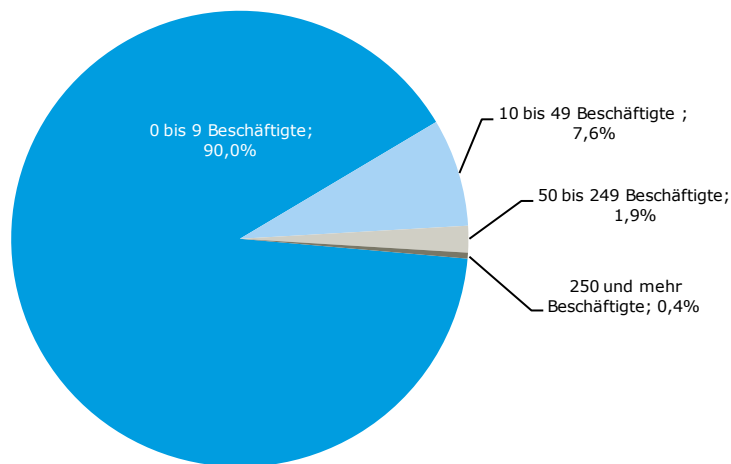
Anmerkung: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde 2011 an die neue Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), angepasst. Im Zuge der umfassenden Revisionsarbeiten wurden dabei zunächst die Ergebnisse am aktuellen Rand für die Berichtsjahre 2008 bis 2011 veröffentlicht. Die Revision der Zeitreihen 1991 bis 2007 der BIP- und Bruttowertschöpfungs-Länderdaten ist momentan noch nicht abgeschlossen.



### 2.2.3 Betriebsgrößenstruktur

Im Jahr 2010 waren in Hamburg insgesamt 105.645 Betriebe<sup>6</sup> erfasst. Davon hatten 90 Prozent weniger als zehn Beschäftigte, insgesamt sind 99,6 Prozent als KMU mit unter 250 Beschäftigten einzu-stufen (siehe Abbildung 2-8). Diese Betriebsgrößenstruktur entspricht im Großen und Ganzen der Betriebsgrößenstruktur in Deutschland insgesamt.

**Abbildung 2-8: Anteil der Betriebe nach Beschäftigungsgrößenklassen in Hamburg 2010**

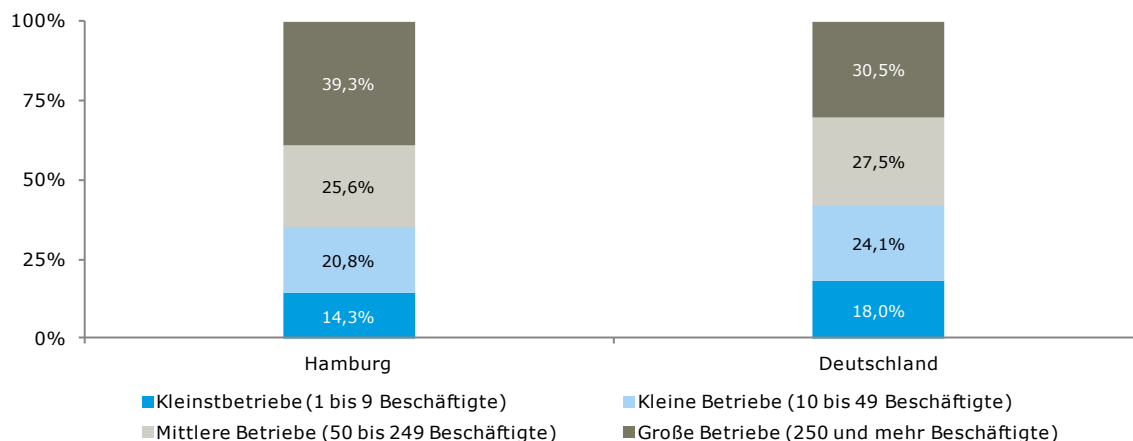


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012b, eigene Berechnungen und Darstellung  
Rambøll Management Consulting.

Ein Blick auf die Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die verschiedenen Betriebsgrößen zeigt, dass am Arbeitsort Hamburg in 0,4 Prozent der Betriebe insgesamt 39,3 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten. In Deutschland insgesamt arbeiten nur 30,5 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in großen Betrieben. Dies weist auf eine vergleichsweise große Bedeutung von großen Betrieben für den Arbeitsmarkt in Hamburg hin. 60,7 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hamburg arbeiten in KMU (Deutschland: 70 Prozent), die meisten davon (26 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) in mittleren Betrieben mit 50 bis 249 Beschäftigten, 21 Prozent in kleinen Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten und 14 Prozent in Kleinstbetrieben mit weniger als 10 Beschäftigten (siehe Abbildung 2-9).

<sup>6</sup> Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie Einbetriebsunternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und/oder mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen im Berichtsjahr 2010. Unternehmen ohne Umsatzsteuerpflicht und ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bleiben daher unberücksichtigt, darunter fallen in der Regel Kleingewerbetreibende.

**Abbildung 2-9: Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter (am Arbeitsort) in Betrieben in Hamburg und Deutschland nach Beschäftigungsgrößenklassen 2010**



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung Bonn 2011, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

### Zusammenfassung 2-2: Wirtschaftsleistung und -struktur

- In den vergangenen Jahren erweist sich die Wirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg als robuster gegenüber Konjunkturschwankungen der Weltwirtschaft als die Bundesrepublik Deutschland insgesamt.
- Der Dienstleistungssektor – insbesondere die Bereiche Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen, zusammen mit dem Grundstücks- und Wohnungswesen, Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe sowie Information und Kommunikation (zusammen 66,6 Prozent der Bruttowertschöpfung) – spielt in Hamburg eine vergleichsweise wichtige Rolle, während der industrielle Sektor kleiner ist als im Bundesdurchschnitt. Die aktuellen Entwicklungen in der Bruttowertschöpfung weisen auf eine weitere Bedeutungszunahme des Dienstleistungssektors und einen Bedeutungsrückgang des industriellen Sektors hin.
- 99,6 Prozent der Betriebe in Hamburg sind KMU mit unter 250 Beschäftigten. Sie beschäftigen 60,7 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hamburg.

## 2.3 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Im Rahmen der Europa 2020-Strategie und des Nationalen Reformprogramms sollen die Beschäftigungsquoten der allgemeinen Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren, der Frauen im Alter von 20 bis 64 Jahren sowie der Älteren im Alter von 55 bis 64 Jahren auf 77, 73 bzw. 60 Prozent erhöht werden (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2012: 8). In diesem Abschnitt wird die Entwicklung der Beschäftigungssituation in der Freien und Hansestadt Hamburg analysiert. Dazu werden in Kapitel 2.3.1 zunächst die Entwicklungen bei der Erwerbstätigkeit, der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und der Selbständigkeit betrachtet. Hierbei wird jedoch nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Beschäftigung in Betracht gezogen und dementsprechend auch die Entwicklung atypischer Beschäftigungsverhältnisse im Betrachtungszeitraum beleuchtet.

In Kapitel 2.3.2 erfolgt eine Analyse der Arbeitslosigkeit und der offenen Stellen in Hamburg zwischen 2005 und 2011. Kapitel 2.3.3 geht auf die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ein, Kapitel 2.3.4 auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

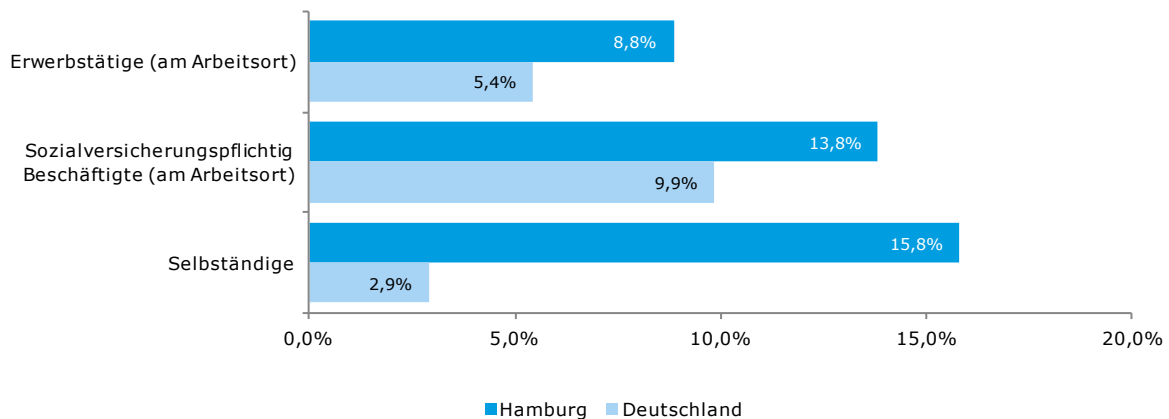
### 2.3.1 Erwerbstätigkeit, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Selbständigkeit

Seit dem Jahr 2005 hat sich die Anzahl der Erwerbstätigen (am Arbeitsort) durchgehend positiv entwickelt. Insgesamt nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Hamburg von 2005 auf 2011 von 1.046.854 Personen um 8,8 Prozent auf 1.139.481 Personen zu. In Deutschland insgesamt stieg die Zahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum um lediglich 5,4 Prozent (siehe Abbildung 2-10).

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) stieg im gleichen Zeitraum von 748.637 auf 852.014 Personen. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 13,8 Prozent (Deutschland: 9,9 Prozent). Als grundsätzlich positiv ist zu werten, dass die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stärker zugenommen hat als die Anzahl der Erwerbstätigen insgesamt. Diese Zunahme enthält jedoch auch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Teilzeit, die ebenfalls deutlich zugenommen hat, und ist damit zu relativieren. Eine genaue Analyse der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Teilzeit enthält Kapitel 2.3.1.

Die in Hamburg sozialversicherungspflichtig Beschäftigten rekrutieren sich zu nicht unerheblichen Teilen aus der Bevölkerung der Metropolregion, die auch in die Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern hineinreicht. So pendelten allein aus Schleswig-Holstein im Jahr 2010 153.263 Personen nach Hamburg ein, aus Niedersachsen waren es 90.519 Personen und aus Mecklenburg-Vorpommern 14.362 Personen. Abzüglich der Auspendlerinnen und Auspendler ergibt sich ein Pendlersaldo von 192.290 Einpendlerinnen und Einpendlern (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2012b: 99, eigene Berechnungen). Der hohe Pendlersaldo erklärt auch die deutlich geringere Zahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort Hamburg von 631.200 Personen im Jahr 2011.

**Abbildung 2-10: Veränderung der Anzahl der Erwerbstätigen, Selbständigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011**



Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2012c, 2006-2012b, Bundesagentur für Arbeit 2008a, 2010d, 2012k, I, eigene Berechnungen und Darstellung Ramböll Management Consulting.

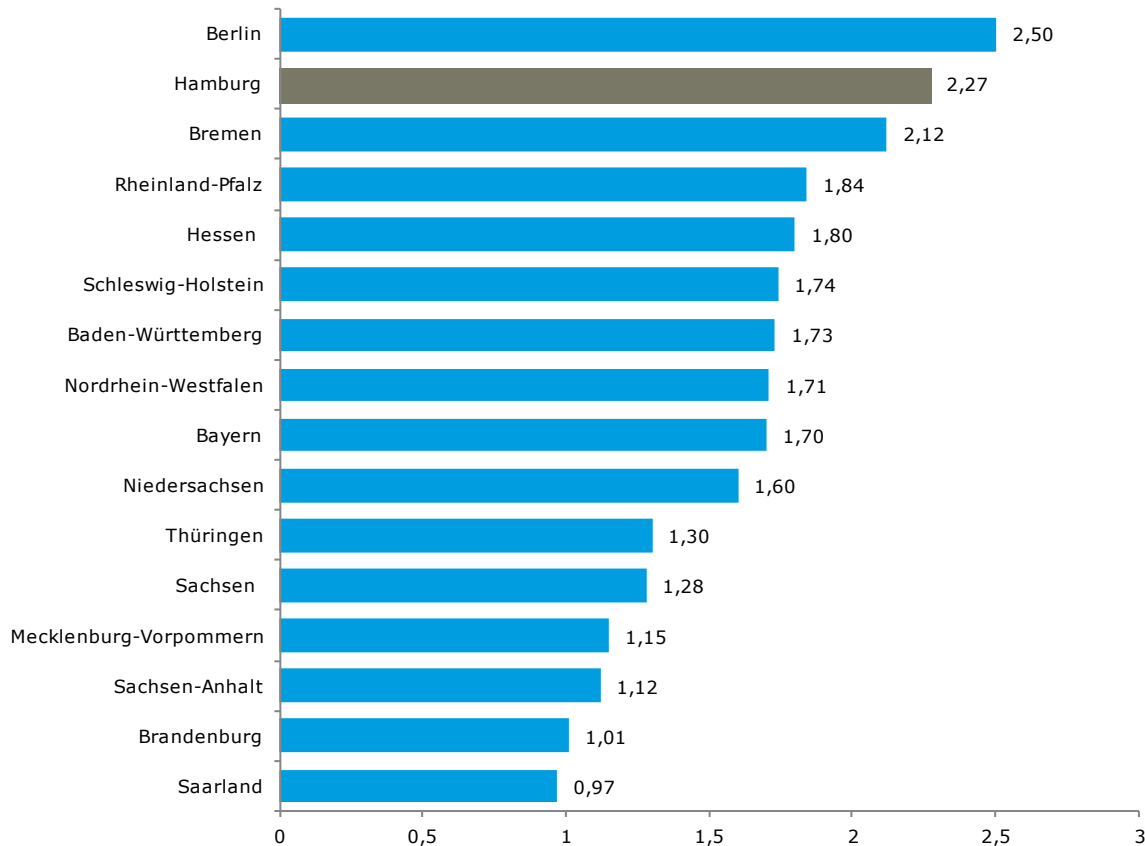
#### *Selbständigkeit und Unternehmensgründungen*

Die Anzahl der Selbständigen in Hamburg hat sich zwischen 2005 und 2011 von 109.257 auf 126.494 Personen erhöht. Dies entspricht einer Zunahme um 15,8 Prozent in diesem Zeitraum. Bundesweit ist lediglich eine Zunahme um 2,9 Prozent zu verzeichnen.

Mit einer durchschnittlichen Gründerquote von 2,27 in den Jahren 2007 bis 2011 belegt Hamburg, hinter Berlin, den zweiten Rang, vor Bremen. Laut aktuellem KfW-Gründungsmonitor ist 2012 bundesweit mit einer rückläufigen Gründerquote zu rechnen. Die nachlassende Konjunktur und die rest-

riktivere Ausgestaltung des Gründungszuschusses durch die neueste Instrumentenform werden hier als wesentliche Einflussfaktoren gesehen (Hagen et. al 2012: IV).

**Abbildung 2-11: Durchschnittliche Gründerquoten (2007 bis 2011) nach Bundesländern**



Quelle: Hagen et al. 2012: 13, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

Betrachtet man das Gründungsgeschehen, differenziert nach Herkunft der Gründerinnen und Gründer, so fällt auf, dass Daten des Mikrozensus zufolge im Jahr 2006 21.300 Selbstständige in Hamburg einen Migrationshintergrund aufwiesen, 15.000 davon waren Ausländerinnen und Ausländer. Damit wiesen 2006 insgesamt 18 Prozent der Selbstständigen in Hamburg einen Migrationshintergrund auf (Deutschland: 23,1 Prozent). Grundsätzlich neigen Migrantinnen und Migranten häufiger als Einheimische zur Gründung eines eigenen Unternehmens. Die Erklärungsansätze hierfür sind vielfältig: So wird die stärkere Gründungsneigung von Migrantinnen und Migranten aus bestimmten Herkunftsländern (z. B. Griechenland, Italien) einer höheren Selbständigenquote in den Herkunftsländern begründet. Ein weiterer Grund für eine erhöhte Gründungsneigung bestimmter Gruppen, insbesondere aus der ersten Zuwanderungsgeneration, wird in der Gründung von Nischenökonomien gesehen. Dazu kommt, dass Migrantinnen und Migranten dieser Generation häufig über keinen oder einen niedrigen Bildungsabschluss verfügen, und daher vorwiegend in Branchen mit niedrigen Marktzutrittsbarrieren (z. B. Gastronomie, Lebensmittelhandel) gründeten. In diesen zudem wenig kapitalintensiven Bereichen konnten und können Migrantinnen und Migranten auf familiäre Ressourcen und Arbeitskraft zurückgreifen (Tolciu und Schaland 2008: 537ff.).

Über den Zeitverlauf lassen sich Veränderungen beim Gründungsverhalten von Migrantinnen und Migranten feststellen. So verfolgt die zweite und dritte Migrantengeneration nun zunehmend auch wissensintensive Dienstleistungen (Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut 2010: 1f., Hamburgisches

Weltwirtschaftsinstitut 2011: 3). Diese Veränderungen liegen stark in einer sich verändernden Humankapitalausstattung der Migrantinnen und Migranten begründet. Zuwanderinnen und Zuwanderer verfügen heute durchschnittlich über ein deutlich höheres Bildungsniveau als frühere Zuwanderergenerationen (Tolciu und Schaland 2008: 538f.).

#### *Erwerbstätigkeit nach Strukturmerkmalen*

Im Nationalen Reformprogramm 2012 hat die Bundesregierung konkrete Ziele zur Umsetzung der Europa 2020-Strategie vorgegeben. So soll die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren bis zum Jahr 2020 auf 77 Prozent, die Erwerbstätigenquote der weiblichen Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren auf 73 Prozent und die Erwerbstätigenquote der Älteren (55 bis 64 Jahre) auf 60 Prozent erhöht werden (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2012: 8).

Hamburg konnte die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen zwischen 2005 und 2012 von 70,5 auf 76,7 Prozent (Deutschland: 76,7 Prozent) steigern und hat somit den bundesweiten Zielwert beinahe erreicht. Das Erreichen des Zielwerts bis 2020 erscheint also realistisch.

Noch deutlichere Anstiege können bei den Frauen und den Älteren verzeichnet werden: So erhöhte sich die Erwerbstätigenquote bei den Frauen um 7,5 Prozentpunkte (Männer: 4,8 Prozentpunkte) auf 72,6 Prozent (Deutschland 71,5 Prozent) und erreichte somit beinahe bereits den bundesweiten Zielwert von 73 Prozent. Allerdings ist die Aussagekraft dieses Anstiegs der Erwerbstätigenquote von Frauen einzuschränken, da häufig bereits bestehende versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung aufgeteilt werden. Eine steigende Erwerbstätigenquote führt also nicht per se dazu, dass auch das geleistete Arbeitsvolumen in gleichem Maße wächst (Wanger 2011).

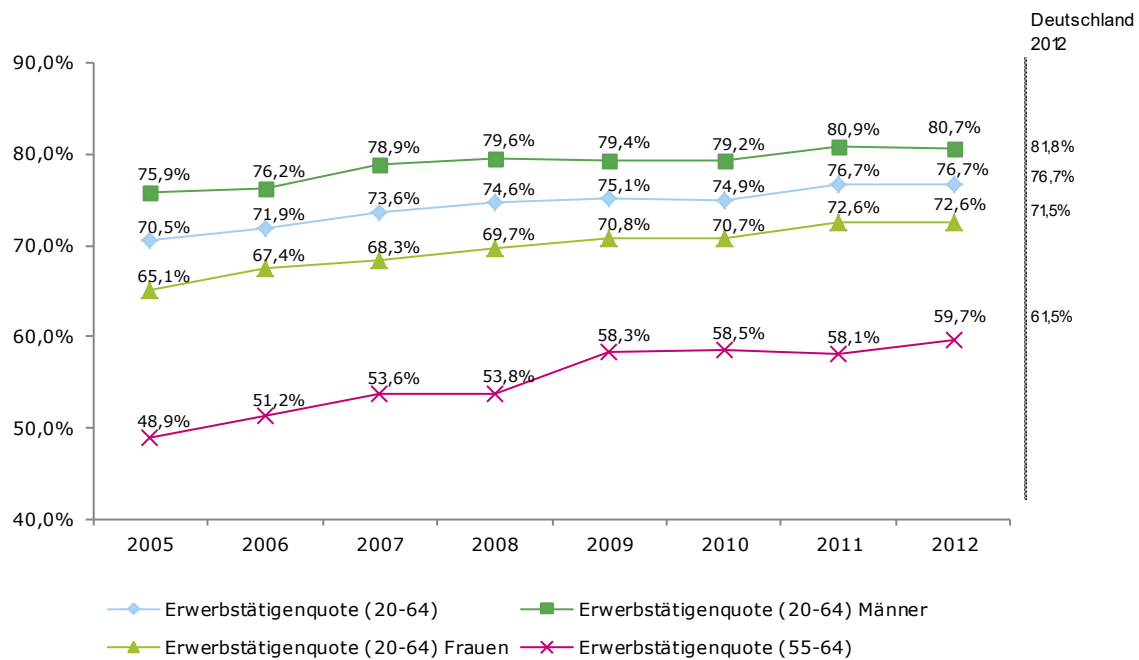
Die Erwerbstätigenquote bei den Älteren erhöhte sich schließlich um 9,2 Prozentpunkte auf jetzt 59,7 Prozent (Deutschland: 61,5 Prozent). Hier ist der Zielwert von 60 Prozent bis 2020 erreichbar oder sogar übertreffbar.

Die Entwicklung der Erwerbstätigenquoten in Hamburg weicht nur in Nuancen von der bundesweiten Entwicklung ab. In Abbildung 2-12 sind daher lediglich die Entwicklung der Erwerbstätigenquoten für Hamburg zwischen 2005 und 2012 sowie die entsprechenden Quoten für Deutschland 2012 dargestellt.

---

<sup>7</sup> Eine empirische Untersuchung männlicher Selbständiger in Deutschland zeigt, dass sich die Gründungsmotive zwischen Deutschen und Migranten kaum unterscheiden (Constant und Zimmermann 2004: 23f.). Insgesamt sind Unterschiede zwischen Deutschen und Migranten bei der Gründungsneigung somit vor allem auf die unterschiedliche Verteilung zentraler Merkmale wie dem Bildungshintergrund zu sehen (Tolciu und Schaland 2008: 542). Unabhängig von der Herkunft spielen für den Erfolg von Gründungen neben dem allgemeinen Bildungshintergrund und der Branchenerfahrung insbesondere betriebswirtschaftliche Kenntnisse (z. B. Marketing, Buchhaltung, EDV) eine Rolle. Als zusätzliches Hindernis für Migrantinnen und Migranten können dagegen vor allem mangelnde Deutschkenntnisse sowie kulturelle Kenntnisse angeführt werden (Tolciu und Schaland 2008: 539).

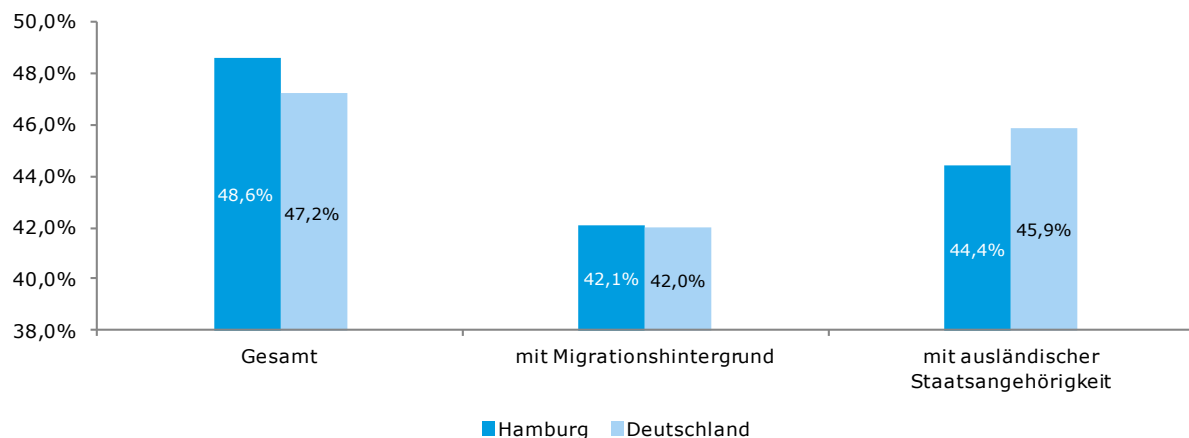
**Abbildung 2-12: Erwerbstätigenquoten (an der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren) in Hamburg nach Alter und Geschlecht 2005 bis 2012**



Quelle: Eurostat 2013a, eigene Darstellung Ramböll Management Consulting.

Für die Erwerbsbeteiligung von Ausländerinnen und Ausländern und Personen mit Migrationshintergrund liegen keine direkt vergleichbaren Daten vor. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit weist allerdings eine Erwerbstätigenquote für Personen mit Migrationshintergrund und Ausländerinnen und Ausländer aus. Diese bezieht sich jedoch anders als die Erwerbstätigenquote von Eurostat auf die Gesamtbevölkerung (Eurostat: Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren). Außerdem besteht bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit eine deutlich größere zeitliche Verzögerung, so dass hier nur Werte von 2008 verglichen werden können.

**Abbildung 2-13: Erwerbstätigenquoten (bezogen auf die Gesamtbevölkerung) in Hamburg und Deutschland insgesamt, von Personen mit Migrationshintergrund und von Ausländern 2008**



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2012g: 3, eigene Darstellung Ramböll Management Consulting.

Die Abbildung 2-13 zeigt, dass die Erwerbstätigenquote von Personen mit Migrationshintergrund in Hamburg um 6,5 Prozentpunkte (Deutschland: 5,2 Prozentpunkte) und die Erwerbstätigenquote von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit um 4,2 Prozentpunkte (Deutschland: 1,3 Prozentpunkte) niedriger liegt als die Erwerbstätigenquote insgesamt. Diese liegt für Hamburg bei 48,6 Prozent etwas höher als die Erwerbstätigenquote in Deutschland insgesamt mit 47,2 Prozent. Die Abstände sind damit in Hamburg etwas größer als in der Bundesrepublik insgesamt. Höhere Differenzen als Hamburg weist nur noch Berlin mit einer Erwerbstätigenquote von 34,5 Prozent bei Personen mit Migrationshintergrund und 37,7 Prozent bei Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bei einer Gesamterwerbstätigenquote von 44,2 Prozent auf (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2012g: 3). Sowohl für Hamburg als auch für Berlin werden hier die Herausforderungen von Großstädten deutlich.

#### *Sektorale Beschäftigungsentwicklung*

Einhergehend mit der Gesamtentwicklung der Beschäftigtenzahlen zeigt sich auch in den einzelnen Wirtschaftsbereichen in Hamburg im Zeitraum von 2008 bis 2010<sup>8</sup> eine kontinuierlich positive Entwicklung (siehe Tabelle 2-1).

Einziges Ausnahme bildet der industrielle Sektor (Produzierendes Gewerbe und Baugewerbe). Gerade der exportabhängige Industriesektor (ohne Baugewerbe) baute als Reaktion auf die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise Arbeitsplätze ab, sodass der Anteil an der Gesamtbeschäftigung (am Arbeitsort) von 2008 bis 2010 um 0,8 Prozentpunkte oder 5,4 Prozent auf 13,2 Prozent sank. Im Jahr 2010 beschäftigte der industrielle Sektor in Hamburg 16,6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, woran das Baugewerbe einen Anteil von 3,4 Prozent ausmachte. Der Landwirtschaftssektor stellte den kleinsten Anteil von 0,1 Prozent an der gesamten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung dar.

Der Dienstleistungsbereich bindet in Hamburg 83,3 Prozent aller Beschäftigten. Hierbei beschäftigt der Bereich der Erbringung von Unternehmensdienstleistungen mit 32,2 Prozent den größten Anteil der Beschäftigten, gefolgt vom Bereich der Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen mit 22,2 Prozent und dem Handel mit 16,3 Prozent. Im Bereich des Verkehrs und der Lagerei waren 2010 neun Prozent aller in Hamburg sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tätig, im Gastgewerbe 3,5 Prozent. An Bedeutung gewonnen hat seit 2008 der Bereich der Erbringung öffentlicher und privater Dienstleistungen (+1,3 Prozentpunkte).

Somit wird der seit den 1970er Jahren andauernde Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft in der Freien und Hansestadt deutlich. Als Folgen des Strukturwandels sind zu erkennen, dass der Anteil von Aufwendungen, welche die privaten Verbraucherinnen und Verbraucher für Dienstleistungen ausgeben, nachweislich und stetig gestiegen ist. In die Verschiebungen bei der privaten Nachfrage spielen auch Veränderungen in den Lebensbedingungen, im Wertesystem und in der Bevölkerungsstruktur hinein: z. B. stärkere Nachfrage nach Freizeitangeboten durch sinkende Arbeitszeiten, höherer Bedarf an Unterhaltung und Versorgung durch die Alterung der Bevölkerung oder vermehrte Nachfrage nach Reparatur- und Wartungsdiensten durch die Technisierung des Alltags (Geißler 2000: 19f.).

---

<sup>8</sup> Aufgrund der Umstellung auf die neue Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), sind die Daten vor 2008 nur eingeschränkt vergleichbar und werden auch hier deshalb nicht dargestellt.

**Tabelle 2-1: Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in den einzelnen Branchen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) in Hamburg 2008 bis 2010**

	Be- schäftigte gesamt	Land- und Forst- wirtschaft Fischerei, Fischzucht	Produ- zierendes Gewerbe ohne Bau- gewerbe	Bau- ge- werbe	Handel	Verkehr und Lagerei	Gast- gewerbe	Erbringung von Unter- nehmens- dienst- leistungen	Erbringung von öffent- lichen und privaten Dienst- leistungen
<b>2008</b>	797.514	0,1%	14,0%	3,6%	16,4%	9,5%	3,4%	32,1%	20,9%
<b>2009</b>	809.315	0,1%	13,5%	3,5%	16,3%	9,4%	3,5%	32,3%	21,4%
<b>2010</b>	820.220	0,1%	13,2%	3,4%	16,3%	9,0%	3,5%	32,2%	22,2%

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2012b: 95, eigene Berechnungen und Darstellung

Rambøll Management Consulting.

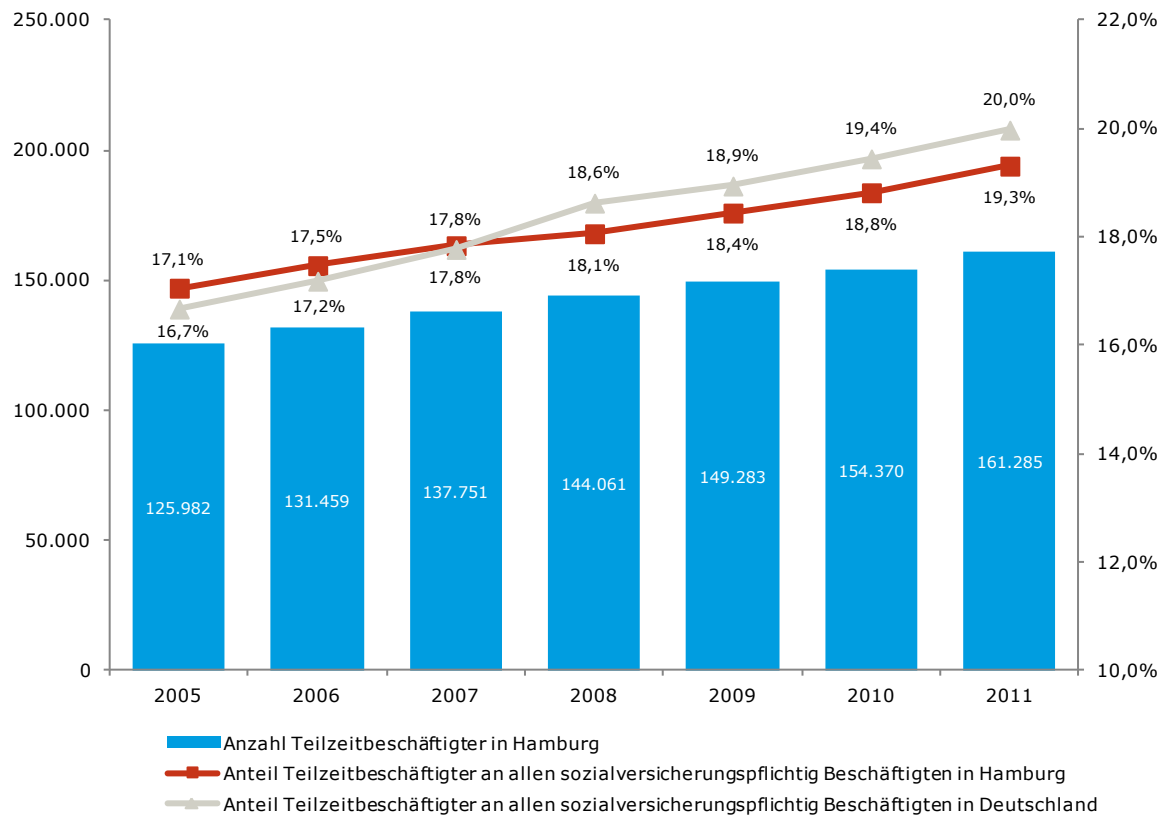
Welcher Art die aufgenommenen Beschäftigungsverhältnisse der Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind, lässt sich unter anderem daran ablesen, wie sich im gleichen Zeitraum die Teilzeitbeschäftigung, die Leiharbeit und die geringfügige Beschäftigung entwickelten.

#### *Teilzeitbeschäftigung*

Die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in Hamburg ist von 125.982 Personen im Jahr 2005 auf 161.285 Personen im Jahr 2011 angewachsen (siehe Abbildung 2-14). Dies entspricht einem Zuwachs von 28 Prozent (Deutschland: 29,9 Prozent). Die Zunahme der Anzahl der Teilzeitbeschäftigten fiel dabei etwas höher aus als die Zunahme der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt. Machten die Teilzeitbeschäftigten im Jahr 2005 noch 17,1 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Hamburg aus, so waren es 2011 bereits 19,3 Prozent. Dies entspricht einer Zunahme um 2,2 Prozentpunkte (Deutschland: 3,3 Prozentpunkte).



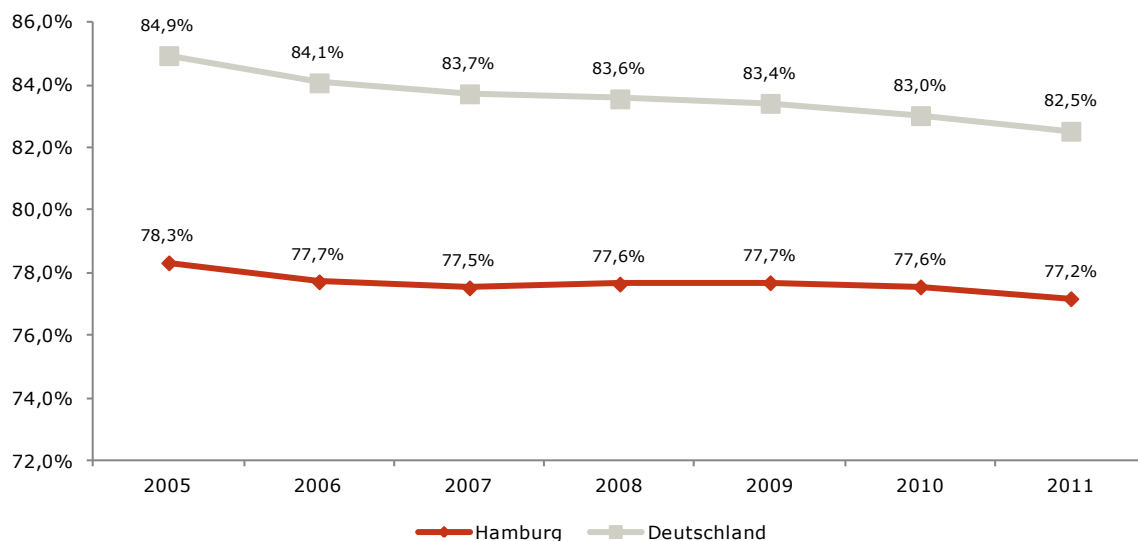
**Abbildung 2-14: Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in Teilzeit in Hamburg und Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (jeweils am Arbeitsort) in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011**



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2012h, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

Ein Blick auf die Frauenanteile an den Teilzeitbeschäftigten macht deutlich, dass Teilzeitbeschäftigung in der Regel noch immer überwiegend weiblich ist: In Hamburg waren im Jahr 2011 77,2 Prozent der Teilzeitbeschäftigten Frauen. Der Frauenanteil an den Teilzeitbeschäftigten ist damit in Hamburg um circa fünf Prozentpunkte geringer als in Deutschland insgesamt. Sowohl in Hamburg als auch in Deutschland insgesamt waren die Frauenanteile an den Teilzeitbeschäftigten jedoch leicht rückläufig (siehe Abbildung 2-15).

**Abbildung 2-15: Frauenanteil an den in Teilzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011**

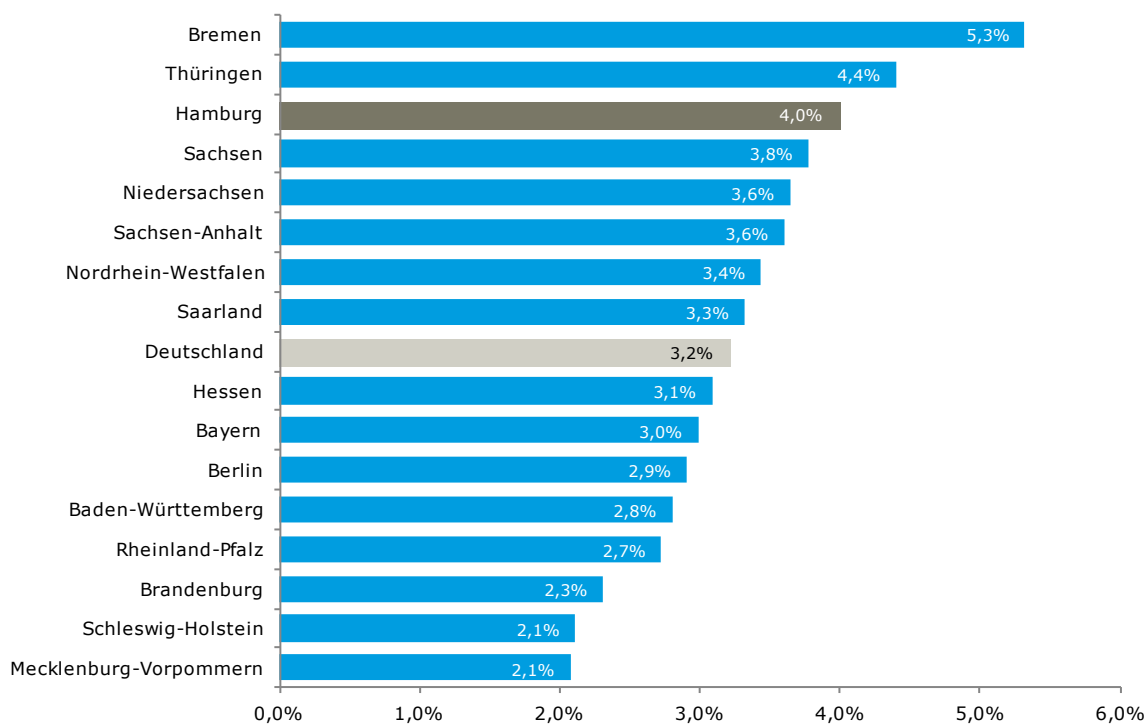


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2012h, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

### Leiharbeit

Hamburg nahm beim Anteil der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2011 hinter Bremen und Thüringen mit 4 Prozent den dritten Rang ein. Der Leiharbeitsanteil liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 3,2 Prozent (siehe Abbildung 2-16).

**Abbildung 2-16: Anteil der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Bundesländern 2011**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012a und Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2012c, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

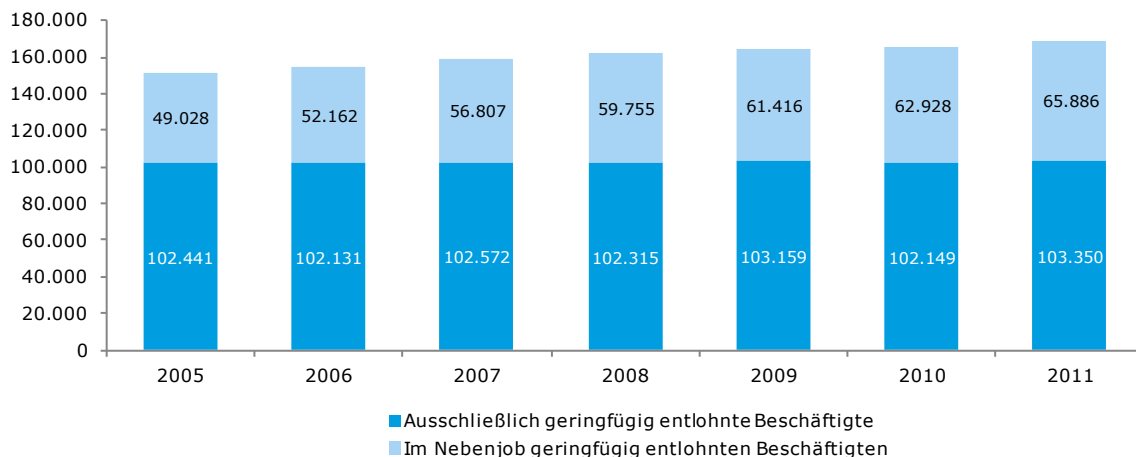
Bundesweit hat sich die Zahl der Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht, derzeit sind 71 Prozent aller Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer männlich, 30 Prozent verfügen über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Gleichzeitig besteht ein hohes Risiko, aus Leiharbeit in die Arbeitslosigkeit zu gehen. Knapp die Hälfte aller Leiharbeitsverhältnisse endet nach weniger als drei Monaten (Bundesagentur für Arbeit 2012: 4ff.).

#### *Geringfügige Beschäftigung*

Bei der geringfügigen Beschäftigung ist seit 2005 ein kontinuierlicher Zuwachs zu verzeichnen. Waren im Jahr 2005 in Hamburg insgesamt 151.469 Personen geringfügig beschäftigt, so hat sich die Anzahl bis 2011 um 11,7 Prozent auf 169.236 Personen erhöht. Bei genauerer Betrachtung fällt jedoch auf, dass die Anzahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten im betrachteten Zeitraum weitgehend stabil geblieben ist. Die Zunahme geht fast vollkommen auf das Konto der Zunahme von geringfügiger Beschäftigung im Nebenjob, von 49.012 Personen auf 65.886 Personen (siehe Abbildung 2-17). Diese Entwicklung ist weitgehend spiegelbildlich zur Entwicklung auf Bundesebene zu sehen (Bosch 2012: 16f.).

Der Zuwachs bei der geringfügigen Beschäftigung im Nebenjob kann eine Vielzahl von Gründen haben. So ist es oft steuerlich günstiger, die wöchentliche Arbeitszeit in einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstelle zu reduzieren und dafür zusätzlich eine geringfügige Beschäftigung auszuüben, in welcher für die Beschäftigten bei einem Verdienst von 400 Euro oder weniger im Monat keine Sozialversicherungsabgaben oder Steuern anfallen. In anderen Fällen nehmen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Vollzeit immer häufiger zusätzlich eine geringfügige Beschäftigung auf, weil der monatliche Verdienst für den Lebensunterhalt nicht ausreicht oder weil für einen erhöhten Lebensstandard kurz- oder langfristig zusätzlich Jobs angenommen werden. Belastbare repräsentative Aussagen über die Verteilung dieser und anderer Gründe auf die im Nebenjob geringfügig Beschäftigten liegen derzeit nicht vor.

**Abbildung 2-17: Anzahl der ausschließlich und im Nebenjob geringfügig Beschäftigten in Hamburg 2005 bis 2011 (jeweils Ende Dezember)**

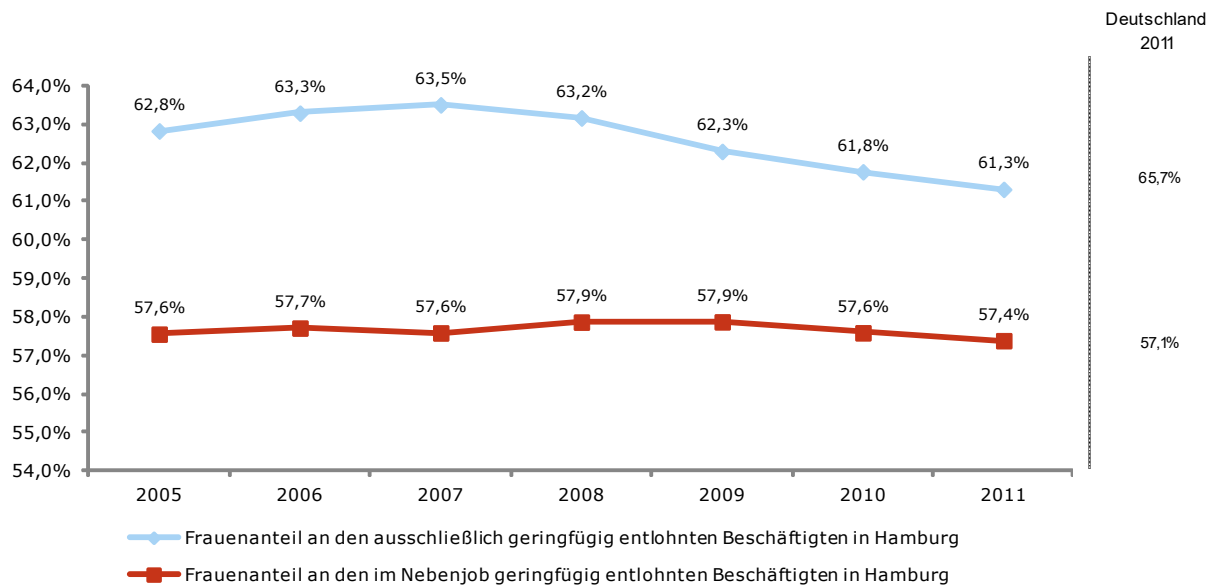


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2012d, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

Es kann davon ausgegangen werden, dass geringfügige Beschäftigungen vor allem im Dienstleistungsbereich zu verorten sind (Deutsche Rentenversicherung Knappschaft Bahn-See 2012: 10) und überdurchschnittlich häufig von Frauen wahrgenommen werden. Bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten in Hamburg lag der Frauenanteil 2011 bei 61,3 Prozent (Deutschland: 65,7 Prozent) und ist seit 2007 leicht rückläufig. Der Frauenanteil bei den geringfügig Beschäftigten im Nebenjob in Hamburg liegt bei 57,4 Prozent (Deutschland: 57,1 Prozent) und ist seit 2005 weitgehend stabil (sie-

he Abbildung 2-18). Dabei ist außerdem die Altersstruktur der geringfügig Beschäftigten zu berücksichtigen. Bei den Männern war im Jahr 2010 jeder zweite geringfügig Beschäftigte unter 25 oder über 65 Jahre alt, bei den Frauen fallen dagegen drei Viertel aller geringfügig Beschäftigten in die Altersgruppe zwischen 25 und 64 Jahren (Wanger 2011: 3).

**Abbildung 2-18: Frauenanteile an den ausschließlich geringfügig Beschäftigten und den im Nebenjob geringfügig Beschäftigten in Hamburg und Deutschland 2005-2011 (jeweils Ende Dezember)**



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2012d, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

Bei Ehepaaren, bei denen ein Partner (meist der Mann) relativ gut verdient, wird die Entscheidung für eine geringfügige Beschäftigung des anderen Partners (meist die Frau) durch das Splittingsteuermodell (mit der Lohnsteuerklassenwahl III und V) belohnt. Das so genannte „Ehegattensplitting“ und die Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung über den Ehemann dürften auf eine zeitlich und finanziell begrenzte Frauenerwerbstätigkeit hinwirken. Entsprechend ist die geringfügige Beschäftigung bei verheirateten Frauen (allerdings auch bei verwitweten) besonders verbreitet (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2011: 59, 75). Auf der anderen Seite würde ein Großteil der so beschäftigten Frauen unter besseren Rahmenbedingungen ihre Arbeitszeiten gern ausdehnen. Hierzu müssten aber weitere Fortschritte bei der Kinderbetreuung oder der flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit gemacht werden (Wanger 2011: 5f.).

### Zusammenfassung 2-3: Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung

- Die **Erwerbsbeteiligung** in Hamburg ist zwischen 2005 und 2011 in allen Gruppen deutlich gestiegen. Dabei ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einer Steigerungsrate von 13,8 Prozent noch stärker gestiegen als die Erwerbstätigkeit insgesamt (+9,9 Prozent). Hamburg konnte dabei auch von seiner Attraktivität für Pendlerinnen und Pendler profitieren.
- Besonders ausgeprägt war im betrachteten Zeitraum die positive **Gründungsdynamik**. Hier lag Hamburg im betrachteten Zeitraum nur knapp hinter Berlin. Insgesamt hat sich die Zahl der Selbständigen um 15,8 Prozent auf rund 127.000 Personen erhöht.
- Die **Erwerbstätigenquoten** sind zwischen 2005 und 2012 in fast allen Gruppen gestiegen (Ausnahme: Gruppe der Männer). Besonders hohe Zuwächse gab es bei den Frauen sowie

bei den Älteren. Hamburg liegt bei den Erwerbstätigenquoten im bundesdeutschen Durchschnitt.

- Überdurchschnittliche Beschäftigungszuwächse gab es im Dienstleistungssektor, unterdurchschnittliche Zuwächse im industriellen Sektor.
- Mit Blick auf die **Art der Beschäftigungsverhältnisse** wird deutlich, dass der Anteil der Teilzeitarbeitsplätze an allen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im Beobachtungszeitraum zugenommen hat. Diese fiel in Hamburg jedoch weniger stark aus als in der Bundesrepublik insgesamt. Der überwiegende Teil der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Dieser Wert ist in Hamburg um etwa fünf Prozentpunkte niedriger als in Gesamtdeutschland. Mit einem Anteil von vier Prozent an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat Hamburg eine überdurchschnittlich hohe Leiharbeitsquote.
- Bei der **geringfügigen Beschäftigung** ist ein Zuwachs, vor allem bei der geringfügigen Beschäftigung im Nebenjob, zu verzeichnen. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse werden dabei überwiegend von Frauen eingegangen.

### 2.3.2 Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der offenen Stellen

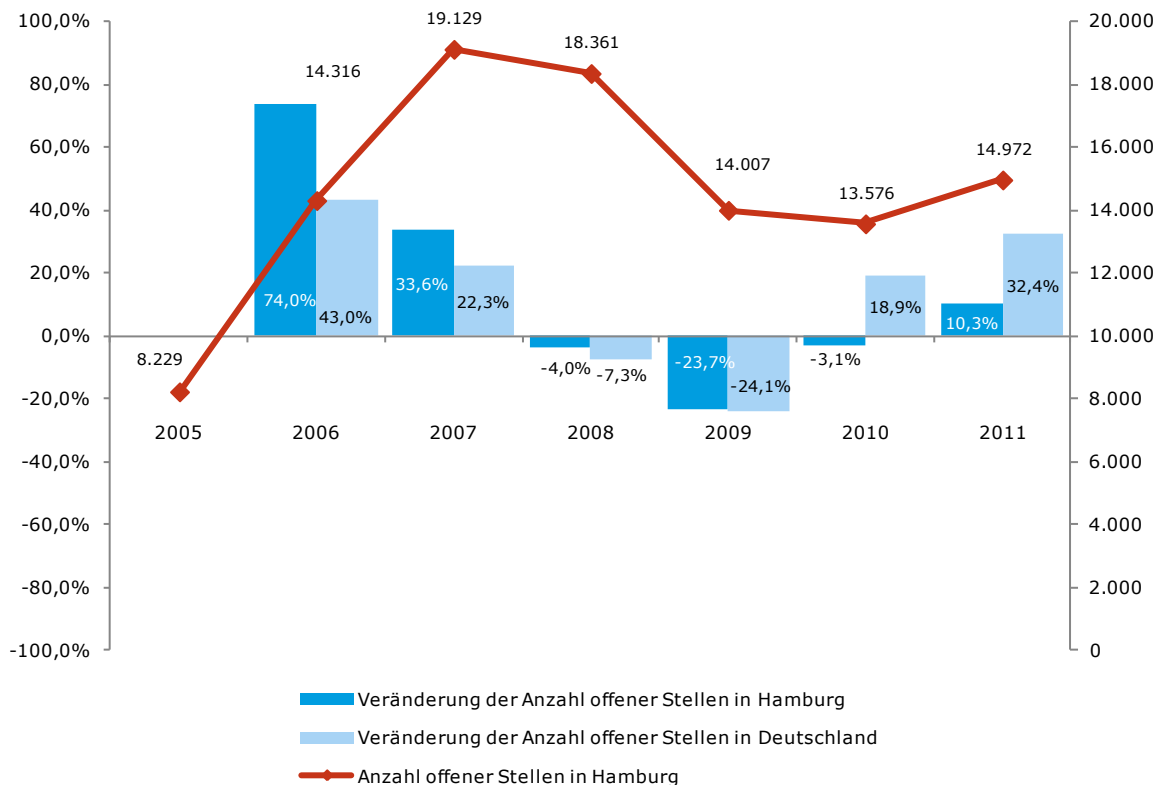
Die Situation der Erwerbslosigkeit in Hamburg wird anhand folgender Indikatoren analysiert:

- Offene Stellen
- Entwicklung der Arbeitslosigkeit
- Arbeitslosigkeit differenziert nach Strukturmerkmalen
- Regionale Disparitäten auf dem Arbeitsmarkt

#### *Offene Stellen*

Im Vergleich zum Jahr 2005 (8.229) stieg in Hamburg die Anzahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Stellen im Jahr 2006 um 74 Prozent an und erreichte 2007 einen vorläufigen Hochpunkt mit 19.129 gemeldeten Stellen. Im Jahr 2008 nahm die Anzahl um 4 Prozent ab, 2009 fiel sie auf das Niveau von 2006 zurück. Auch hier hat die Wirtschafts- und Finanzkrise ihre Spuren hinterlassen: In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit agierten die Unternehmen vorsichtig und verzichteten tendenziell auf Neueinstellungen. Im Jahr 2011 betrug die Zahl der gemeldeten offenen Stellen 14.972 und lag damit wieder etwas über dem Niveau von 2006 und 2009. Während sich die Zahl der offenen Stellen vor der Wirtschafts- und Finanzkrise in Hamburg dynamischer entwickelte als in Deutschland, waren die Veränderungen in der Anzahl der offenen Stellen in Hamburg seit 2009 geringer als in der Bundesrepublik insgesamt (siehe Abbildung 2-19).

Die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit bilden allerdings nur einen Teil der Arbeitskräftenachfrage der Wirtschaft ab, da bei Weitem nicht alle offenen Stellen den Agenturen für Arbeit gemeldet werden. Geht man von einem Einschaltungsgrad von etwa 30 Prozent aus, dürfte es im Jahr 2011 rund 45.000 offene Stellen gegeben haben, denen laut amtlicher Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit 72.437 registrierte Arbeitslose gegenüberstanden (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2012a).

**Abbildung 2-19: Gemeldete sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen (Jahresdurchschnitt) in Hamburg, Veränderungsraten der Anzahl der gemeldeten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen in Hamburg und Deutschland 2005-2011**


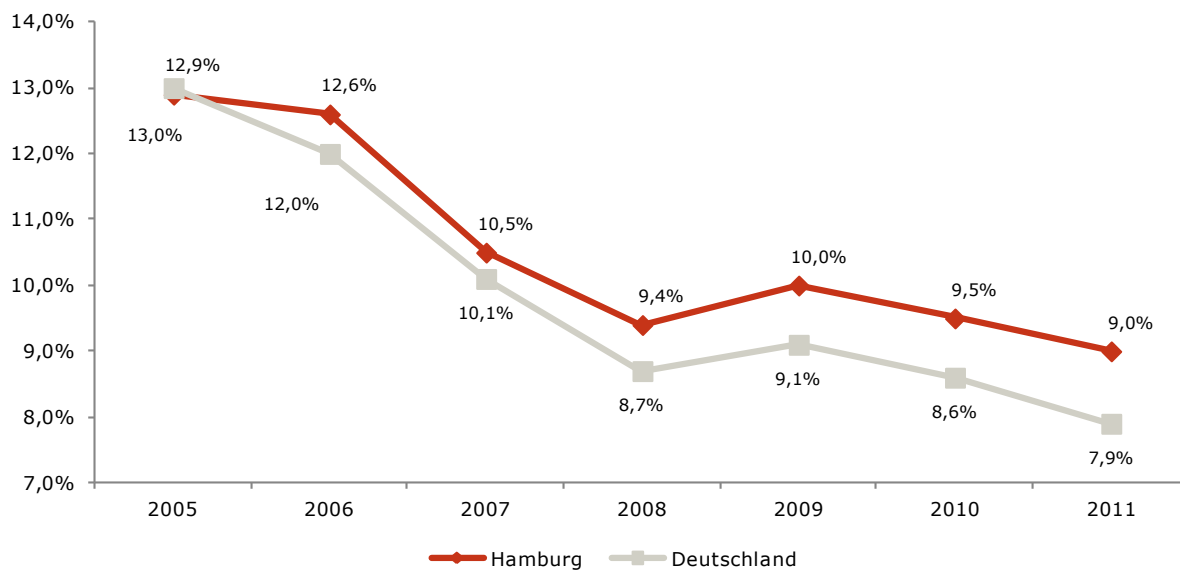
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2012b, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

### Arbeitslosigkeit

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Beobachtungszeitraum 2005 bis 2011 deutlich verbessert. So sank die Arbeitslosenquote bundesweit und auch in Hamburg kontinuierlich. Im Jahr 2009 lässt sich, bedingt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise, eine Steigerung der Arbeitslosigkeit feststellen – im Folgejahr schwenkte sie sich jedoch wieder auf ihren Abwärtstrend ein. Die Arbeitslosenquote in Hamburg liegt jedoch im gesamten Beobachtungszeitraum über der des Bundes. So betrug die Arbeitslosenquote in Hamburg im Jahr 2011 neun Prozent (2005: 12,9 Prozent) im Gegensatz zu 7,9 Prozent in der gesamten Bundesrepublik (siehe Abbildung 2-20).

Zu den gemeldeten Arbeitslosen im engeren Sinne sind jedoch immer noch die Personen zu rechnen, welche im weiteren Sinne arbeitslos oder unterbeschäftigt sind. Zur Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne zählen Personen in Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (§ 45 Abs. 1 SGB III) oder Personen mit vorruhestandsähnlichem Status (§ 53a Abs. 2 SGB II); als unterbeschäftigt zählen unter anderem Arbeitslose in geförderter beruflicher Weiterbildung (§ 81 SGB III), in Arbeitsgelegenheiten (§ 16 d SGB II) oder kurzfristig arbeitsunfähige Personen sowie auch Bezieherinnen und Bezieher des Gründungszuschusses (§ 93 f. SGB III), des Einstiegsgelds, Variante Selbständigkeit (§ 16 b SGB II), oder in Altersteilzeit.

Würde man all diese Personen einbeziehen, so läge die Quote der arbeitslosen oder unterbeschäftigten Personen noch einmal um rund drei Prozentpunkte (je nach Monat und Bundesland) über der eigentlichen Arbeitslosenquote, die ausschließlich die Arbeitslosen im engeren Sinne berücksichtigt (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2012i).

**Abbildung 2-20: Arbeitslosenquoten (bezogen auf abhängig zivile Erwerbspersonen, im Jahresdurchschnitt) in Hamburg und Deutschland 2005-2011**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2012a, eigene Darstellung Ramböll Management Consulting.

Die Betrachtung der Arbeitslosenquoten nach Strukturmerkmalen wie Geschlecht, Alter und Nationalität in Tabelle 2-2 zeigt folgendes Bild:

Bei der Entwicklung der Arbeitslosenquote von Frauen zeigt sich eine erfreuliche Tendenz: Seit 2005 sank die Quote in Hamburg von 11,6 Prozent auf 8 Prozent (Deutschland: 12,7 auf 7,6 Prozent). Dass selbst die Wirtschafts- und Finanzkrise keinen bedeutenden negativen Einfluss auf die Frauenarbeitslosenquote in Hamburg hatte, liegt daran, dass Frauen zum großen Teil im von der Krise nicht stark betroffenen Dienstleistungsbereich tätig sind. Der Anstieg der Arbeitslosenquote bei Männern um einen Prozentpunkt von 10,2 Prozent auf 11,2 Prozent zwischen 2008 und 2009 (Deutschland: 8,6 Prozent auf 9,6 Prozent) spiegelt somit vermutlich den Arbeitsplatzabbau im von der Krise stark betroffenen industriellen Sektor wider. Generell entwickelte sich aber auch die Arbeitslosenquote der männlichen Bevölkerung positiv: In Hamburg sank sie von 14,2 Prozent 2005 auf 10 Prozent in 2011 (Deutschland: 13,3 Prozent auf 8,2 Prozent).

Die Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 20 Jahren sank in Hamburg zwischen 2005 und 2011 von 9,6 Prozent um 4,8 Prozentpunkte auf 4,8 Prozent. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei dieser Personengruppe in der gesamten Bundesrepublik war mit 3,9 Prozentpunkten ähnlich stark, allerdings auf einem niedrigeren Niveau. So waren in Deutschland insgesamt nur 3,5 Prozent aller Jugendlichen unter 20 Jahren arbeitslos gemeldet. Für die Personen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren liegt erst ab dem Jahr 2008 Datenmaterial vor. Für Hamburg stieg im Zeitraum 2008 bis 2011 die Arbeitslosenquote der Älteren um 0,4 Prozentpunkte auf 8,6 Prozent und lag damit auch über dem Bundesschnitt von 8 Prozent.

Die hohe Arbeitslosigkeit unter der ausländischen Bevölkerung<sup>9</sup> ist ein sozialpolitisch wichtiges Thema. Hier zeigt sich jedoch eine positive Entwicklung in Hamburg. Von 2005 bis 2011 sank die Arbeitslosenquote unter Ausländerinnen und Ausländern von 24,8 Prozent auf 18,8 Prozent (Deutsch-

<sup>9</sup> Aufgrund der bisherigen Erhebungsweise der Bundesagentur für Arbeit lässt sich in der amtlichen Arbeitslosenstatistik nur nach Deutschen und Ausländern unterscheiden. Somit können keine präzisen Angaben zur Arbeitslosigkeit in der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund gemacht werden.

land: 25,1 Prozent auf 16,9 Prozent). So wie die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise generell nur eine moderate Verschlechterung der Arbeitslosenzahlen mit sich brachte, gilt dies im Besonderen auch für die ausländische Bevölkerung: Laut einer Analyse des Migration Policy Institute (Burkert 2010: 69) liegen die Gründe hierfür paradoxerweise gerade in der eher geringeren Qualifikation der ausländischen Arbeitskräfte. Da die Krise hauptsächlich die Exportindustrie und ihre damit eher besser qualifizierten Beschäftigten betraf, gab es auch in diesem Bereich den größten Druck, Beschäftigte zu entlassen.

Vergleicht man zusammenfassend die Entwicklungen in Hamburg seit 2005 mit den Entwicklungen auf Bundesebene, so stellt man fest, dass die Entwicklung in Deutschland insgesamt marginal positiver verlaufen ist als in Hamburg.

**Tabelle 2-2: Arbeitslosenquoten (bezogen auf abhängig zivile Erwerbspersonen, im Jahresdurchschnitt) in Hamburg und Deutschland nach Geschlecht, Alter und Nationalität**

		Insgesamt	Männer	Frauen	15-19	55-64*	Deutsche	Ausländer
<b>2005</b>	Hamburg	12,9%	14,2%	11,6%	9,6%	-	11,3%	24,8%
	Deutschland	13,0%	13,3%	12,7%	7,4%	-	11,7%	25,1%
<b>2006</b>	Hamburg	12,6%	13,7%	11,4%	9,0%	-	10,8%	25,4%
	Deutschland	12,0%	12,0%	12,0%	6,8%	-	11,0%	23,7%
<b>2007</b>	Hamburg	10,5%	11,3%	9,6%	7,2%	-	8,9%	21,6%
	Deutschland	10,1%	9,8%	10,4%	5,4%	-	9,2%	20,1%
<b>2008</b>	Hamburg	9,4%	10,1%	8,6%	6,5%	8,2%	8,0%	19,6%
	Deutschland	8,7%	8,6%	8,9%	4,4%	8,4%	8,0%	18,1%
<b>2009</b>	Hamburg	10,0%	11,2%	8,8%	7,2%	8,4%	8,6%	20,4%
	Deutschland	9,1%	9,6%	8,6%	4,4%	8,6%	8,3%	19,1%
<b>2010</b>	Hamburg	9,5%	10,6%	8,3%	6,0%	8,1%	8,2%	19,3%
	Deutschland	8,6%	9,1%	8,1%	3,9%	8,4%	7,8%	18,2%
<b>2011</b>	Hamburg	9,0%	10,0%	8,0%	4,8%	8,6%	7,7%	18,8%
	Deutschland	7,9%	8,2%	7,6%	3,5%	8,0%	7,2%	16,9%

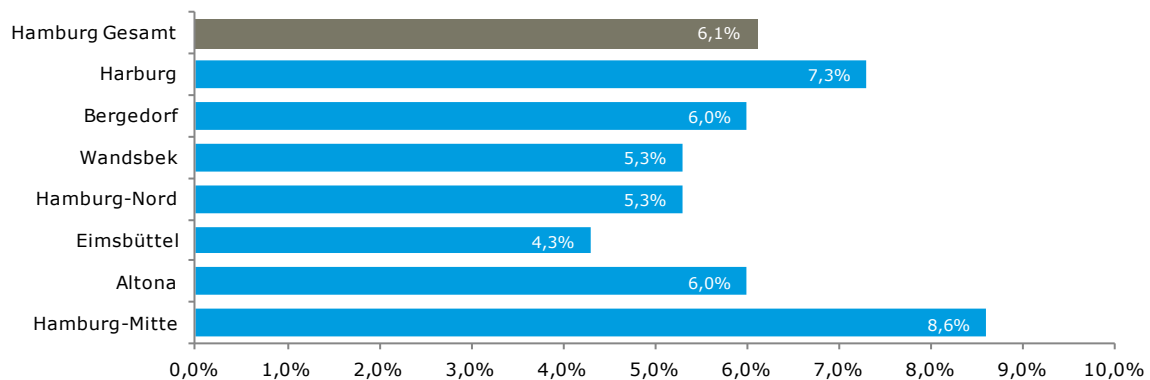
Anmerkungen: \*Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. Für die Jahre 2005-2007 liegen keine Arbeitslosenquoten für die Gruppe der 55- bis 64-Jährigen vor.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2012a, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

Hinsichtlich der Arbeitslosenquote zeigen sich auch lokale Disparitäten innerhalb Hamburgs (siehe Abbildung 2-21). So weist der Bezirk Hamburg-Mitte mit einer Arbeitslosenquote von 8,6 Prozent im Juni 2011 die höchste Arbeitslosigkeit auf, gefolgt von Harburg mit 7,3 Prozent. Vergleichsweise gering ist die Arbeitslosigkeit in den Bezirken Eimsbüttel mit 4,3 Prozent, gefolgt von Hamburg-Nord und Wandsbek mit jeweils 5,3 Prozent. Die Bezirke Altona und Bergedorf liegen mit einer Arbeitslosenquote von jeweils 6 Prozent in etwa im Hamburger Durchschnitt.



**Abbildung 2-21: Arbeitslosenquoten (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) nach Hamburger Bezirken 2011 (Stichtag 30. Juni)**



Anmerkungen: Hamburg Gesamt enthält zusätzlich Arbeitslose mit Wohnsitz auf Neuwerk und bezirklich nicht zuordenbare Fälle.

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2012b: 100f., eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

#### Zusammenfassung 2-4: Arbeitslosigkeit und offene Stellen

- Die **Arbeitslosenquote** ist im Beobachtungszeitraum – bis auf die Zeit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 – rückläufig. Allerdings ging sie in Hamburg weniger stark zurück als im Bundesgebiet insgesamt.
- Die Anzahl der **offenen Stellen** hat bis 2011 noch nicht das Vorkrisenniveau erreicht.
- Hohe Arbeitslosenquoten weisen vor allem die **Bezirke** Hamburg-Mitte und Harburg auf.

### 2.3.3 Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt

Ein wichtiges Ziel von ESF-Interventionen in der Förderperiode 2014-2020 ist es, zur Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen und Männern beizutragen (Europäische Kommission 2012: 12). Auch die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind in diesem Kontext relevant. Während Gleichstellungspolitik ausschließlich auf die Förderung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zielt, kann die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch Männern zu Gute kommen.

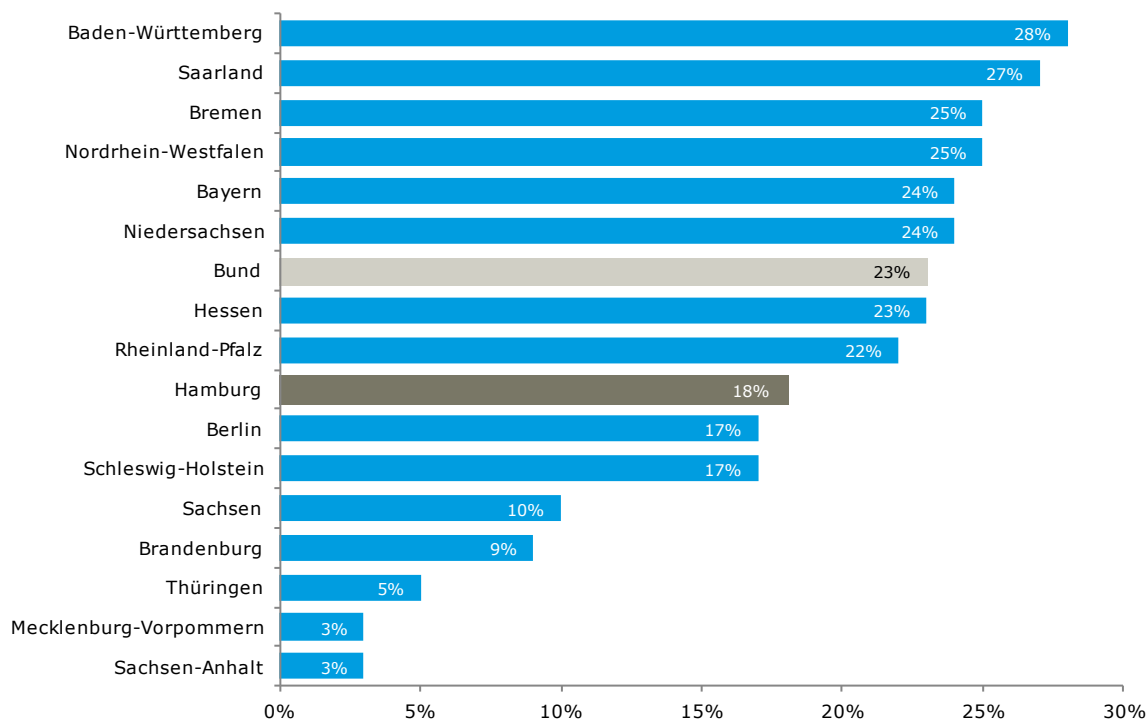
Zu Unterschieden in Art und Höhe der Erwerbsbeteiligung von Frauen wurden in den vorstehenden Abschnitten bereits Aussagen gemacht. Diese sollen hier kurz zusammengefasst werden. So liegt die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Hamburg mit 72,6 Prozent noch immer niedriger als die Erwerbsbeteiligung von Männern mit 80,9 Prozent. Die Unterschiede im Niveau der Erwerbsbeteiligung sind damit in Hamburg etwas niedriger als in Deutschland insgesamt. Es hat außerdem eine leichte Annäherung stattgefunden, die Erwerbstätigenquote von Frauen ist im betrachteten Zeitraum 2005 bis 2011 etwas stärker gestiegen als die Erwerbstätigenquote der Männer. Der nationale Zielwert im Rahmen der Europa 2020-Strategie von 73 Prozent (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2012: 8) wird somit voraussichtlich erreicht werden.

Allerdings sind es vor allem Frauen, die sich in sogenannten atypischen Beschäftigungsformen wiederfinden: So waren in Hamburg im Jahr 2011 rund 77 Prozent der Teilzeitbeschäftigten weiblich. Dies ist ein um circa 5 Prozentpunkte geringerer Anteil als in der Bundesrepublik insgesamt. Die Anteile sind jedoch seit 2005 rückläufig. Auch die geringfügig Beschäftigten sind mehrheitlich weiblich.

Im Jahr 2011 waren 61,3 Prozent der ausschließlich geringfügig Beschäftigten und 57,4 Prozent der im Nebenjob geringfügig Beschäftigten in Hamburg Frauen.

Auch beim Lohnniveau zeigen sich weitere Unterschiede zwischen Männern und Frauen: Im Jahr 2011 betrug der Gender-Pay-Gap, also die Lohnspreizung zwischen Männern und Frauen, in Hamburg noch immer 18 Prozent. Damit liegt Hamburg zwar unter dem Bundesdurchschnitt von 23 Prozent und zusammen mit Schleswig-Holstein an der Spitze der alten Bundesländer – für sich genommen bedeutet dieser Wert jedoch, dass es hier weiterhin Problemdruck gibt.

**Abbildung 2-22: Gender Pay Gap nach Bundesländern 2011**



**Anmerkungen:**

Die Berechnung des Gender-Pay-Gaps beruht auf der Verdienststrukturerhebung 2006, fortgeschrieben mit Veränderungsraten der vierteljährlichen Verdiensterhebung.

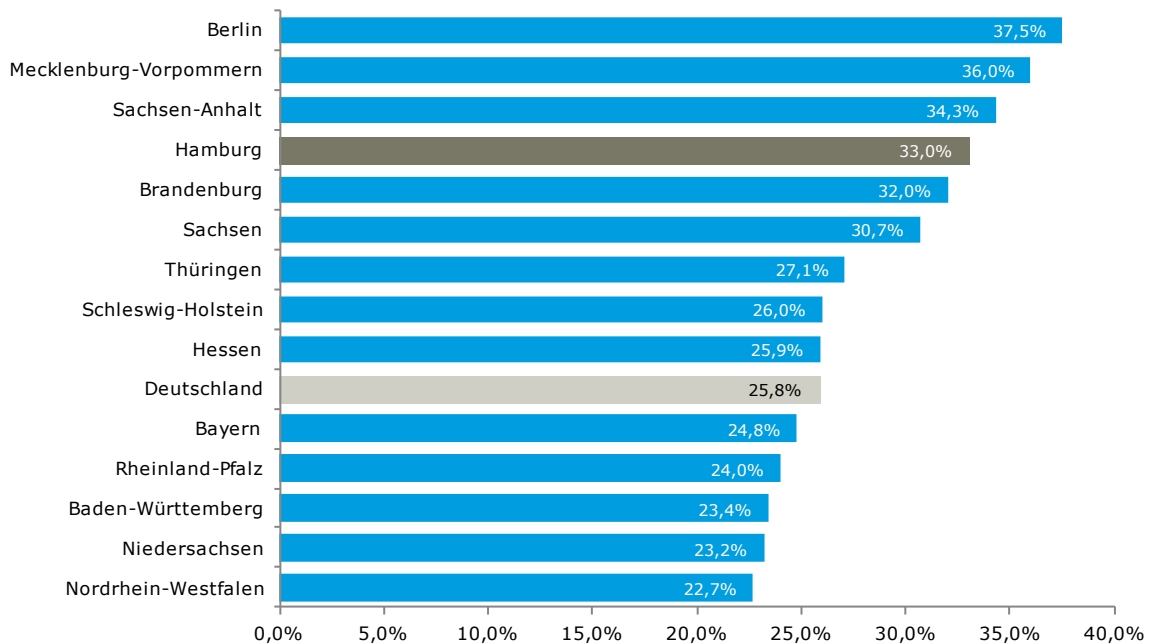
Bei der Berechnung des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes für Mecklenburg-Vorpommern konnten geringfügig Beschäftigte nicht einbezogen werden. Dies führt zur Unterschätzung des Gender-Pay-Gaps.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2012d, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

Für den Gender-Pay-Gap ist zum einen die Tatsache verantwortlich, dass ein großer Anteil der Frauen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen (Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung) angestellt ist und damit ein geringeres Einkommen erwirtschaftet als Vollzeitkräfte. Zum anderen kommt die Studie zu den Verdienstunterschieden für Gesamtdeutschland zu dem Ergebnis, dass Frauen trotz angemessener Qualifikation ab einem Alter um Mitte Dreißig nicht mehr im gleichen Maß in höhere Leistungsgruppen aufsteigen wie dies bei den Männern mit zunehmendem Alter der Fall ist. Zum anderen sind Frauen in leitender Stellung insgesamt unterrepräsentiert, während sie bei den ungelerten Arbeitnehmern überdurchschnittlich häufig vertreten sind. Selbst in frauengeprägten Wirtschaftssektoren wie Erziehung und Unterricht sind Männer in den leitenden Positionen überrepräsentiert (Statistisches Bundesamt 2010c).

Die folgende Abbildung 2-23 zeigt eine Rangliste der Bundesländer für Frauenanteile in Führungspositionen auf Basis von Mikrozensus-Daten aus dem Jahr 2011. Obwohl Hamburg sich hier mit 33 Prozent im oberen Drittel befindet und deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 25,8 Prozent liegt, weisen einige ostdeutsche Bundesländer sowie Berlin noch bessere Werte auf. Die aktuellen politischen Diskussionen in Deutschland um eine Frauenquote in Aufsichtsräten von 40 Prozent zeigen aber, dass bisher kein Bundesland eine solche Zielvorgabe für Führungspositionen im weiteren Sinne erfüllt.

**Abbildung 2-23: Frauenanteil in Führungspositionen nach Bundesländern 2011**



Anmerkungen: Auswertungen auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus. Als Führungskräfte wurden alle Personen definiert, die bei Frage 28 "Welche Tätigkeiten führen Sie in Ihrer Erwerbstätigkeit/Ihrem Nebenjob überwiegend aus?" die Antwortkategorie "Management-, Leitungs- und Führungstätigkeiten" ausgewählt haben. Für Bremen und das Saarland liegen aufgrund zu geringer Fallzahlen keine Werte vor.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2012, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

Die Arbeitslosenquote bei den Frauen lag in Hamburg im Jahr 2011 mit 8 Prozent genau zwei Prozentpunkte unter der Arbeitslosenquote der Männer. Seit 2005 ging sie mit 3,6 Prozentpunkten ähnlich stark zurück wie die Arbeitslosenquote bei den Männern (-4,2 Prozent). Dabei kann davon ausgegangen werden, dass sich ein größerer Anteil der erwerbslosen Männer arbeitslos meldet als dies bei erwerbslosen Frauen der Fall ist. Frauen mit Familie entscheiden sich im Falle eines Arbeitsplatzverlustes häufiger, sich aus dem Erwerbsleben zurückziehen oder ohne eine Meldung bei der Bundesagentur für Arbeit einen neuen Arbeitsplatz zu suchen.

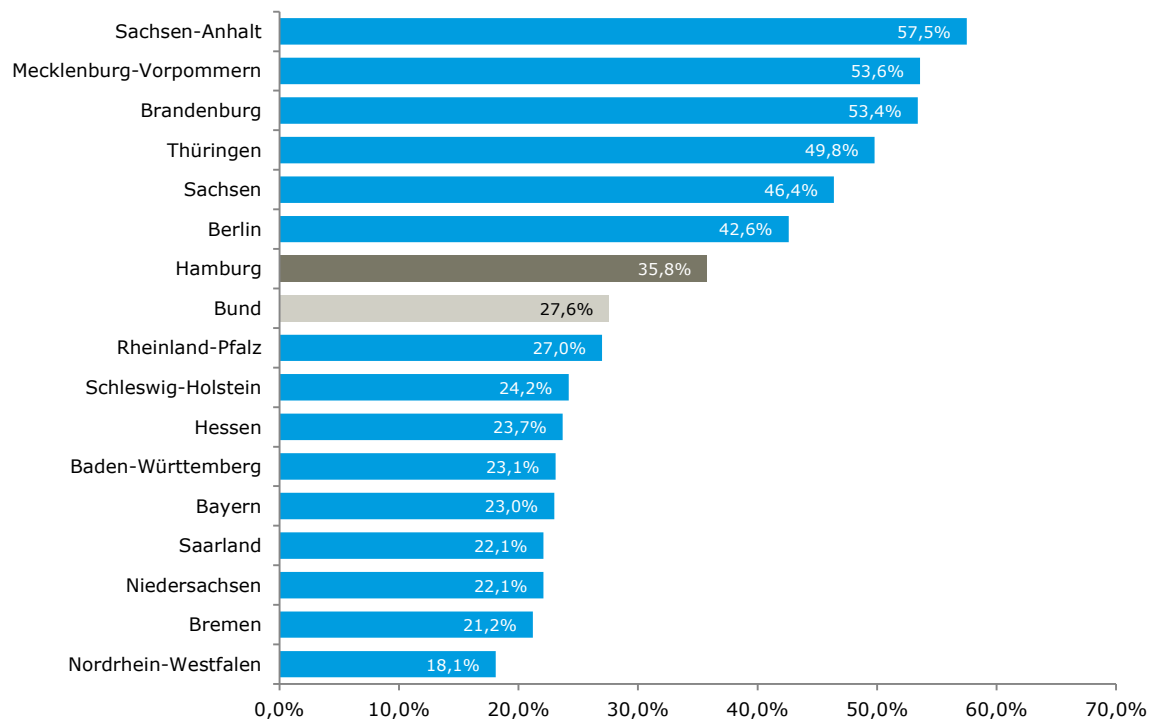
### 2.3.4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Möglichkeit der frühzeitigen Rückkehr von Frauen und Männern an den Arbeitsplatz nach Geburt eines Kindes hängt maßgeblich von der Kinderbetreuungssituation ab.

Abbildung 2-24 zeigt daher eine Rangliste aller Bundesländer anhand des Indikators „Kinder unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung“. Auch hier steht Hamburg an der Spitze der westdeutschen Bundesländer und liegt mit 35,8 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt; allerdings erreicht

Berlin hier mit 42,6 Prozent einen deutlich höheren Wert. Der dritte Stadtstaat, Bremen, liegt jedoch nur bei 21,1 Prozent. Die Spitzengruppe bilden die neuen Bundesländer mit bis zu 57,5 Prozent.

**Abbildung 2-24: Kinder unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung nach Bundesländern 2012 (1. März)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012h, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

Vor besonders großen Herausforderungen bei der (Wieder-)Aufnahme einer Beschäftigung stehen jedoch die rund 72.000 alleinerziehenden Mütter und Väter in Hamburg. Diese machten in Hamburg 2011 immerhin 32 Prozent aller Familien mit ledigen Kindern aus. Dies ist ein deutlich höherer Wert als in Deutschland insgesamt, wo nur 22,9 Prozent alleinerziehend sind. Nur Berlin und Bremen mit 35 bzw. 32,9 Prozent haben hier einen noch höheren Anteil. Im Jahr 2011 waren neun von zehn der rund 72.000 Alleinerziehenden in Hamburg weiblich (Statistisches Bundesamt 2012i, eigene Berechnungen).

**Zusammenfassung 2-5: Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

- Bei der **Gleichstellung von Frauen und Männern** auf dem Arbeitsmarkt hat Hamburg – wie fast alle Bundesländer – noch Nachholbedarf. So entwickeln sich zwar viele Indikatoren in die richtige Richtung, allerdings besteht im Jahr 2011 immer noch eine Lohnspreizung von 18 Prozent zwischen Männern und Frauen. Der Frauenanteil in Führungspositionen ist mit 33 Prozent zwar im Bundesvergleich hoch, in Bezug auf den Beschäftigungsanteil von Frauen jedoch immer noch deutlich zu niedrig.

- Im Bereich der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** liegt Hamburg mit einer U3-Betreuungsquote von 35,8 Prozent an der Spitze der alten Bundesländer, jedoch deutlich hinter Berlin. Gleichzeitig weist Hamburg ähnlich wie die anderen Stadtstaaten einen hohen Anteil Alleinerziehender an den Familien mit ledigen Kindern aus.

## **2.4 Bildung und Lebenslanges Lernen**

Im Bereich Bildung und Lebenslanges Lernen hat sich Deutschland im Nationalen Reformprogramm 2012 zwei quantifizierte Ziele gesetzt: Zum einen wird angestrebt, den Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne einen Abschluss der Sekundarstufe II auf weniger als zehn Prozent der 18- bis 24-Jährigen zu verringern. Dabei geht es um die jungen Erwachsenen ohne Abschluss, die sich nicht in (Aus-)Bildung befinden und in den letzten vier Wochen auch nicht an non-formalen Bildungsveranstaltungen teilgenommen haben. Zudem wurde national vereinbart, den Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einem tertiären oder vergleichbaren Abschluss (ISCED 4, 5A/B und 6) auf 42 Prozent zu steigern. Dieses Ziel wurde zwar höher angesetzt als das Europa 2020-Ziel – im Gegensatz dazu sind jedoch im Nationalen Reformprogramm ausdrücklich auch Absolventinnen und Absolventen der ISCED 4-Ebene (z. B. Meisterinnen und Meister, Technikerinnen und Techniker, Fachwirtinnen und Fachwirte) einbezogen.

Zunächst wird in Kapitel 2.4.1 die aktuelle Qualifikationsstruktur der Hamburger Bevölkerung, der Erwerbstätigen und Erwerbslosen, betrachtet. In Kapitel 2.4.2 wird die Leistungsfähigkeit des formalen Bildungssystems in Hamburg anhand ausgewählter Indikatoren betrachtet: Hierunter fallen allgemeinbildende Schulen, der Übergangsbereich, die (duale) Berufsausbildung und die Hochschulbildung. Schließlich wird in Kapitel 2.4.3 das lebenslange Lernen mit Fokus auf die betriebliche Weiterbildung in KMU analysiert.

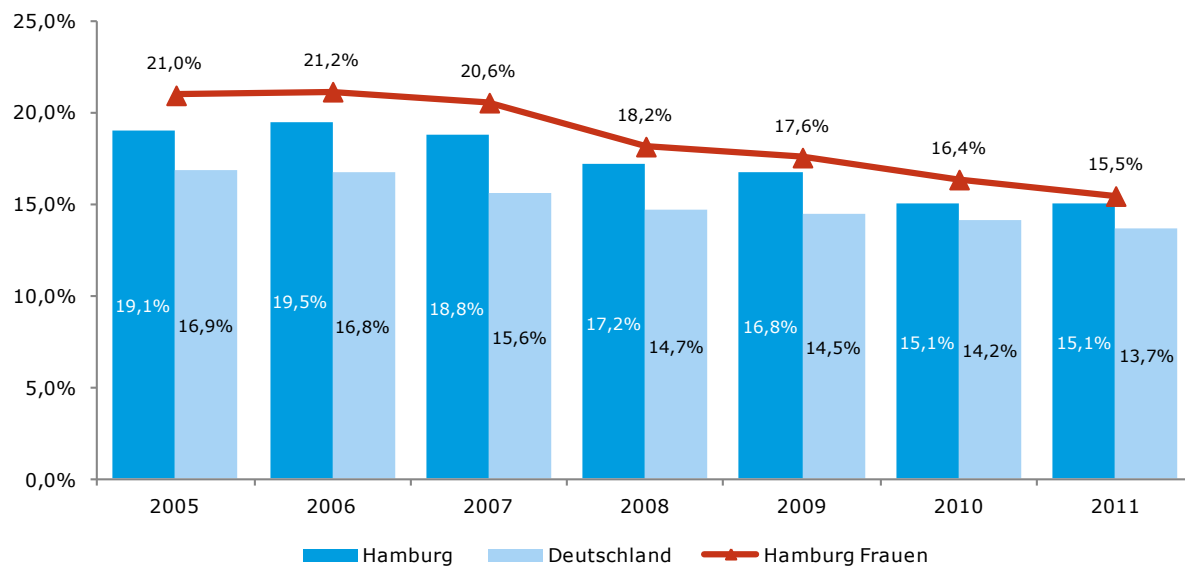
### **2.4.1 Qualifikationsstruktur der allgemeinen Bevölkerung, der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen**

Die Untersuchung der Qualifikationsstruktur der Bevölkerung dient dazu, den bereits absehbaren zukünftigen Bedarf an Arbeitskräften der derzeit vorliegenden Beschäftigungsstruktur gegenüberzustellen. Aus einer solchen Gegenüberstellung können Anhaltspunkte für regionale Qualifizierungsstrategien zum Ausgleich absehbarer Differenzen in Angebot und Nachfrage der unterschiedlichen Qualifikationsniveaus gewonnen werden.

#### *Qualifikationsstruktur der Bevölkerung*

Ein erster Indikator für das Qualifikationsniveau ist der Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsstand an der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren (siehe Abbildung 2-25), also der Personen ohne Berufsausbildung und ohne (Fach-)Abitur. Zwischen 2005 und 2011 hat sich der Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsabschluss in Hamburg stärker verringert als in Deutschland insgesamt, bei Frauen stärker als bei der Hamburger Bevölkerung insgesamt. So betrug der Rückgang des Anteils der Personen mit niedrigem Bildungsabschluss in Hamburg insgesamt zwischen 2005 und 2011 4 Prozentpunkte (Deutschland: 3,7 Prozentpunkte). In der Gruppe der Frauen betrug der Rückgang sogar 5,5 Prozentpunkte. Dennoch bleibt der Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsabschluss an der Bevölkerung in Hamburg mit 15,1 Prozent auf einem höheren Niveau als in Deutschland insgesamt (13,7 Prozent). Bei Frauen ist der Anteil mit 15,5 Prozent trotz einer sehr positiven Entwicklung noch immer höher als in der Bevölkerung insgesamt.

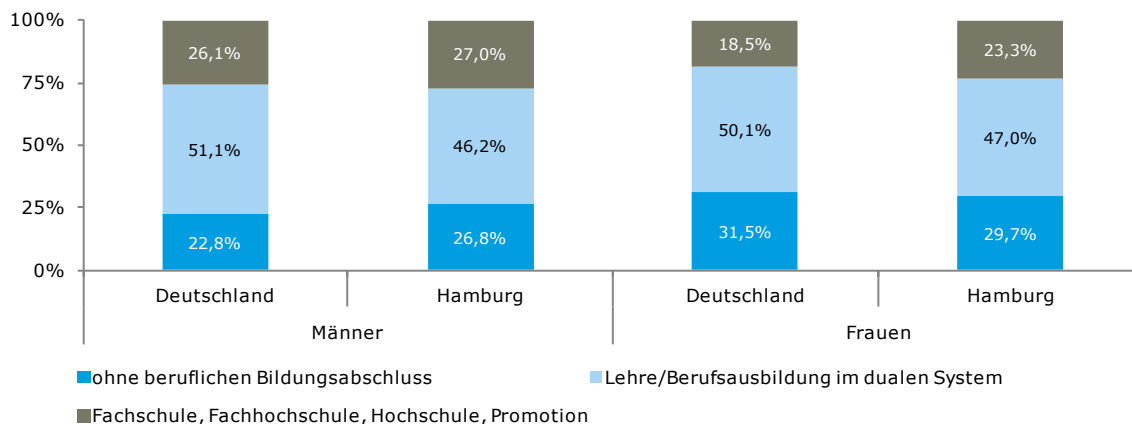
**Abbildung 2-25: Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsstand in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011**



Anmerkungen: Anteil der 25- bis Unter-65-Jährigen ohne beruflichen Abschluss und ohne (Fach-)Hochschulreife (maximal ISCED 2) an der Bevölkerung entsprechender Altersgruppe.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012f, eigene Darstellung Ramböll Management Consulting.

Ein genauerer Blick auf die Berufsqualifikation in der allgemeinen Bevölkerung zeigt: In Hamburg verfügen 27 Prozent der rund 808.000 Männer und 23,3 Prozent der rund 762.000 Frauen über 15 Jahren über einen Fachschul-, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss (inkl. Promotion). Dies sind in beiden Gruppen höhere Anteile als in Deutschland insgesamt; hier haben durchschnittlich 26,1 Prozent der Männer einen höheren Berufsabschluss und nur 18,5 Prozent der Frauen. Niedriger als in Deutschland insgesamt ist dagegen der Anteil der Hamburger Bevölkerung über 15 Jahren mit Berufsausbildung. 46,2 Prozent der Männer (Deutschland: 51,1 Prozent) und 47 Prozent der Frauen (Deutschland: 50,1 Prozent) verfügen über diese Art des beruflichen Abschlusses (siehe Abbildung 2-26).

**Abbildung 2-26: Qualifikationsstruktur der allgemeinen Bevölkerung über 15 Jahren in Hamburg und Deutschland nach Geschlecht 2011****Anmerkungen:**

*Ohne beruflichen Bildungsabschluss* einschließlich Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum.

*Lehre/Berufsausbildung im dualen System* einschließlich eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung sowie Anlernausbildung.

*Fachschule, Fachhochschule, Hochschule, Promotion* einschließlich Meister-/Technikerschulen sowie Ingenieurschulen und Verwaltungsfachhochschulen in der ehem. DDR.

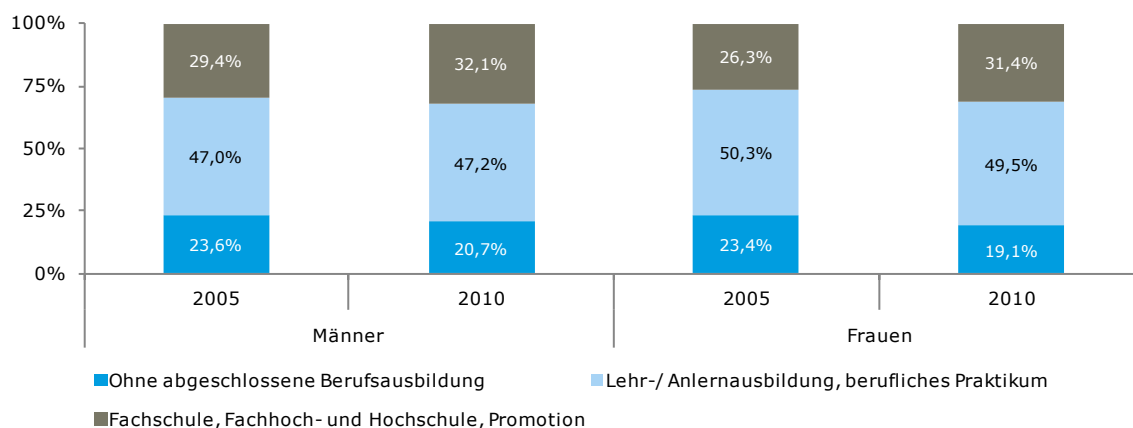
Quelle: Statistisches Bundesamt 2012e: 22, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

**Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen**

Die Betrachtung der Qualifikationsstruktur der *Erwerbstätigen* in Hamburg nach Geschlecht in Abbildung 2-27 zeigt, dass der Anteil der Erwerbstätigen mit einem höheren beruflichen Bildungsabschluss bei Männern wie bei Frauen zugenommen hat, allerdings unterschiedlich stark: So erhöhte sich der Anteil der Erwerbstätigen mit Fachschul-, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss (inkl. Promotion) bei den Männern zwischen 2005 und 2010 um 2,7 Prozentpunkte, bei den Frauen dagegen um 5,1 Prozentpunkte. Der Anteil der Erwerbstätigen mit Lehr- oder Anlernausbildung (inkl. berufliches Praktikum) nahm zwischen 2005 und 2010 bei den Frauen um 0,8 Prozentpunkte ab, bei den Männern dagegen um 0,2 Prozentpunkte zu. Insgesamt kann aber von einer weitgehenden Stabilität des Anteils dieser Bildungsabschlussgruppe bei den Erwerbstätigen gesprochen werden. Der Anteil der Erwerbstätigen ohne beruflichen Bildungsabschluss nahm von 2005 bis 2010 bei Männern wie bei Frauen ab, bei Frauen allerdings etwas stärker. Die rückläufigen Anteile sind auf die noch stärkeren Zuwächse bei den Erwerbstätigen mit Lehr- oder Anlernausbildung (inkl. berufliches Praktikum) und insbesondere bei den Erwerbstätigen mit einem höheren beruflichen Bildungsabschluss zurückzuführen.



**Abbildung 2-27: Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen in Hamburg nach Geschlecht 2005 und 2010**

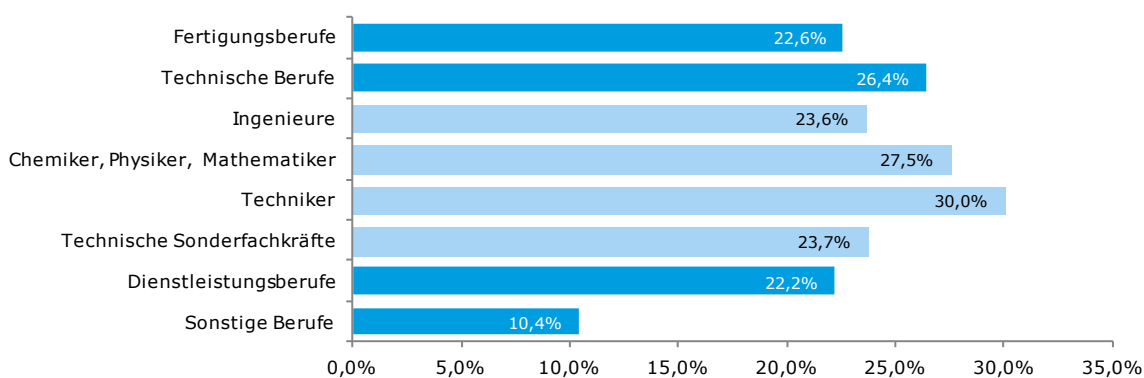


Anmerkungen: Lehr-/Anlernausbildung, berufliches Praktikum einschließlich Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an Berufsfach-/Kollegschulen und Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens.

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2007: 98 und 2012b: 90, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

Für die Abschätzung des zukünftigen Bedarfs an qualifizierten Fachkräften ist es hilfreich, den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter von über 50 Jahren an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Berufsbereichen zu betrachten (siehe Abbildung 2-28). In den Dienstleistungsberufen waren im Jahr 2008 22,2 Prozent der Beschäftigten über 50 Jahre, in den Fertigungsberufen 22,6 Prozent. In den technischen Berufen lag dieser Anteil mit 26,4 Prozent deutlich höher. Die technischen Berufe sind in der Abbildung noch weiter aufgeschlüsselt: Dabei zeigt sich, dass insbesondere Techniker (30 Prozent) sowie Chemiker, Physiker und Mathematiker (27,5 Prozent) einen sehr hohen Anteil Beschäftigter im Alter von über 50 Jahren haben, dass aber auch Ingenieure (23,6 Prozent) und technische Sonderfachkräfte (23,7 Prozent) überdurchschnittliche Anteile älterer Beschäftigter aufweisen. In den technischen Berufen werden somit in den nächsten Jahren aufgrund von Verrentungen besonders viele Stellen zu besetzen sein (Buch et al. 2010: 18f.).

**Abbildung 2-28: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter von 50 bis unter 65 Jahren an den 15- bis Unter-65-Jährigen nach Berufsbereichen 2008**



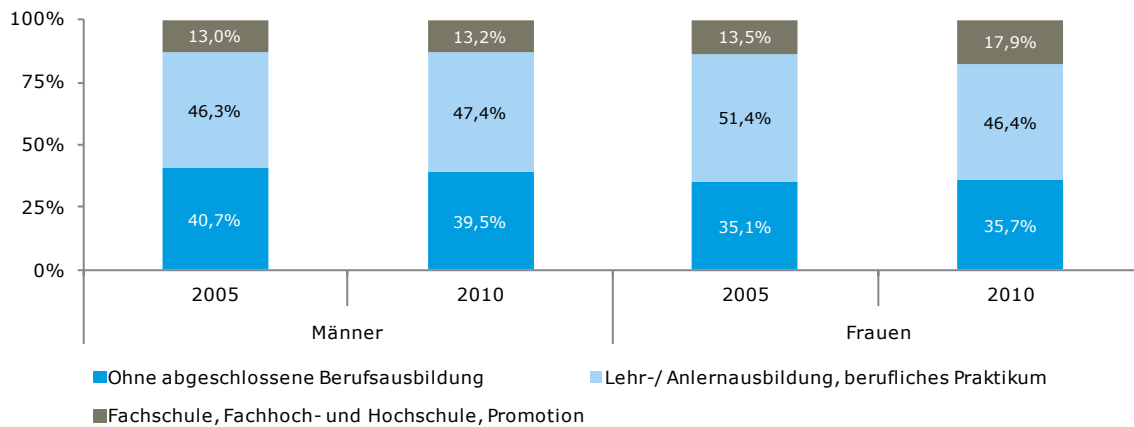
Anmerkungen: Die Abbildung zeigt den Anteil der über 50-jährigen Beschäftigten in Fertigungsberufen, technische Berufen, Dienstleistungsberufen und sonstige Berufe. Der Bereich technische Berufe ist innerhalb der Abbildung in vier Untergruppen unterteilt: Ingenieure – Chemiker, Physiker, Mathematiker – Techniker – technische Sonderfachkräfte.

Quelle: Buch et al. 2010: 19, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

### Qualifikationsstruktur der Erwerbslosen

Die Qualifikationsstruktur der Erwerbslosen in Hamburg ist in Abbildung 2-29 dargestellt. Deutlich wird dabei, dass Arbeitslosigkeit auch mit dem Qualifikationsniveau der arbeitslosen Personen zusammenhängt: So waren im Jahr 2010 39,5 Prozent der rund 38.000 erwerbslosen Männer und 35,7 Prozent der rund 28.000 erwerbslosen Frauen ohne abgeschlossene Berufsausbildung (Gesamt 37,9 Prozent). Ein beträchtlicher Anteil von 47,4 bzw. 46,4 Prozent (Gesamt 47 Prozent) hatte eine Lehr- oder Anlernausbildung oder ein berufliches Praktikum als formale Qualifikation vorzuweisen und 13,2 bzw. 17,9 Prozent (Gesamt: 15,2 Prozent) eine Fachschul- oder höhere Ausbildung. Die Anteile waren seit 2005 relativ stabil. Auffällig sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen: Ein größerer Anteil der erwerbslosen Frauen verfügte über einen höheren Berufsabschluss als dies bei den Männern der Fall war; außerdem verfügte auch ein geringerer Anteil der erwerbslosen Frauen über keine abgeschlossene Berufsausbildung als bei den erwerbslosen Männern.

**Abbildung 2-29: Qualifikationsstruktur der Erwerbslosen in Hamburg nach Geschlecht 2005 und 2010**



Anmerkungen: Lehr-/Anlernausbildung, berufliches Praktikum einschließlich Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an Berufsfach-/Kollegschaften und Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens. Berücksichtigt sind hier lediglich die Erwerbslosen mit Angabe zum Bildungsstand. Daten auf Basis des Mikrozensus, Erwerbslosendefinition nach ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2007: 98 und 2012b: 90, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

### Zusammenfassung 2-6: Qualifikationsstruktur in der Bevölkerung

- Der Anteil der **Personen mit niedrigem Bildungsstand** (ISCED2 oder geringer) ging zwischen 2005 und 2011 stetig zurück. Hamburg und Deutschland näherten sich in diesem Zeitraum an, besonders stark war der Rückgang bei Frauen. Dennoch liegt der Anteil in Hamburg auch 2011 noch immer höher als in Deutschland insgesamt.
- Die **Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen** hat sich in Hamburg zwischen 2005 und 2010 insgesamt verbessert, bei den Frauen etwas stärker als bei den Männern.
- Insbesondere in den technischen Berufen werden in den nächsten Jahren viele Stellen zu besetzen sein. Hier droht am ehesten ein **Fachkräfteengpass**.
- Weiterhin ist ein Zusammenhang zwischen **Arbeitslosigkeit und Qualifikationsniveau** der arbeitslosen Personen feststellbar: mehr als jede/r dritte Erwerbslose verfügt über keine abgeschlossene Berufsausbildung.

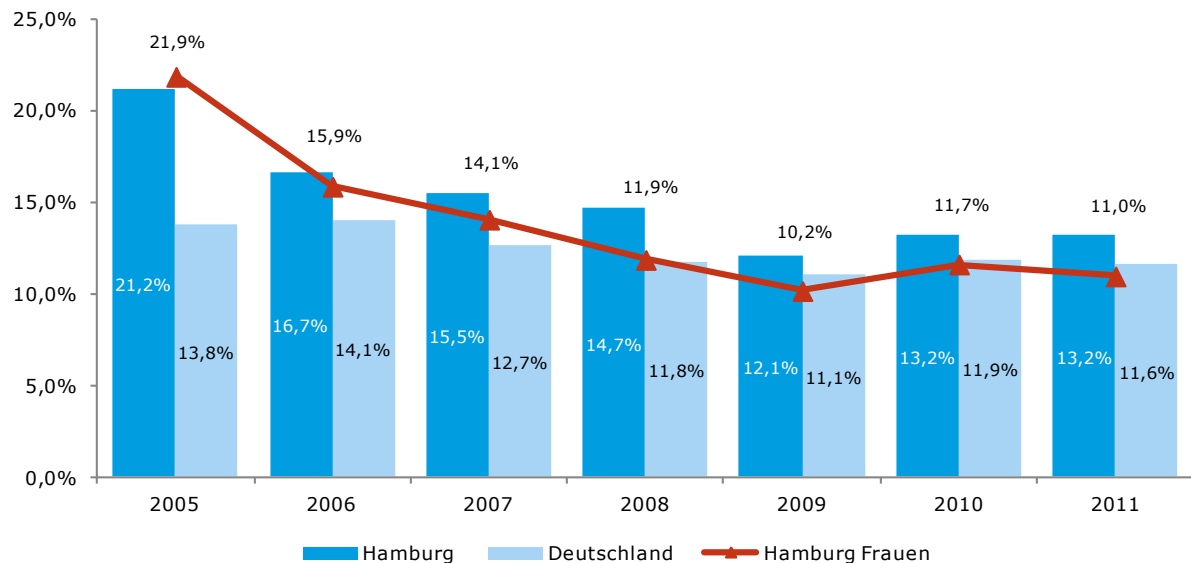
## 2.4.2 Leistungsfähigkeit des formalen Bildungssystems

Um die Leistungsfähigkeit des Hamburger Bildungssystems beurteilen zu können, werden die frühkindliche Bildung, die allgemeinbildenden Schulen, die Berufsausbildung und der Tertiärbereich genauer betrachtet. Damit können Aufschlüsse über die Verbesserungspotenziale im Bildungsbereich gegeben werden, die aus den kontinuierlich steigenden Ansprüchen an die Qualifikationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer resultieren.

Im Nationalen Reformprogramm 2012 verfolgt die Bundesrepublik Deutschland das Ziel, den Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne einen Abschluss der Sekundarstufe II, die sich zudem nicht in (Aus-)Bildung befinden und in den letzten vier Wochen auch nicht an non-formalen Bildungsveranstaltungen teilgenommen haben, auf weniger als 10 Prozent der 18- bis 24-Jährigen zu verringern (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2012: 11).

Dieser Wert betrug im Jahr 2011 in Hamburg 13,2 Prozent und liegt damit noch deutlich vom bundesweiten Zielwert und vom Bundesdurchschnitt von 11,6 Prozent entfernt. Erfreulich ist jedoch die Entwicklung seit dem Jahr 2005. Damals betrug der Wert für diesen Indikator noch 21,2 Prozent. Nah am Zielwert liegt inzwischen vor allem die Gruppe der Frauen: In dieser Gruppe hat sich der Wert von 21,9 Prozent im Jahr 2005 auf 11 Prozent im Jahr 2011 verringert (siehe Abbildung 2-30). Die stärkere Abnahme des Anteils bei den Frauen ist auch auf Bundesebene zu beobachten.

**Abbildung 2-30: Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011**



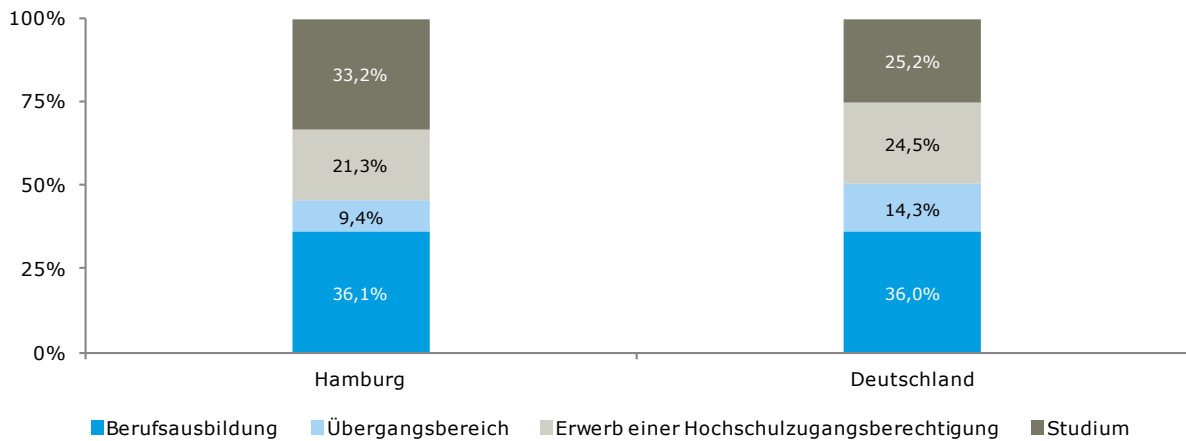
Anmerkungen: Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet und über keinen Abschluss der Sekundarstufe II verfügt.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012e, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

Außerdem kann dargestellt werden, wie sich die Anfängerinnen und Anfänger im Ausbildungsgeschehen, also Jugendliche, die die Stufen der Sekundarstufe I bzw. II verlassen haben, in einem bestimmten Jahr auf die verschiedenen weiteren Bildungswege verteilen. Dies ist für Hamburg und Deutschland für das Jahr 2011 in der Abbildung 2-31 dargestellt. Dabei zeigt sich, dass der Anteil der Jugendlichen, der in Berufsausbildung einmündete mit rund 36 Prozent in Deutschland und Hamburg ungefähr gleich hoch ist. 9,4 Prozent der 52.961 Anfängerinnen und Anfänger im Ausbildungsgeschehen 2011 mündete in den so-

genannten Übergangsbereich ein (Deutschland: 14,3 Prozent). Der Übergangsbereich umfasst Bildungsgänge, die es unversorgten Jugendlichen ermöglichen, gegebenenfalls der (Teilzeit-)Schulpflicht nachzukommen, allgemeinbildende Schulabschlüsse nachzuholen oder sich beruflich zu orientieren. Diese Bildungsgänge vermitteln berufliche Grundkenntnisse, jedoch keine anerkannten Berufsabschlüsse (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012g: 9f.). Weitere 21,3 Prozent der Anfängerinnen und Anfänger im Ausbildungsgeschehen 2011 in Hamburg sind in der Sekundarstufe II allgemeinbildender oder beruflicher Schulen, um eine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben (Deutschland: 24,5 Prozent), weitere 33,2 Prozent begannen ein Studium (Deutschland: 25,2 Prozent).

**Abbildung 2-31: Anteile der Anfängerinnen und Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach verschiedenen Sektoren in Hamburg und Deutschland 2011**

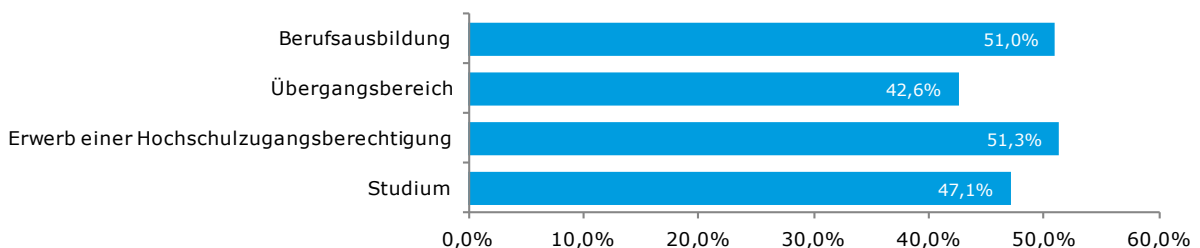


Quelle: Statistisches Bundesamt 2012g, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

Der Anteil der Frauen an den Anfängerinnen und Anfängern einer Berufsausbildung sowie bei den Anfängerinnen und Anfängern mit dem Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung ist mit 51 bzw. 51,3 Prozent überdurchschnittlich hoch. Dabei zeigt ein genauerer Blick auf die Anfängerinnen und Anfänger einer Berufsausbildung nach Ausbildungsart, dass der hohe Frauenanteil sich vorwiegend aus dem hohen Frauenanteil in den in der Regel schulischen Ausbildungsberufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens erklärt: Der Frauenanteil lag hier im Jahr 2011 bei über 75 Prozent, während er bei den anderen Arten von Berufsausbildung (inkl. duale Ausbildung) in der Regel deutlich unter 50 Prozent liegt.

Der Frauenanteil bei den Studienanfängerinnen und Studienanfängern war leicht unterdurchschnittlich (47,1 Prozent). In den Übergangsbereich mündeten dagegen überwiegend männliche Jugendliche ein, der Frauenanteil lag hier nur bei 42,6 Prozent.

**Abbildung 2-32: Frauenanteile bei den Anfängerinnen und Anfängern in den verschiedenen Sektoren in Hamburg 2011**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2012g, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

In den folgenden Abschnitten werden die Entwicklungen in den Bereichen frühkindliche Bildung, Allgemeinbildende Schulen, Übergangssystem, Berufsausbildung und Hochschulbildung genauer untersucht.

#### **2.4.2.1 Frühkindliche Bildung**

In Abbildung 2-24 auf Seite 30 wurde deutlich, dass Hamburg bei der Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung im Jahr 2012 mit 35,8 Prozent über dem bundesdeutschen und insbesondere dem westdeutschen Durchschnitt liegt. Eine Betrachtung der Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren zeigt, dass sich die Betreuungsquote im Jahr 2002 noch bei 15,7 Prozent befand und seither stetig anstieg (Behörde für Schule und Berufsbildung 2011: 98). Auffällig ist dabei jedoch die hohe Diskrepanz zwischen der Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund (22 Prozent) und Kindern unter 3 Jahren ohne Migrationshintergrund (46 Prozent; Statistisches Bundesamt 2012j).

Etwas anders sieht es bei der Betreuungsquote der 3 bis unter 6-jährigen in Kindertagesbetreuung aus. Hier bildet Hamburg im Jahr 2012 mit einer Betreuungsquote von nur 87,4 Prozent das Schlusslicht hinter Bremen (89,1 Prozent). Der Bundesdeutsche Durchschnitt liegt bei 93,4 Prozent, Berlin weist mit 93,9 Prozent einen leicht überdurchschnittlichen Wert auf. Den Spitzenplatz belegt Rheinland-Pfalz mit 97,4 Prozent (Statistisches Bundesamt 2012k). Beim Vergleich der Anteile der 3 bis unter 6-jährigen mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung mit den Anteilen der 3 bis unter 6-jährigen ohne Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung über die westdeutschen Bundesländer ergeben sich zwei Gruppen: In der einen Gruppe (Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz) ergeben sich kaum Unterschiede in den Betreuungsquoten für Kinder mit und Kinder ohne Migrationshintergrund. In der zweiten Gruppe, zu welcher neben Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein auch die Freie und Hansestadt Hamburg gehört, ergeben sich Diskrepanzen von sechs (Schleswig-Holstein) bis 19 Prozentpunkten (Niedersachsen) zwischen der jeweiligen Betreuungsquote der 3 bis unter 6-jährigen mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung und der 3 bis unter 6-jährigen ohne Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung (Hamburg: 14 Prozentpunkte; Statistisches Bundesamt 2012j und eigene Berechnungen).

Gerade vor dem Hintergrund des durchschnittlich niedrigeren sozio-ökonomischen Status von Familien mit Migrationshintergrund und des umso höheren außerfamiliären Förderbedarfs besteht die Notwendigkeit, für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund frühzeitige und qualitativ hochwertige Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen und die Qualität dieser Einrichtungen unter Berücksichtigung der erschwerten Bedingungen sicherzustellen (Tietze et al. 2012: 13, 15).

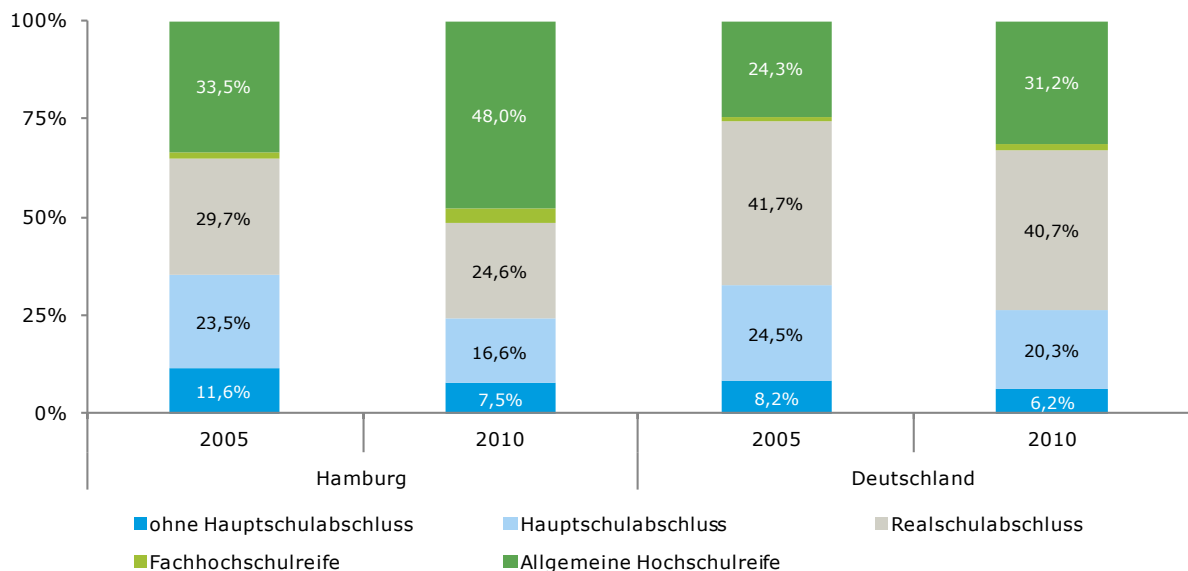
#### **2.4.2.2 Allgemeinbildende Schulen**

Zunächst werden die auf dem Niveau der Sekundarstufe erlangten Abschlüsse untersucht, um festzustellen, wie vielen Schülerinnen und Schülern der Übergang in eine Ausbildung bzw. zu einem Hochschulstudium, also in den Tertiärbereich, eröffnet wird. Hierfür wird zum einen ein Vergleich über die Zeit und zum anderen ein Vergleich zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Bundesrepublik insgesamt gezogen. Beim Zeitvergleich ist die derzeit hohe Reformintensität im Bereich der Allgemeinen Hochschulreife in den vergangenen Jahren zu berücksichtigen; in den meisten Bundesländern wurde die Zeit bis zum Schulabschluss um ein Jahr verkürzt. Dies führte zu sogenannten „doppelten Abiturjahrgängen“ und damit zu der Tatsache, dass im Jahr 2010 die Gesamtzahl der Abschlüsse um etwa 25 Prozent und die Zahl der Schulabschlüsse mit Allgemeiner Hochschulreife beinahe um 50 Prozent höher lag als in normalen Abschlussjahrgängen, da zwei Kohorten gleichzeitig das Abitur ablegten. Die hier dargestellten Zahlen verwenden aus diesem Grund für Hamburg im Jahr 2010 Zahlen für den „bereinigten Abiturjahrgang“ ohne Schülerinnen und Schüler mit bestandener Abiturprüfung im achtstufigen Bildungsgang.

Insgesamt verließen in Hamburg im Jahr 2010 16.268 Jugendliche allgemeinbildende Schulen in Hamburg (ohne Schülerinnen und Schüler mit bestandener Abiturprüfung im achtstufigen Bildungsgang). Davon erreichten 48 Prozent die allgemeine Hochschulreife (Deutschland: 31,2 Prozent). Auch der Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger mit Fachhochschulreife liegt mit 3,4 Prozent über dem Bundesdurchschnitt von 1,6 Prozent. 24,6 Prozent der Hamburger Schulabgängerinnen und Schulabgänger erreichten einen Realschulabschluss (Deutschland: 40,7 Prozent) und 16,6 Prozent einen Hauptschulabschluss (Deutschland: 20,3 Prozent). Während in Hamburg 7,5 Prozent die Schule ohne Schulabschluss verließen, waren es in Deutschland insgesamt nur 6,2 Prozent. Allgemein wird deutlich, dass der Anteil der Jugendlichen mit einem höher qualifizierenden Abschluss in Hamburg deutlich größer ist als im Bundesdurchschnitt. Auf der anderen Seite ist jedoch auch der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne allgemeinbildenden Abschluss verlassen, in Hamburg höher als in Deutschland insgesamt. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, der die Schule mit mittlerem Schulabschluss bzw. Realschulabschluss verlässt, ist dementsprechend deutlich geringer als in Deutschland insgesamt. Zu berücksichtigen ist hier allerdings, dass es Hinweise auf ein signifikant niedrigeres Leistungsniveau von Hamburger Schülerinnen und Schülern im Vergleich zum Bundesdurchschnitt gibt, die sich in Kompetenzvergleichen (Mathematik und Lesen) mit anderen Bundesländern bereits in der vierten Jahrgangsstufe (Grundschule) zeigen. Allerdings schneiden die anderen Stadtstaaten Berlin und Bremen darin noch schlechter ab (Stanat et. al. 2012: 128f.).

Im Zeitvergleich ist festzustellen, dass sich sowohl in Hamburg wie auch in Deutschland insgesamt eine Verschiebung hin zu höheren Schulabschlüssen abzeichnet. Positiv ist außerdem hervorzuheben, dass der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss in Hamburg wie in Deutschland im Jahr 2010 niedriger ist als noch im Jahr 2005.

**Abbildung 2-33: Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Schulabschluss in Hamburg und Deutschland 2005 und 2010**

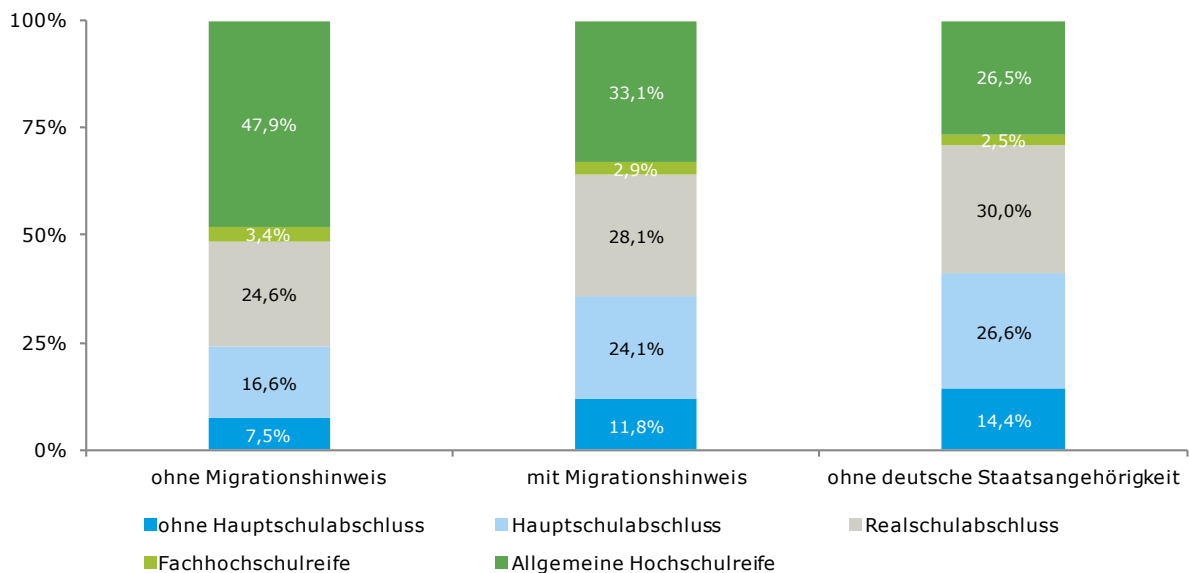


Anmerkungen: Aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs in Hamburg im Jahr 2010 beziehen sich die Zahlen für Hamburg auf den bereinigten Abiturjahrgang, ohne Schülerinnen und Schüler mit bestandener Abiturprüfung im achtstufigen Bildungsgang.

Quelle: Statistisches Ämter des Bundes und der Länder 2012c, Behörde für Schule und Berufsbildung 2011: 211; eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

Bei einer genaueren Untersuchung der Jugendlichen nach Abschlüssen zeigt sich, dass bei den Jugendlichen mit Migrationshinweis<sup>10</sup> bzw. den Jugendlichen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Hamburg der Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Schulabschluss deutlich höher liegt (siehe Abbildung 2-34): So erreichten 47,9 Prozent der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Migrationshinweis im Jahr 2010 die allgemeine Hochschulreife, aber nur 33,1 Prozent der Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Migrationshintergrund und 26,5 Prozent in der Gruppe der Jugendlichen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch bei der Fachhochschulreife. Auf der anderen Seite erreichten Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus der Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshinweis und der Gruppe der Jugendlichen ohne deutsche Staatsangehörigkeit häufiger Real- oder Hauptschulabschlüsse als Jugendliche ohne Migrationshinweis. Schließlich ist festzuhalten, dass Jugendliche ohne deutsche Staatsangehörigkeit die Schule fast doppelt so häufig (14,4 Prozent) ohne Schulabschluss verlassen wie Jugendliche ohne Migrationshinweis (7,5 Prozent). Jugendliche ohne Migrationshinweis liegen mit einem Anteil von 11,8 Prozent dazwischen. Insgesamt zeigt sich also immer noch ein deutlicher Zusammenhang zwischen Herkunft und allgemeinem Schulabschluss. Im Bundesländervergleich sind diese Zahlen allerdings als eher positiv zu bewerten; der Abstand im Bildungserfolg zwischen Ausländerinnen und Ausländern und Deutschen ist in den meisten anderen Bundesländern größer (Institut der Deutschen Wirtschaft 2011: 161).

**Abbildung 2-34: Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Migrationshinweis, Staatsangehörigkeit und Schulabschluss in Hamburg 2010**



Anmerkungen:  
Die Zahlen beziehen sich auf den „bereinigten“ Abiturjahrgang, ohne Schülerinnen und Schüler mit bestandener Abiturprüfung im achtstufigen Bildungsgang.

Quelle: Behörde für Schule und Berufsbildung 2011: 213; eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

Die Analyse der Schulabschlüsse nach Geschlecht (siehe Abbildung 2-35) zeigt schließlich, dass Schulabgängerinnen häufiger höhere Schulabschlüsse erreichen als Schulabgänger: Letztere erreich-

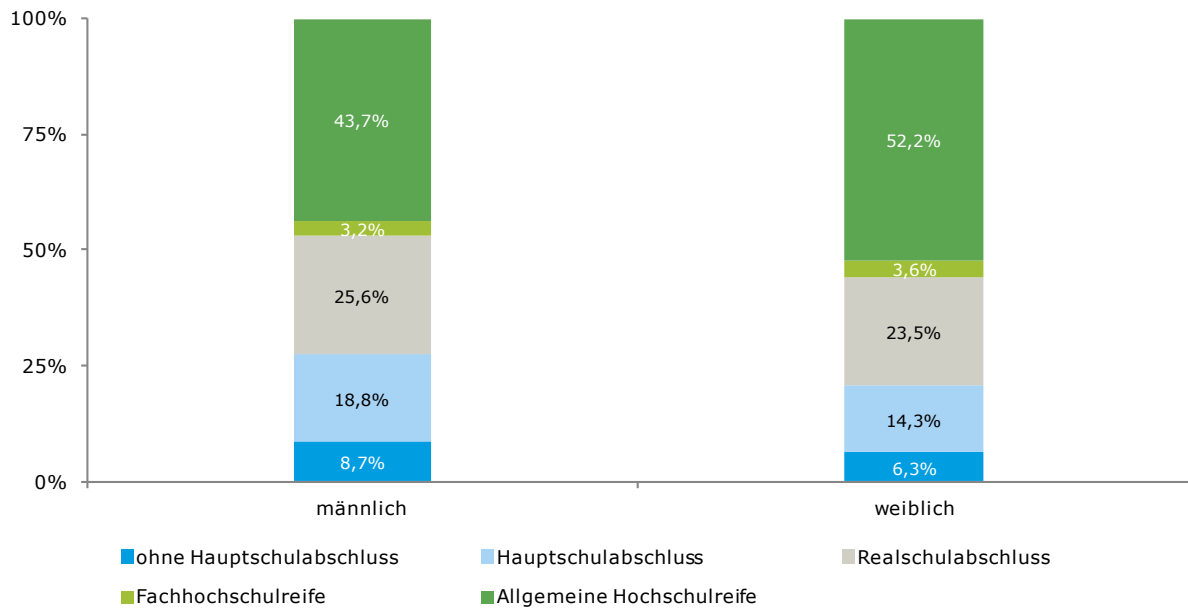
<sup>10</sup> Ein „Migrationshinweis“ liegt vor, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft:

(a) keine deutsche Staatsangehörigkeit, (b) Aussiedlerstatus, (c) die überwiegend gesprochene Sprache ist nicht Deutsch.

In diese Definition gehen keine Informationen zum Migrationsstatus der Eltern (mindestens ein Elternteil ist zugewandert oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geboren) ein, da die dafür notwendigen Variablen in der Hamburger Schulstatistik nicht zuverlässig vorliegen. Damit wird der Anteil an Schülerinnen und Schülern mit familiärer Zuwanderungsgeschichte in den verschiedenen Auswertungen systematisch unterschätzt, d. h. es ist davon auszugehen, dass dieser Anteil deutlich höher liegt als ausgewiesen.

ten im Jahr 2010 nur in 43,7 Prozent der Fälle die allgemeine Hochschulreife, erstere dagegen in 52,2 Prozent der Fälle. Entsprechend häufiger erreichten Schulabgänger Real- oder Hauptschulabschlüsse. Auch der Anteil derer, die die Schule ohne Abschluss verlassen, war bei den Schulabgängern mit 8,7 Prozent um gut ein Drittel höher als bei den Schulabgängerinnen.

**Abbildung 2-35: Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Geschlecht und Schulabschluss in Hamburg 2010**



Anmerkungen: Die Zahlen beziehen sich auf den „bereinigten“ Abiturjahrgang, ohne Schülerinnen und Schüler mit bestandener Abiturprüfung im achtstufigen Bildungsgang.

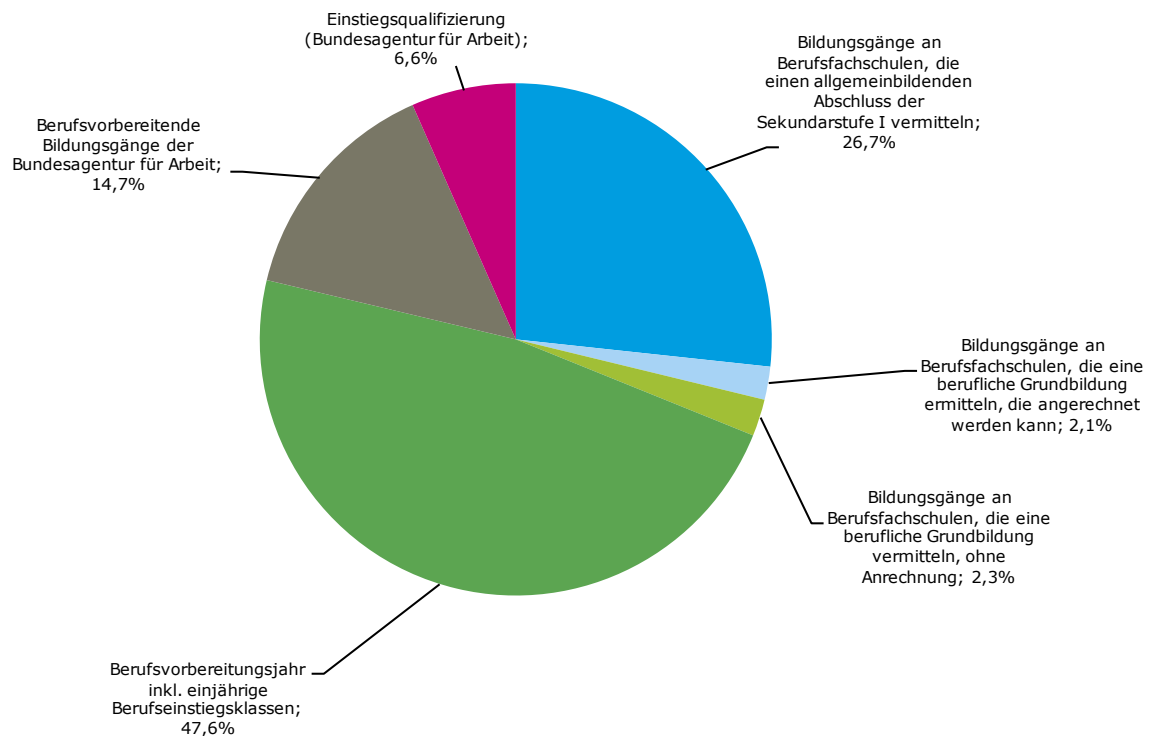
Quelle: Behörde für Schule und Berufsbildung 2011: 214, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

### 2.4.2.3 Jugendliche im Übergangsbereich

In Hamburg mündeten 2011 9,4 Prozent der Anfängerinnen und Anfänger im Ausbildungsgeschehen in den Übergangsbereich ein. Das sind 4.981 Personen. Abbildung 2-36 zeigt, wie diese sich auf die verschiedenen Bildungsangebote verteilten: Daraus ist ersichtlich, dass sich beinahe die Hälfte (47,6 Prozent) in einem Berufsvorbereitungsjahr (inkl. einjährige Berufseinstiegsklassen) befanden. Weitere 26,7 Prozent befanden sich in einem Bildungsgang an Berufsfachschulen, der einen allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermittelt, holten also einen Schulabschluss nach. 14,7 Prozent befanden sich in einem berufsvorbereitenden Bildungsgang der Bundesagentur für Arbeit, weitere 6,6 Prozent in einer Einstiegsqualifizierung der Bundesagentur für Arbeit. Die restlichen 4,4 Prozent verteilten sich gleichmäßig auf Bildungsgänge an Berufsfachschulen die eine berufliche Grundbildung vermitteln (mit und ohne Anrechenbarkeit).



**Abbildung 2-36: Jugendliche im Übergangsbereich nach Konten in Hamburg 2011 (n=4.981)**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2012g, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

#### 2.4.2.4 Berufsausbildung

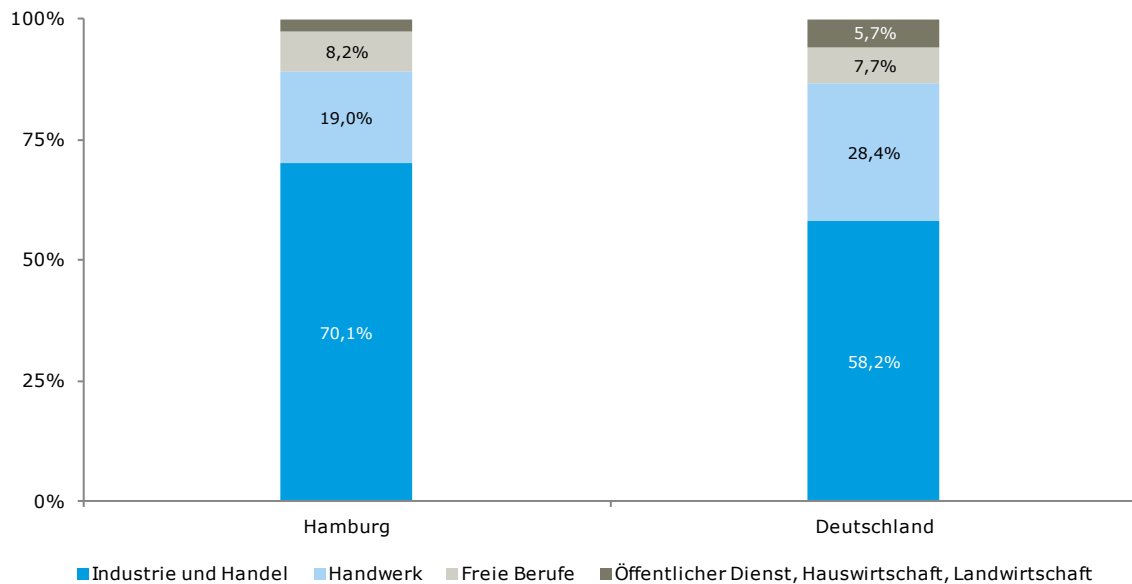
Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, also des Ausscheidens älterer Jahrgänge aus dem Erwerbsleben und der geringen Nachfolge junger Jahrgänge einerseits sowie des zunehmenden Fachkräftebedarfs andererseits, stellt die Konstitution des Ausbildungsmarktes eine wichtige Variable für die Gegenwart und die Zukunft der Versorgung des Arbeitsmarktes mit hochqualifizierten Fachkräften dar.

##### *Berufsausbildung nach Ausbildungsbereichen*

Im Jahr 2011 befanden sich in Hamburg 34.188 junge Menschen in einer dualen Berufsausbildung. Der Großteil davon war in den Branchen Industrie und Handel tätig (70,1 Prozent). Der Anteil der in diesem Bereich ausgebildeten Personen in Hamburg lag somit deutlich über dem Anteil in Deutschland insgesamt. Eine Erklärung hierfür mag sein, dass auch Banken, Versicherungen, das Gast- und Verkehrsgewerbe zu diesem Ausbildungsbereich zählen, die in Hamburg eine besondere Rolle im Wirtschaftsgeschehen spielen. 19 Prozent der Auszubildenden in Hamburg waren im Bereich des Handwerks (Deutschland: 28,4 Prozent) und 8,2 Prozent im Bereich der Freien Berufe (Deutschland 7,7 Prozent). Die restlichen Auszubildenden verteilten sich auf die Bereiche öffentliche Verwaltung, Hauswirtschaft oder Landwirtschaft.

Diese Zahlen lassen an sich keine Rückschlüsse auf die generelle Ausbildungsbereitschaft in den einzelnen Branchen zu. Vielmehr dokumentieren sie noch einmal die jeweilige Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsbereiche für die Hamburger Gesamtwirtschaft.

**Abbildung 2-37: Anteil der Auszubildenden in Hamburg und Deutschland nach Ausbildungsbereich 2011**



**Anmerkungen:**

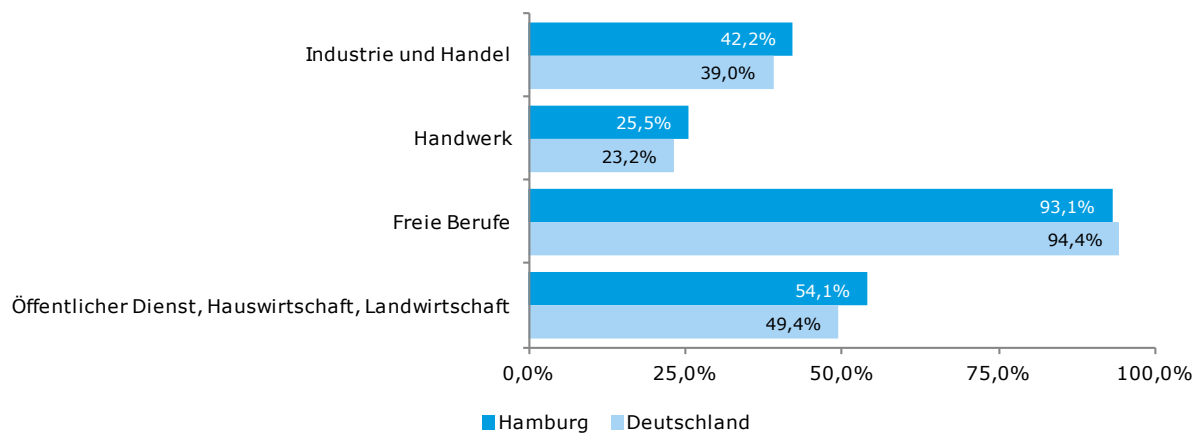
*Industrie und Handel* einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe;

*Öffentlicher Dienst und Freie Berufe* ohne Ausbildungsverträge, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2011c, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

In den unterschiedlichen Ausbildungsbereichen sind weibliche Auszubildende ganz unterschiedlich repräsentiert; den geringsten Anteil an allen Auszubildenden haben Frauen in Hamburg im Handwerk mit 25,5 Prozent, gefolgt von Industrie und Handel mit 42,2 Prozent. Der höchste Frauenanteil findet sich im Bereich der Freien Berufe mit 93,1 Prozent. Dieser hohe Anteil erklärt sich aus den Berufsgruppen, die zu den Freien Berufen zählen: im dualen System werden medizinische und zahnmedizinische Fachangestellte, Rechtsanwaltsfachangestellte sowie Steuerfachangestellte ausgebildet. Duale Ausbildungen in diesen Bereichen werden noch immer mehrheitlich von weiblichen Auszubildenden dominiert. Die Verteilung der Geschlechter auf die unterschiedlichen Bereiche scheint in Hamburg etwas ausgeglichener zu sein als in Deutschland insgesamt. Dennoch ist festzuhalten, dass es weiterhin deutliche Unterschiede bei den Ausbildungsberufen zwischen den Geschlechtern gibt.

**Abbildung 2-38: Frauenanteile an den Auszubildenden nach Ausbildungsbereichen in Hamburg und Deutschland 2011**



**Anmerkungen:**

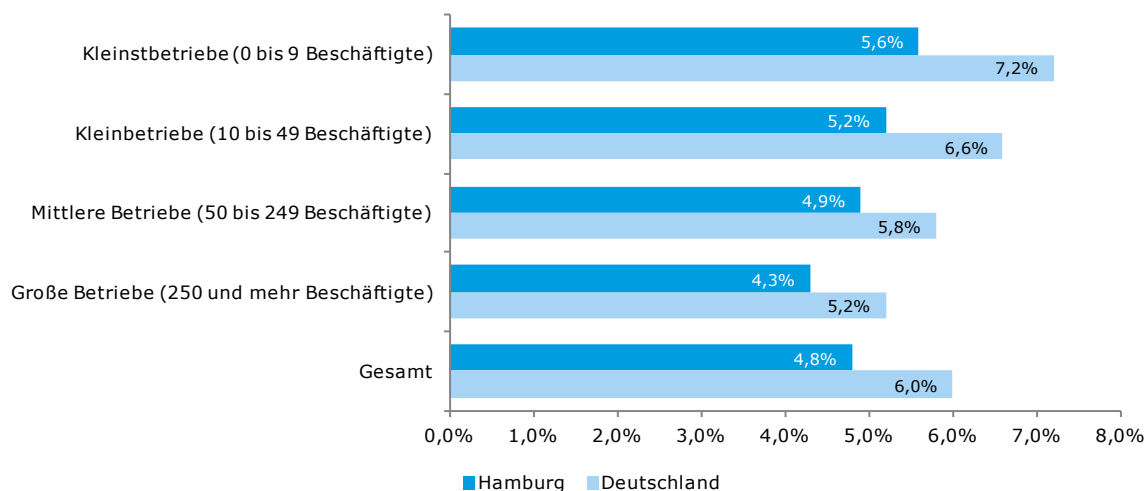
*Industrie und Handel* einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe;

*Öffentlicher Dienst und Freie Berufe* ohne Ausbildungsverträge, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2011c, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

Angaben zum Migrationshintergrund der Auszubildenden liegen nicht in gleicher Qualität wie z. B. beim Geschlecht vor. Es gibt jedoch Hinweise auf die Beteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an dualer Ausbildung. So hatten im Jahr 2011 in Hamburg 6,4 Prozent der Auszubildenden eine ausländische Staatsangehörigkeit (Deutschland: 5,3 Prozent). Damit lag Hamburg bundesweit nach Baden-Württemberg und Hessen auf dem dritten Rang beim Anteil der ausländischen Auszubildenden. Der Ausländeranteil ist bei den weiblichen Auszubildenden mit 6,9 Prozent etwas höher als bei den männlichen Auszubildenden mit 6,1 Prozent. Diese Beobachtung steht spiegelbildlich zur Beobachtung für die gesamte Bundesrepublik und gilt gleichermaßen für Baden-Württemberg und Hessen (Statistisches Bundesamt 2011c, eigene Berechnungen). Zudem liegen Angaben über den Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshinweis in den berufsbildenden Schulen in Hamburg im Schuljahr 2010/11 vor. Dieser lag im Durchschnitt bei 27,1 Prozent in vollqualifizierenden Berufsfachschulen, bei 17,8 Prozent in Berufsschulen und bei 14,8 Prozent in Fachschulen (Behörde für Schule und Berufsbildung 2011: 235).

Die Ausbildungsquote, also der Anteil der Auszubildenden an allen Beschäftigten (inklusive Auszubildenden), liegt in Hamburg insgesamt bei 4,8 Prozent und damit um 1,2 Prozentpunkte unter der Ausbildungsquote für Deutschland insgesamt. Betrachtet man die Ausbildungsquote nach Betriebsgröße, so zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen Hamburg und Deutschland, insbesondere bei Klein- und Kleinstbetrieben, groß sind. Bei Kleinstbetrieben mit bis zu neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Ausbildungsbetriebsquote in Hamburg um 1,6 Prozentpunkte geringer als in der Bundesrepublik insgesamt, in Kleinbetrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten um 1,4 Prozentpunkte. In Großbetrieben mit über 250 Beschäftigten beträgt die Differenz dagegen nur 0,9 Prozentpunkte (siehe Abbildung 2-39).

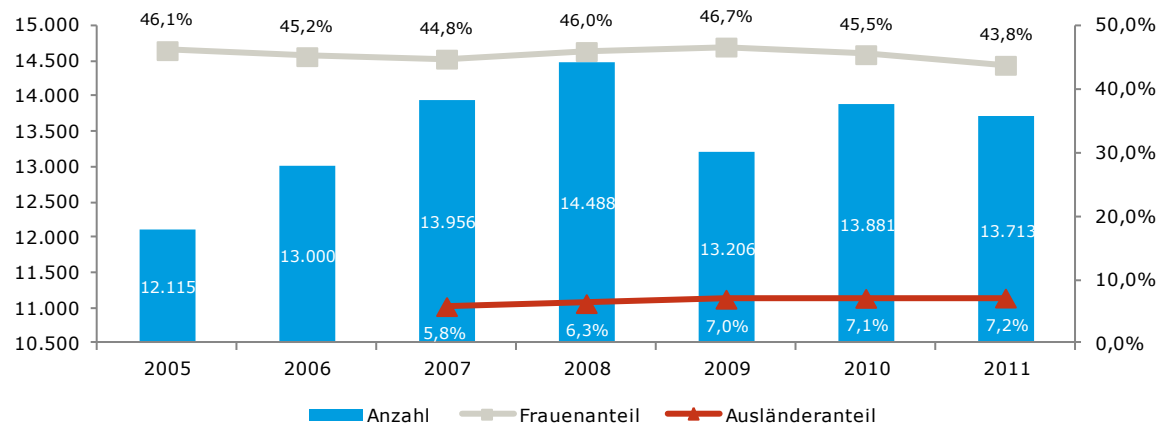
**Abbildung 2-39: Ausbildungsquote nach Betriebsgröße in Hamburg und Deutschland 2010**

Anmerkungen: Die Ausbildungsquote ist definiert als prozentualer Anteil der Auszubildenden an allen Beschäftigten einschl. Auszubildender.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung 2012 (Daten für Hamburg auf Anfrage), eigene Darstellung  
Rambøll Management Consulting.

Im Jahr 2011 wurden in Hamburg insgesamt 13.713 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Die Zahl ist damit etwas geringer als im Jahr 2010, liegt aber deutlich über der Gesamtzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2005 (12.115), 2006 (13.000) und 2009 (13.206). Der höchste Wert im betrachteten Zeitraum wurde im Jahr 2008 mit 14.488 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen gemessen (siehe Abbildung 2-40). Der in den Zeitraum der Finanz- und Wirtschaftskrise fallende Einbruch bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurde bisher noch nicht wieder ausgeglichen.

43,8 Prozent der neu abgeschlossenen Verträge wurden 2011 von Frauen abgeschlossen. Dabei ist seit 2009 ein stetiger Rückgang zu beobachten, im Jahr 2009 betrug der Frauenanteil noch 46,7 Prozent. Der Ausländeranteil ist dagegen – seit er im Jahr 2007 das erste Mal erhoben wurde – stetig angestiegen, und zwar von 5,8 Prozent auf 7,2 Prozent im Jahr 2011.

**Abbildung 2-40: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Hamburg 2005 bis 2011**

Anmerkungen: Der Ausländeranteil wird erst seit dem Berichtsjahr 2007 erhoben.

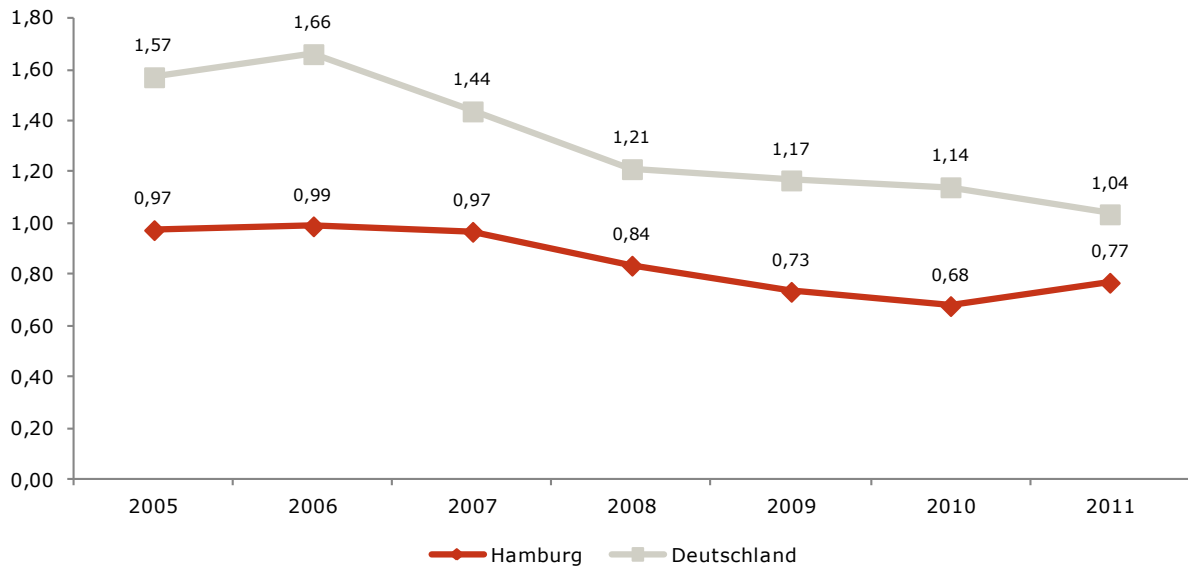
Quelle: Statistisches Bundesamt 2005, 2006, 2007, 2008b, 2009, 2010a, 2011c, eigene Berechnungen und Darstellung  
Rambøll Management Consulting.

### Ausbildungsstellenmarkt

Wichtige Hinweise auf den Zustand des Ausbildungsmarktes liefern die Verhältnisse zwischen den Bewerberinnen und Bewerbern und den gemeldeten Berufsausbildungsstellen (siehe Abbildung 2-41) bzw. zwischen den unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern und unbesetzten Ausbildungsplätzen (siehe Abbildung 2-42). So kann der erste Indikator einen Hinweis darauf liefern, ob eine „Räumung“ des Ausbildungsmarktes potenziell möglich ist, ob also alle gemeldeten Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber die theoretische Chance hätten, einen Platz zu bekommen. Der gleiche Indikator kann allerdings auch Aufschluss darüber geben, ob es genügend gemeldete Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber für die gemeldeten Stellen gibt. Der zweite Index kann Rückschlüsse auf die Qualität der gemeldeten Ausbildungsanwärterinnen und Ausbildungsanwärter<sup>11</sup> bzw. auf die Anforderungen der Unternehmen an Auszubildende ermöglichen.

Ein Blick auf die gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber pro gemeldete Berufsausbildungsstelle in Hamburg und Deutschland macht deutlich, dass die Anzahl der in Hamburg gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber seit 2005 kontinuierlich niedriger ist als die Anzahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen. Zuletzt kamen 0,77 Bewerberinnen und Bewerber auf eine Berufsausbildungsstelle. In Deutschland stellte sich die Situation seit 2005 umgekehrt da; auch im Jahr 2011 kamen noch 1,04 Bewerberinnen und Bewerber auf eine Berufsausbildungsstelle. Daraus ist zu schließen, dass im Durchschnitt in Hamburg eine Räumung des Ausbildungsmarktes wahrscheinlicher ist als in der Bundesrepublik.

**Abbildung 2-41: Bewerberinnen und Bewerber pro gemeldete Berufsausbildungsstelle in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011 (Stichtag jeweils 30. September)**



**Anmerkungen:**

*Gemeldete Berufsausbildungsstellen:* die mit einem Auftrag zur Vermittlung gemeldeten im Berichtsjahr (01.10. bis 30.09. des folgenden Jahres) zu besetzenden betrieblichen und außerbetrieblichen Berufsausbildungsstellen, einschließlich der Ausbildungsplätze in Berufsbildungswerken und sonstigen Einrichtungen, die Ausbildungsmaßnahmen für behinderte Menschen durchführen, und einschließlich der außerbetrieblichen Ausbildungsplätze, die durch die verschiedenen Bund-Länder-Programme geschaffen wurden.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2009a, b und 2011a, eigene Berechnungen und Darstellung  
Rambøll Management Consulting.

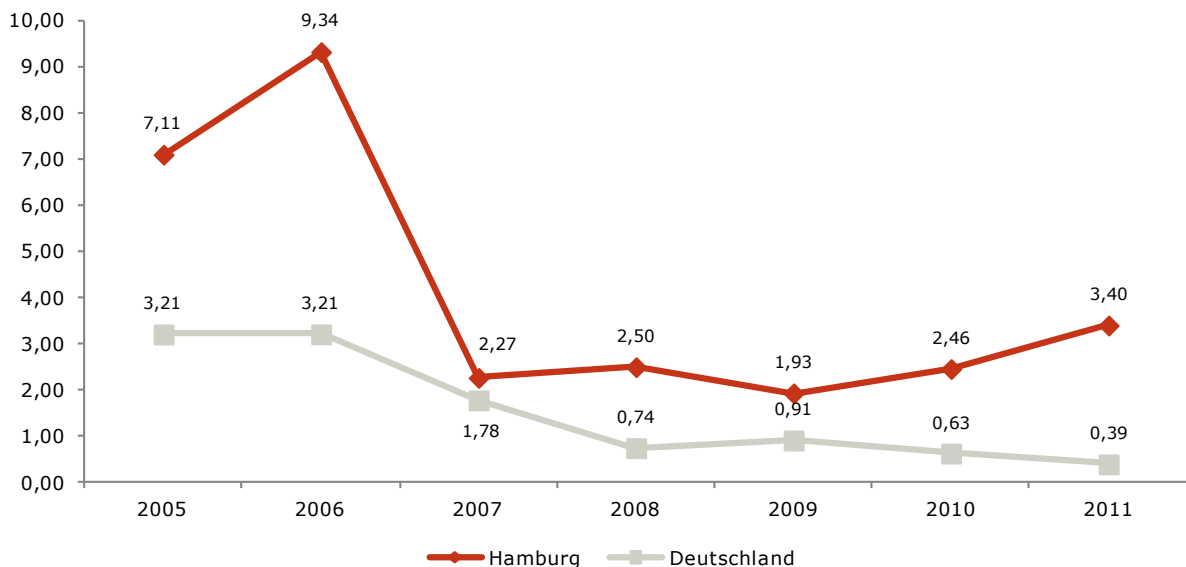
<sup>11</sup> Hier werden nur noch die Ausbildungssuchenden berücksichtigt, die nicht ins Übergangssystem gewechselt sind.

Im Jahr 2011 blieben in Hamburg nur 99 Ausbildungsplätze unbesetzt. Diesen stehen allerdings 337 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber gegenüber. Daraus ergibt sich ein Verhältnis unversorgter Bewerberinnen und Bewerber zu unbesetzten Ausbildungsplätzen von 3,40. Dieser Wert war insbesondere 2005 und 2006 mit 7,11 bzw. 9,34 noch deutlich höher. Allerdings zeigt er seit 2009 auch wieder einen negativeren Trend. In Deutschland insgesamt war dieses Verhältnis seit 2008 umgekehrt: Eine hohe Anzahl unbesetzter Ausbildungsplätze stand einer geringeren Anzahl unversorgter Bewerberinnen und Bewerber gegenüber (siehe Abbildung 2-42). Dieses Ergebnis mag zunächst überraschen, zeigte doch Abbildung 2-41, dass eine Räumung des Ausbildungsmarktes in Hamburg wahrscheinlicher ist und in der Regel weniger Bewerberinnen und Bewerber als Berufsausbildungsstellen gemeldet sind.

Der Widerspruch klärt sich auf, wenn man berücksichtigt, dass im Jahr 2011 42,4 Prozent der Ausbildungsanfängerinnen und Ausbildungsanfänger ihren Schulabschluss nicht in der Freien und Hansestadt Hamburg erworben haben. So kamen 2011 über 2.600 Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger in Hamburg aus Schleswig-Holstein, rund 2.000 aus Niedersachsen und noch einmal rund 1.300 aus den übrigen Bundesländern. Diese Wanderungsbewegungen führen zu einem verstärkten Wettbewerb auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt. Dieser wird noch verschärft durch die Tatsache, dass die zugewanderten Auszubildenden im Durchschnitt über höhere Schulabschlüsse verfügen als die Hamburger Bewerberinnen und Bewerber (Behörde für Schule und Berufsbildung 2012: 16f.).

Trotz des generell guten Angebots an Ausbildungsbewerbern bestehen insbesondere für kleine und kleinste Unternehmen Schwierigkeiten bei der Suche nach Auszubildenden. Auch auf die fehlende Ausbildungsreife von Bewerbern wird durch die Hamburger Betriebe hingewiesen (Handelskammer Hamburg 2012, Deutsche Industrie- und Handelskammer 2012).

**Abbildung 2-42: Unversorgte Bewerberinnen und Bewerber je unbesetzte Berufsausbildungsstelle in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011 (Stichtag jeweils 30. September)**



*Unbesetzte Berufsausbildungsstellen:* alle gemeldeten Ausbildungsstellen, die bis zum Ende des Berichtsjahres weder besetzt noch zurückgenommen worden sind. Die Auftragsdatei wird durch Rückfragen bei den Betrieben laufend aktualisiert.

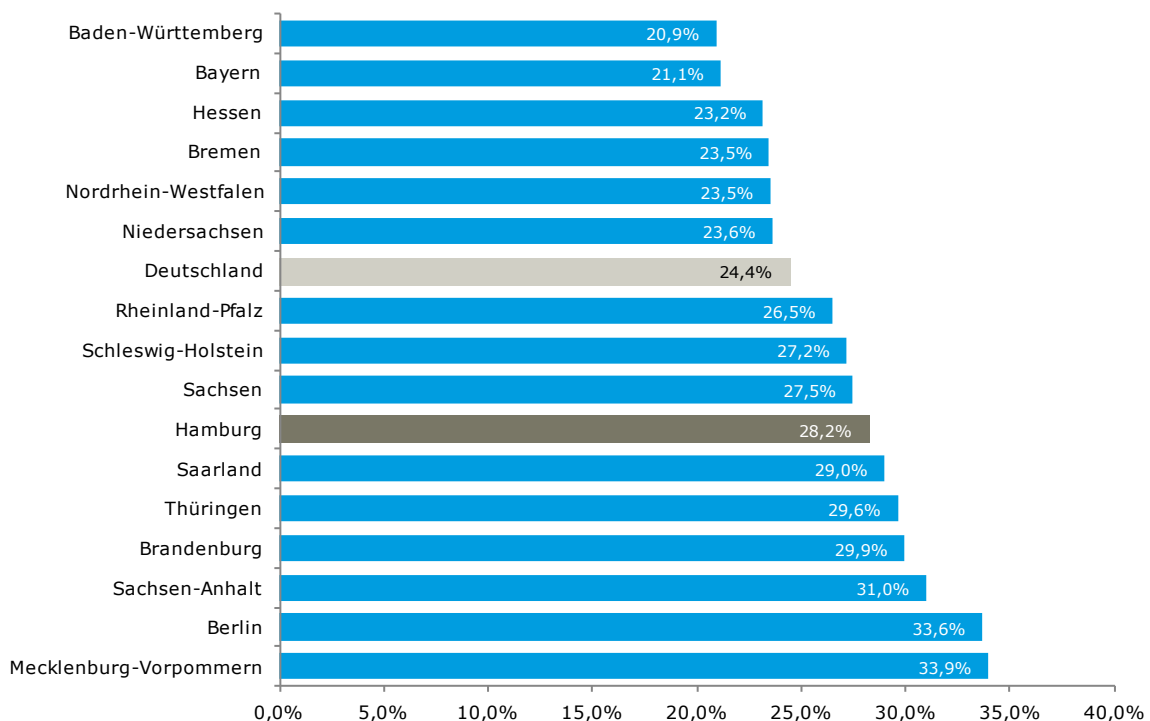
Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2009a, b und 2011a, eigene Berechnungen und Darstellung  
Rambøll Management Consulting.

*Ausbildungsabbruch*

Ähnlich wichtig wie das Finden eines Ausbildungsplatzes ist für die weiteren Chancen der Jugendlichen der erfolgreiche Abschluss einer Berufsausbildung. Ein Indikator dafür, wie häufig die Gefahr eines Ausbildungsabbruches besteht, ist die Vertragslösungsquote von Ausbildungsverträgen. Sie bildet nur das Kündigen des Vertrages durch die bzw. den Auszubildenden oder den Betrieb ab, nicht jedoch, aus welchen Gründen der Vertrag gelöst wurde oder ob im Anschluss die Ausbildung in einem anderen Betrieb oder einem anderen Beruf fortgesetzt wird. Bei Jugendlichen, die eine außerbetriebliche Ausbildung machen (z. B. eine BaE nach § 76 SGB III) kann eine Vertragslösung sogar positive Gründe haben: Eine Vertragslösung kann hier bedeuten, dass der oder die Jugendliche in eine betriebliche Ausbildung übergegangen ist. Aus diesen Gründen sind die weiter unten dargestellten Daten lediglich ein Anhaltspunkt für tiefergehende Analysen und liefern keine endgültigen Antworten<sup>12</sup>.

Eine Betrachtung der Vertragslösungsquoten nach Bundesländern im Jahr 2011 (siehe Abbildung 2-43) zeigt, dass in Deutschland rund 25 Prozent aller Ausbildungsverträge vor dem Ende der Ausbildung wieder gelöst werden. Bayern und Baden-Württemberg haben mit rund 20 Prozent sehr niedrige Vertragslösungsquoten, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin mit fast 34 Prozent die höchsten. Mit 28,2 Prozent ist die Vertragslösungsquote in Hamburg überdurchschnittlich hoch und auch höher als in den meisten anderen westdeutschen Bundesländern. Die Gründe dafür sind komplex. So ist zum einen immer wieder festgestellt worden, dass hohe Anteile betrieblicher Ausbildung (im Gegensatz zu außerbetrieblicher Ausbildung) zu einer höheren Vertragslösungsquote führen. Auch die Betriebsgröße spielt eine Rolle: Je kleiner der Betrieb desto wahrscheinlicher sind auch Vertragslösungen. Auch die Branchenstruktur hat hier einen Einfluss.

**Abbildung 2-43: Vertragslösungsquoten nach Bundesländern 2011**



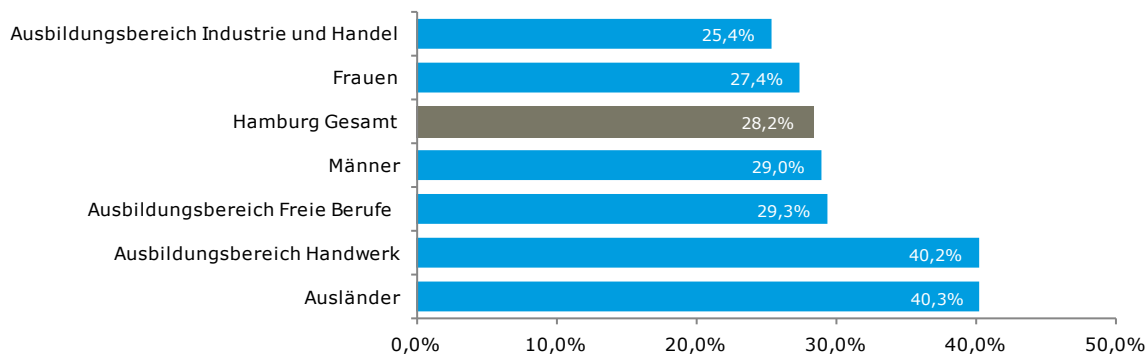
Quelle: Statistisches Bundesamt 2011c, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

In Abbildung 2-44 sind Vertragslösungsquoten in Hamburg nach ausgewählten Merkmalen in Hamburg im Vergleich zur durchschnittlichen Vertragslösungsquote dargestellt. Während Jugendliche im

<sup>12</sup> Die Verwaltungsbehörde ESF hat eine vertiefende Studie zu Ausbildungsabbrüchen in Auftrag gegeben. Mit ersten Ergebnissen ist im Januar 2013 zu rechnen.

Bereich Industrie und Handel mit einer Vertragslösungsquote von 25,4 Prozent relativ selten ihre Ausbildung abbrechen, ist die Vertragslösungsquote im Bereich der Freien Berufe mit 29,3 Prozent überdurchschnittlich hoch. Der Ausbildungsbereich mit der höchsten Vertragslösungsquote ist das Handwerk mit 40,2 Prozent. Außerdem wird deutlich, dass bei Männern häufiger als bei Frauen der Vertrag gelöst wird. Die Vertragslösungsquote von ausländischen Auszubildenden lag 2011 bei 40,3 Prozent.

**Abbildung 2-44: Vertragslösungsquoten nach ausgewählten Merkmalen in Hamburg 2011**



Anmerkungen: *Industrie und Handel* einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe

Quelle: Statistisches Bundesamt 2011c, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

#### 2.4.2.5 Hochschulen

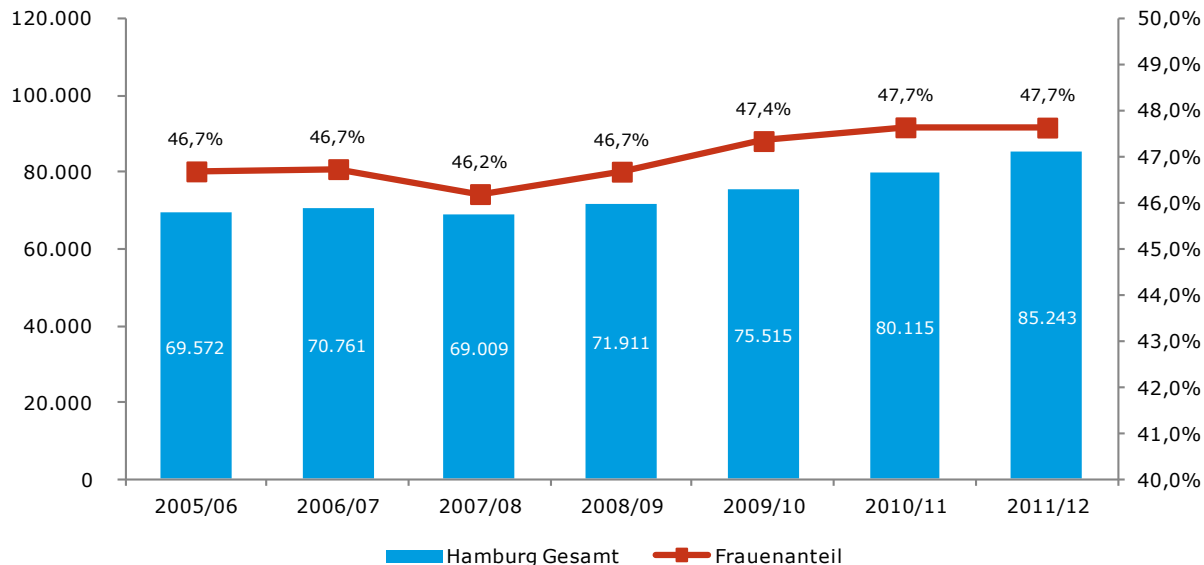
Ein Ziel der Europa 2020-Strategie ist die Erhöhung der Hochschulabsolventen- und -absolventinnenquote (Europäische Kommission 2010: 5).

In diesem Kontext sollten zunächst die Studierendenzahlen betrachtet werden: Diese stiegen seit dem Wintersemester 2005/06 kontinuierlich von 69.572 auf 85.243 im Wintersemester 2011/12 an. Der Frauenanteil an allen Hamburger Studierenden lag im Wintersemester 2011/12 mit 47,7 Prozent um einen Prozentpunkt höher als 2005/06.

**Abbildung 2-45: Anzahl der Studierenden in Hamburg nach Geschlecht im Wintersemester 2005/06 bis 2011/12**



SOZIO-ÖKONOMISCHE AUSGANGSLAGE DER  
ESF-FÖRDERPERIODE 2014-2020 DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

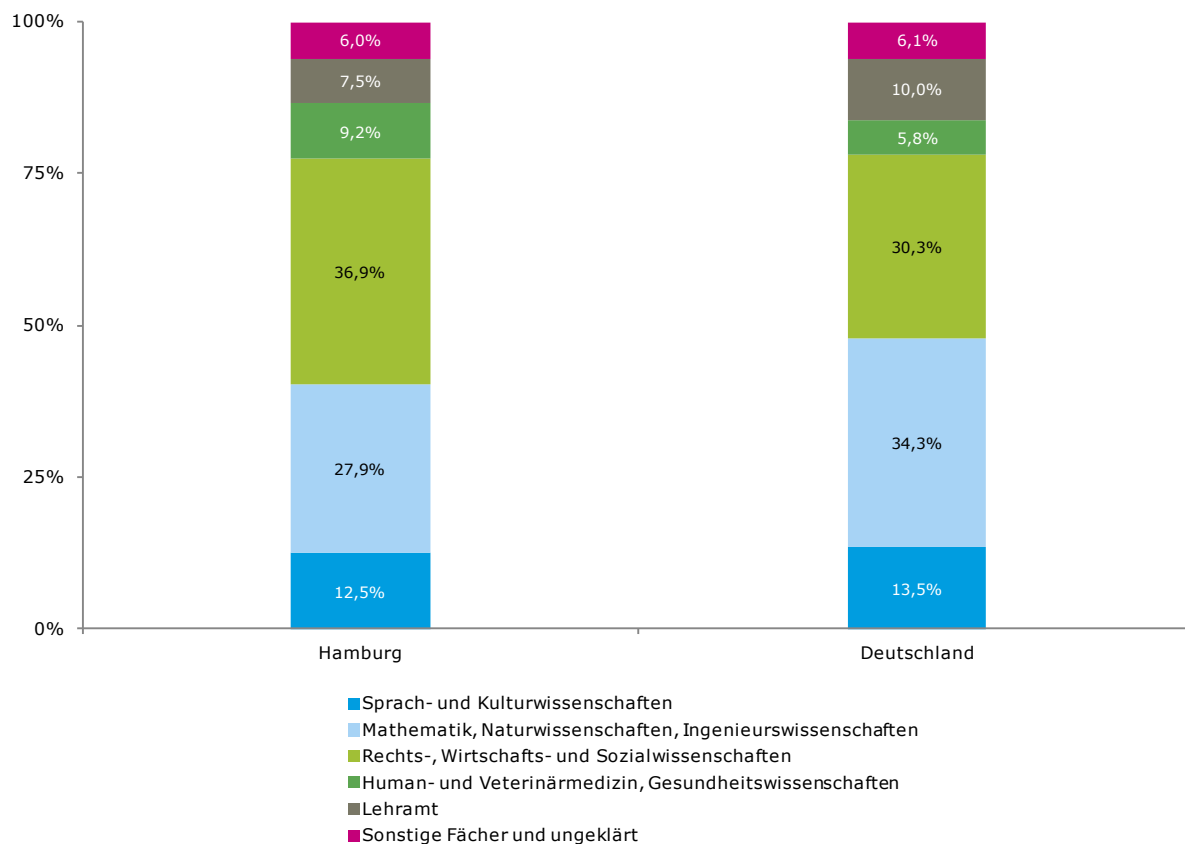


Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a und 2012f, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

Die Verteilung der Studierenden auf die verschiedenen Fächergruppen in Hamburg und in Deutschland vergleicht Abbildung 2-46. Dabei wird deutlich, dass in Hamburg überdurchschnittlich viele Studierende im Bereich der Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften eingeschrieben sind. Der Anteil der Studierenden dieser Fächergruppe liegt in Hamburg um 6,6 Prozentpunkte höher als in der Bundesrepublik insgesamt<sup>13</sup>. Überdurchschnittlich sind in Hamburg auch Studierende der Human- und Veterinärmedizin und der Gesundheitswissenschaften vertreten. Unterdurchschnittlich ist in Hamburg dagegen die Anzahl der Lehramtsstudierenden, der Studierenden der Sprach- und Kulturwissenschaften sowie insbesondere der Mathematik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften. Während diese Fächer in Hamburg nur 27,9 Prozent aller eingeschriebenen Studentinnen und Studenten studieren, liegt der Anteil in Deutschland insgesamt um 6,4 Prozentpunkte höher bei 34,3 Prozent.

**Abbildung 2-46: Studierende nach Fächergruppen in Hamburg und Deutschland im Wintersemester 2010/11**

<sup>13</sup> Z.T. lässt sich dieser hohe Anteil Studierender in diesen Bereichen mit dem besonders hohen Angebot privater Hochschulen in Hamburg erklären, die fast ausschließlich wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge anbieten. Mit der Bucerius Law School existiert zudem eine private Hochschule im Bereich der Rechtswissenschaften.

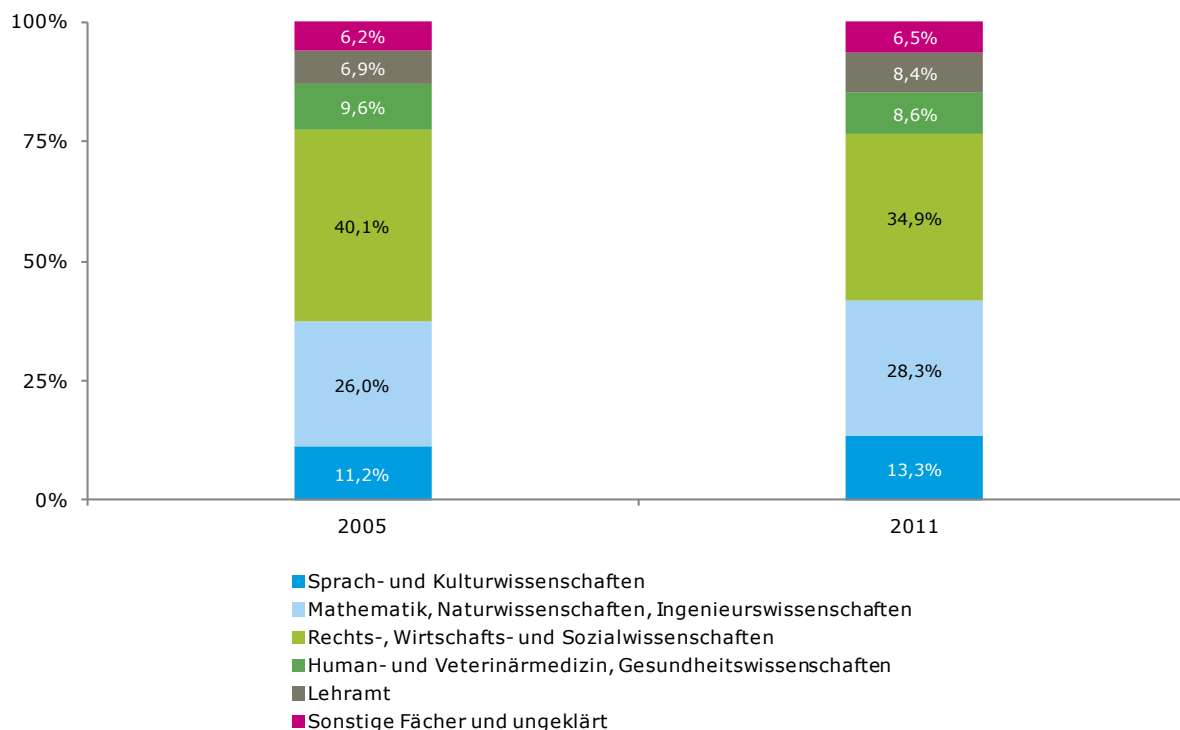


Quelle: Statistisches Bundesamt 2011b, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

Ein Vergleich der Absolventinnen- und Absolventenanteile nach Fächergruppen in Hamburg 2005 und 2011 zeigt folgendes Bild: Am stärksten hat sich der Anteil der Absolventinnen und Absolventen in den MINT-Fächern erhöht (+ 2,3 Prozentpunkte). Gestiegen sind im betrachteten Zeitraum außerdem die Anteile der Absolventinnen und Absolventen im Bereich Sprach- und Kulturwissenschaften (2,1 Prozentpunkte) sowie im Bereich Lehramt (1,5 Prozentpunkte). Rückläufig ist dagegen der Anteil der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (- 5,2 Prozentpunkte). Die Fächergruppe Human- und Veterinärmedizin sowie Gesundheitswissenschaften hat 2011 einen um einen Prozentpunkt geringeren Anteil an den Absolventinnen und Absolventen als 2005. Insgesamt ist die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen von 8.572 auf 13.780 gestiegen. Diese deutliche Steigerung ist auf die Einführung der gestuften Abschlüsse Bachelor und Master zurückzuführen. Dadurch müssen Studierende zwei Abschlüsse (Bachelor und Master) machen, um das gleiche Abschlussniveau wie beim Diplom oder Magister zu erreichen.

**Abbildung 2-47: Hochschulabsolventinnen und -absolventen nach Fächergruppen in Hamburg 2005 und 2011**

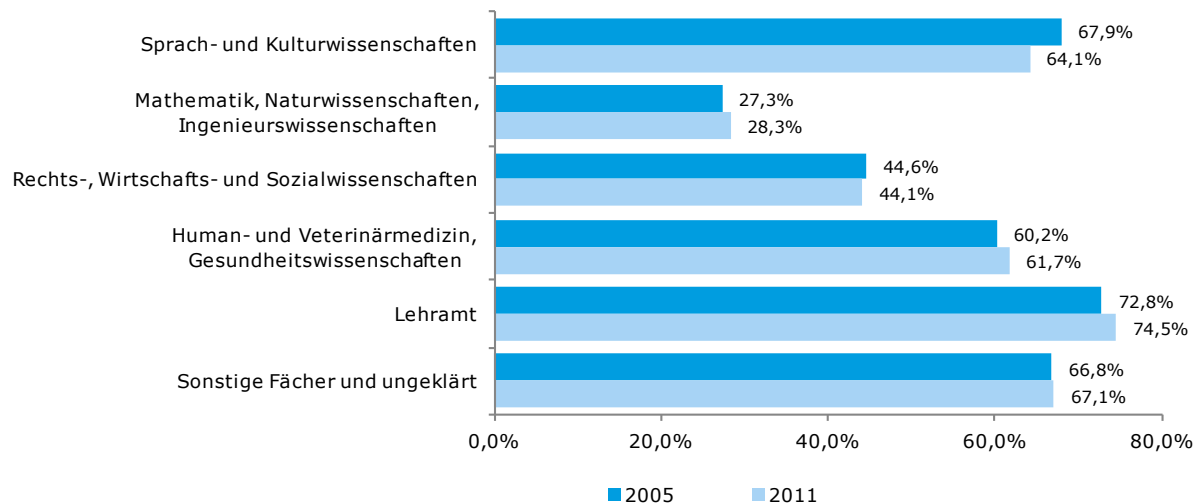
SOZIO-ÖKONOMISCHE AUSGANGSLAGE DER  
ESF-FÖRDERPERIODE 2014-2020 DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG



Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2012 (auf Anfrage), eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

Schlüsselt man die Absolventinnen und Absolventen zusätzlich nach Geschlecht auf, so zeigen sich traditionell hohe Frauenanteile bei den Fächergruppen Lehramt (2011: 74,5 Prozent) sowie Sprach- und Kulturwissenschaften (2011: 64,1 Prozent). Während der Frauenanteil an allen Absolventinnen und Absolventen im Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften etwas rückläufig war, hat er sich im Bereich Lehramt nochmals leicht erhöht. In der Human- und Veterinärmedizin sowie den Gesundheitswissenschaften betrug der Frauenanteil an allen Absolventinnen und Absolventen dieses 2011 61,7 Prozent, in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 44,1 Prozent. Im Bereich der Mathematik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften betrug der Frauenanteil an den Absolventinnen und -absolventen 2011 28,3 Prozent und hat sich somit im Vergleich zu 2005 um einen Prozentpunkt erhöht.

**Abbildung 2-48: Frauenanteile an den Hochschulabsolventinnen und -absolventen nach Fächergruppen in Hamburg 2005 und 2011**



Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2012 (auf Anfrage), eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

Einen negativen Einfluss auf die Studienerfolgsquote in Hamburg könnten zudem die Fernfachhochschulen (HFH, Euro-FH) haben. Dieser Typ von Hochschulen weist generell einen sehr hohen Anteil an Abbrechern auf. Einen negativen Einfluss auf die Studienerfolgsquote in Hamburg könnten zudem die Fernfachhochschulen (HFH, Euro-FH) haben. Dieser Typ von Hochschulen weist generell einen sehr hohen Anteil an Abbrechern auf.

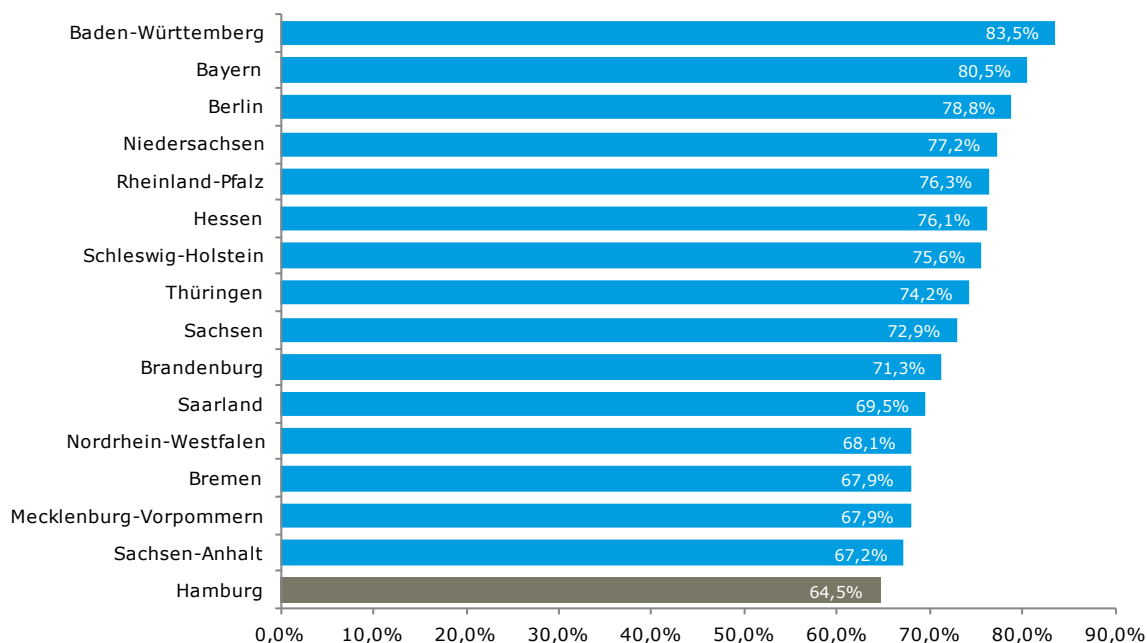
Abbildung 2-49 zeigt die Studienerfolgsquoten nach Bundesländern. Die Erfolgsquote zeigt den Anteil der Absolventinnen und Absolventen, die ihr Studium erfolgreich abgeschlossen haben, an den Studienanfängerinnen und -anfängern des Studienjahres 2002<sup>14</sup>. Bei der Berechnung wird sowohl der Studienfach- und Prüfungsgruppenwechsel der Studierenden als auch die Abschlusswahrscheinlichkeit der im Berichtsjahr Noch-Studierenden berücksichtigt<sup>15</sup> (Statistisches Bundesamt 2012h: 18). Hamburg liegt hier mit einer Erfolgsquote von 64,5 Prozent auf dem letzten Platz. Die beiden anderen Stadtstaaten Bremen und Berlin liegen mit 67,9 Prozent bzw. 78,8 Prozent teilweise deutlich darüber (Statistisches Bundesamt 2012h: 19).

Die Erfolgsquoten werden dabei unter anderem beeinflusst von der Hochschul- und Fächerstruktur, sowie von der Auswahl der Studierenden, der Studienorganisation und den Studienbedingungen. Weiterhin spielen die Altersstruktur, die soziale Herkunft und andere sozio-ökonomische Faktoren eine teilweise große Rolle. Einen negativen Einfluss auf die Studienerfolgsquote in Hamburg könnten zudem die Fernfachhochschulen (HFH, Euro-FH) haben. Dieser Typ von Hochschulen weist generell einen sehr hohen Anteil an Abbrechern auf.

---

<sup>14</sup> Somit sind mögliche Effekte der Umstellung auf Bachelor-Master-Strukturen nicht berücksichtigt. Die aktuelle Studienabbrecherstudie des Hochschul-Informations-Systems (HIS) liefert außerdem keine Hinweise auf einen Rückgang der Studienabbrecherquoten durch die Umstellung auf Bachelor-Studiengänge. Zahlen für Master-Studiengänge liegen noch nicht vor. Grundsätzlich führt die Umstellung derzeit noch zu großen Herausforderungen bei der Vergleichbarkeit von Statistiken über die Zeit sowie zwischen unterschiedlichen Bundesländern (Hochschul-Informations-System 2012: 2ff.).

<sup>15</sup> Damit unterscheiden sich die Erfolgsquoten auch methodisch von den Berechnungen der Abbruchquoten der HIS: diese werden auf Basis eines Absolventenjahrganges berechnet, während das Statistische Bundesamt die Erfolgsquoten auf Basis eines Anfängerjahrganges berechnet (Hochschul-Informations-System 2012: 59ff.). Abbruchquoten der HIS liegen nicht nach Bundesländern vor. Insgesamt bestehen große methodische Herausforderungen bei der Berechnung von Erfolgs- bzw. Abbruchquoten.

**Abbildung 2-49: Erfolgsquote nach Bundesländern 2010**

Anmerkungen: Erfolgsquote 2010 für den Jahrgang 2002.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2012h: 19, eigene Darstellung Ramböll Management Consulting.

Bundesweit kommen Frauen im Jahr 2010 mit einer Erfolgsquote von 76,6 Prozent häufiger zu einem erfolgreichen Abschluss als Männer (72,8 Prozent). Die Fächer mit den höchsten Erfolgsquoten sind Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften mit einer bundesweiten Erfolgsquote von 94,9 Prozent sowie Veterinärmedizin mit 92,3 Prozent. Im Mittelfeld befinden sich die Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften mit einer Erfolgsquote von 85,9 Prozent, gefolgt von Kunst- und Kunstwissenschaft mit 84,1 Prozent und die Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften mit 78,2 Prozent. Schlusslicht sind weiterhin die MINT-Fächer: Die Ingenieurwissenschaften wiesen 2010 eine Erfolgsquote von 72,7 Prozent auf, Mathematik und Naturwissenschaften eine Erfolgsquote von lediglich 65,4 Prozent. Dabei erreichten Frauen in den Ingenieurwissenschaften häufiger einen Abschluss als Männer, in Mathematik und den Naturwissenschaften waren dagegen Männer erfolgreicher (Statistisches Bundesamt 2012h: 18).

Bildungsausländerinnen und -ausländer haben nach einer aktuellen Studie des Hochschul-Informations-Systems (HIS) eine deutlich erhöhte Wahrscheinlichkeit, ein Studium in Deutschland nicht erfolgreich zu beenden (Hochschul-Informations-System 2012: 33ff.). Auch Bildungsinländerinnen und -inländer, also Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben, weisen eine erhöhte Abbruchwahrscheinlichkeit auf (ebenda: 38ff.).

### Zusammenfassung 2-7: Leistungsfähigkeit des formalen Bildungssystems

- Während die **Betreuungsquote** der unter 3-jährigen in Kinderbetreuungseinrichtungen im westdeutschen Vergleich mit 35,8 Prozent überdurchschnittlich ausfällt, liegt Hamburg bei der Betreuungsquote der 3 bis unter 6-jährigen mit 87,4 Prozent auf dem letzten Platz im Vergleich aller Bundesländer. Herausforderungen bestehen insbesondere bei der frühzeitigen und nachhaltigen Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in hochwertige Früherziehung, denn nur 80 Prozent der 3 bis unter 6-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund befinden sich in Kindertagesbetreuung.
- In **Kompetenzvergleichen** (Mathematik, Lesen) in der 4. Jahrgangsstufe (Grundschule) liegen die Ergebnisse von Hamburger Schülerinnen und Schülern signifikant unter dem Bundesdurchschnitt.
- Der **Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger** an der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 24 Jahren hat in Hamburg im betrachteten Zeitraum um rund 8 Prozentpunkte abgenommen, liegt jedoch weiterhin leicht über dem Bundesdurchschnitt. Der Anteil weiblicher Schulabgängerinnen an der Bevölkerung im Alter von 18 bis 24 Jahren in Hamburg liegt dagegen bereits seit 2009 unter dem Bundesdurchschnitt (weibliche und männliche Schulabgängerinnen und Schulabgänger).
- Im Jahr 2010 wies Hamburg im Vergleich zu Deutschland einen sehr hohen Anteil **Schulabgängerinnen und Schulabgänger** mit allgemeiner oder Fachhochschulreife auf. Der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die ohne Schulabschluss die allgemeinbildenden Schulen verlassen, hat sich im betrachteten Zeitraum in Hamburg von 11,6 auf 7,5 Prozent verringert, liegt damit jedoch auch weiterhin über dem bundesdeutschen Wert von 6,2 Prozent.
- Im Jahr 2011 mündeten insgesamt rund 5.000 Jugendliche in den **Übergangsbereich** ein. Mit 9,4 Prozent der Anfängerinnen und Anfänger im Ausbildungsgeschehen ist dies ein geringerer Anteil als in Deutschland insgesamt (14,3 Prozent). Fast 60 Prozent davon waren männlich.
- Im Bereich der **Berufsausbildung** verteilen sich die Hamburger Auszubildenden etwas anders auf die verschiedenen Ausbildungsbereiche als in Deutschland insgesamt. Rund 70 Prozent machten im Jahr 2011 im Bereich Industrie und Handel ihre Ausbildung (Deutschland: 58 Prozent). Dabei bestehen über die verschiedenen Ausbildungsbereiche große Unterschiede zwischen den Geschlechtern; es gibt viele Berufe, in denen überwiegend Frauen oder überwiegend Männer ausgebildet werden. Die Ausbildungsquote der Betriebe in Hamburg liegt unter der Ausbildungsquote in Deutschland insgesamt. Besonders bei Klein- und Kleinstbetrieben, und damit vermutlich auch häufig in Handwerksbetrieben, bestehen große Diskrepanzen in der Ausbildungsquote zwischen Hamburg und Deutschland insgesamt.
- Die Anzahl der **neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge** hat auch im Jahr 2011 noch nicht das Vorkrisenniveau erreicht, der Anteil der Frauen an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen ist seit 2009 rückläufig und betrug 2011 43,8 Prozent.
- Der **Ausbildungsmarkt** in Hamburg bietet theoretisch genügend Stellen für alle registrierten Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber. Allerdings bleiben aufgrund der hohen Zuwanderung von hochqualifizierten Auszubildenden aus anderen Bundesländern auch viele Ausbildungssuchende ohne Ausbildungsplatz.

- Die **Vertragslösungsquote von Ausbildungsverträgen** ist in Hamburg mit 28,2 Prozent überdurchschnittlich hoch. Bei den Frauen ist die Lösungsquote etwas niedriger als bei den Männern, im Handwerk werden besonders viele Ausbildungsverträge vor Abschluss der Ausbildung wieder aufgelöst.
- Hamburg verzeichnet seit 2005 stetig wachsende **Studierendenzahlen**. Im Wintersemester 2011/12 waren rund 85.000 Studierende an Hamburger Universitäten eingeschrieben, bei einem Frauenanteil von 47,7 Prozent. Im Vergleich zu Deutschland ist dabei der Anteil der Studierenden, die sogenannte **MINT-Fächer** studieren, mit nur 27,9 Prozent (Deutschland: 34,3 Prozent) sehr niedrig. Zwischen 2005 und 2011 hat sich der Anteil der MINT-Absolventinnen und Absolventen an allen Abschlüssen leicht von 26 auf 28 Prozent erhöht. Der Frauenanteil an allen Absolventen im MINT-Bereich lag 2011 bei 28,3 Prozent. Die MINT-Fächer haben somit noch immer den geringsten Frauenanteil an allen Absolventinnen und Absolventen.
- Mit einer **Erfolgsquote** von nur 64,5 Prozent aller Studierenden des Jahrgangs 2002 ist Hamburg im Jahr 2010 das Schlusslicht unter allen Bundesländern. Bundesweit sind die Erfolgsquoten in den MINT-Fächern am geringsten, insgesamt schließen Frauen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit ihr Studium erfolgreich ab als Männer.
- Insgesamt kann im gesamten System der allgemeinen und beruflichen Bildung an verschiedenen Stellen eine **bessere Performanz von Frauen** festgestellt werden. Sie erreichen im Durchschnitt höhere Schulabschlüsse, bleiben seltener ganz ohne Schulabschluss, brechen seltener ihre Ausbildung ab und haben durchschnittlich höhere Studienerfolgsquoten. Auf der anderen Seite sind die Frauenanteile an den Studierenden ebenso wie an den Auszubildenden im dualen System relativ gering.

### 2.4.3 Lebenslanges Lernen und Weiterbildungsbeteiligung von Beschäftigten und Unternehmen

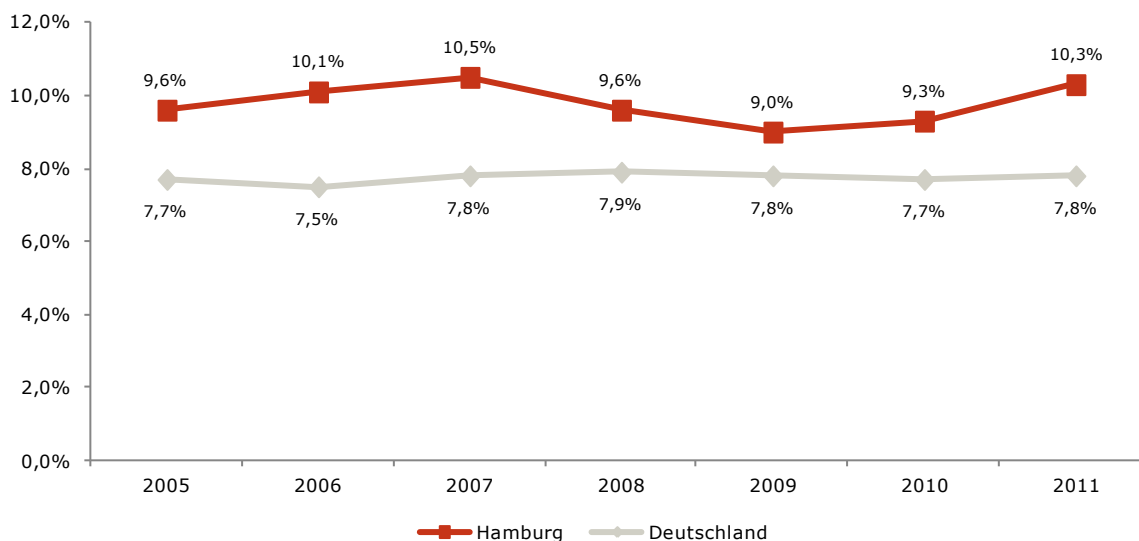
In Abschnitt 2.4.2 wurde das allgemeine und berufliche Bildungssystem betrachtet. Abschnitt 2.4.1 hat die Qualifikationsstruktur der allgemeinen Bevölkerung, der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen in Hamburg dargestellt. In diesem Abschnitt soll nun das sogenannte lebenslange Lernen, also Lernen nach dem Erreichen formaler Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse betrachtet werden.

Im Allgemeinen wird dazu der europäische Indikator „Lebenslanges Lernen“ verwendet. Der Indikator misst die Teilnahme der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren an allgemeiner und beruflicher Bildung<sup>16</sup>. Dieser Indikator zeigt ein weitgehend stabiles Bild (siehe Abbildung 2-50): Während der Wert in Hamburg zwischen 2005 und 2011 zwischen 9 und 10,5 Prozent schwankte, bewegte er sich in Deutschland insgesamt auf einem etwas niedrigeren Niveau von durchschnittlich 7,7 Prozent. Eine deutlich höhere Beteiligung an lebenslangem Lernen weisen insbesondere skandinavische Länder wie Dänemark mit 32,2 Prozent, Schweden mit 25 Prozent und Finnland mit 23,8 Prozent auf.

---

<sup>16</sup> Gemessen wird der Anteil derjenigen Personen, die angegeben haben, in einem Zeitraum von vier Wochen vor der Erhebung an einer Ausbildung beziehungsweise einem Unterricht teilgenommen zu haben. Durch die häufig blockförmige Weiterbildung in Deutschland wird die Weiterbildungsbeteiligung insgesamt unterschätzt. In anderen Ländern ist berufliche Weiterbildung häufiger als regelmäßiger Kurs parallel zur Arbeit organisiert als in Deutschland.



**Abbildung 2-50: Teilnahme der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren an allgemeiner und beruflicher Bildung in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2011**

Quelle: Eurostat 2012, eigene Darstellung Ramböll Management Consulting.

Auf die Frage nach den Gründen für diese deutlichen Unterschiede gibt es keine einfachen Antworten. Annähern kann man sich der Antwort jedoch über den Versuch, lebenslanges Lernen in seine Teilaspekte zu zerlegen. So besteht der sogenannte ELLI-Index<sup>17</sup> basierend auf dem integrativen Vier-Säulen-Modell der UNESCO aus insgesamt vier Dimensionen:

- Lernen im formalen Bildungssystem (Lernen, Wissen zu erwerben)
- Berufsbezogenes Lernen (Lernen zu handeln)
- Lernen als persönliche Entwicklung (Lernen, das Leben zu gestalten) und
- Lernen für den sozialen Zusammenhalt (Lernen, zusammen zu leben)

Mithilfe dieser vier Dimensionen misst ELLI das „Lernklima“ in den Ländern der Europäischen Union. Die Ergebnisse des Index decken sich weitgehend mit den weiter oben gemachten Beobachtungen anhand des Indikators „Lebenslanges Lernen“ (Bertelsmann Stiftung 2011a: 8-11).

Deutlich wird bei expliziter Berücksichtigung der vier Dimensionen jedoch, dass lebenslanges Lernen bereits in sehr jungen Jahren mit der Vermittlung einer Lernkultur beginnt. Fortgeführt wird es im Erwachsenenalter durch berufsbezogene Weiterbildung und ein lernförderliches Arbeitsumfeld, aber auch durch gesellschaftliches Engagement, die Einbettung in soziale Netzwerke oder die Teilnahme an kulturellen Aktivitäten. Es handelt sich somit um ein sehr umfassendes Konzept<sup>18</sup>.

Die Situation in Hamburg im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung wurde bereits in Abschnitt 2.4.2 dargestellt. Die zweite Dimension, die im Rahmen der Förderung durch den Europäischen Sozialfonds interessant ist, ist das berufsbezogene Lernen. Hier zeigt der deutsche Lernatlas – die deutsche Version des ELLI-Index – für Hamburg besonders bei der Lernförderlichen Arbeitsumgebung Spitzenwerte: So gaben bei einer Befragung durch das Bundesinstitut für berufliche Bildung im Jahr 2006 gegenüber vergleichbaren Städten in Deutschland überdurchschnittlich viele Hamburger Beschäftigte an, dass sie an ihrem Arbeitsplatz an Coaching oder Supervision teilnahmen und in ihrem Beruf häufig vor neue Aufgaben gestellt würden. Vergleichsweise häufig hatten Hamburger Be-

<sup>17</sup> ELLI steht für European Lifelong Learning Indicators.

<sup>18</sup> Vgl. hierzu auch das Handlungsfeld ‚Bildung‘ des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE).

schäftigte im Beruf die Möglichkeit, Verfahren zu verbessern oder Neues auszuprobieren (Deutscher Lernatlas 2011).

Von den Stadtstaaten schnitt Hamburg beim Gesamtindex des Deutschen Lernatlas 2011 vor Berlin und Bremen am besten ab: Die Hansestadt erreichte über alle Lerndimensionen hinweg das ausgeglichene Ergebnis, vor allem beim beruflichen und persönlichen Lernen erreicht Hamburg gute Werte (Bertelsmann Stiftung 2011b: 14).

Ein wichtiges Element lebenslangen Lernens sind dabei die Volkshochschulen. In Hamburg wurden im Jahr 2010 92.865 Belegungen von Volkshochschulkursen gezählt. 1,8 Prozent hiervon waren im Bereich der Grundbildung, 6,2 Prozent auf dem Gebiet Arbeit und Beruf. Am beliebtesten waren Sprachen (43,5 Prozent), gefolgt von Kultur und Gestalten (26,7 Prozent), sowie Gesundheit (14,9 Prozent). Die restlichen 6,9 Prozent der Belegungen wurden im Bereich Politik, Gesellschaft und Umwelt registriert (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig Holstein 2012b: 52).

Eine besondere Herausforderung stellt in diesem Zusammenhang der funktionale Analphabetismus<sup>19</sup> dar. Analphabetinnen und Analphabeten sind von einem großen Teil des lebenslangen Lernens ausgeschlossen. Eine aktuelle Studie der Universität Hamburg kommt zu dem Schluss, dass mehr als 14 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter<sup>20</sup> zu den funktionalen Analphabeten gerechnet werden müssen, dies entspräche einer Anzahl von 7,5 Millionen funktionaler Analphabetinnen und Analphabeten in Deutschland<sup>21</sup> (Grotlüschen und Riekmann 2011: 2). Umgerechnet auf Hamburg ist daher von rund 164.000 Personen im erwerbsfähigen Alter auszugehen, die nicht ausreichend lesen und schreiben können<sup>22</sup>. Knapp ein Drittel der funktionalen Analphabetinnen und Analphabeten in Deutschland sind im Alter zwischen 50 und 64 Jahren (Grotlüschen und Riekmann 2011: 8).

Die berufliche Weiterbildung in Unternehmen stellt jedoch die wichtigste Dimension des berufsbezogenen Lernens dar (Bundesinstitut für Berufsbildung 2012: 284ff.). Diese hohe Bedeutung kommt ihnen zu, da sich in ihnen unmittelbar die Umsetzung von Entwicklungen auf den Gütermärkten und in der Arbeitstechnologie in neuen Qualifikationsbedarf vollzieht.

Für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen gilt es aus strukturellen Aspekten gegenüber Großunternehmen oftmals als schwierig, neben der notwendigen Aufrechterhaltung des normalen Betriebs, ihren Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmern noch die Möglichkeit zur Weiterbildung zu eröffnen. So sind KMU, und hier insbesondere die kleinsten Unternehmen, mit einer Vielzahl von Hemmnissen bei der Durchführung von Kompetenzentwicklungsmaßnahmen und der Teilnahme an Weiterbildungen konfrontiert. Dazu zählen vor allem Zeit- und Kostenfaktoren, die begrenzte Fähigkeit des Unternehmers bzw. der Unternehmerin, den eigenen Weiterbildungsbedarf effektiv abzuschätzen oder die geringen Kontakte zu relevanten Kompetenzquellen und Weiterbildungsanbietern (Europäische Kommission 2003). Aufgrund der Struktur kleinerer Unternehmen ist ein Arbeitsausfall einzelner Arbeiternehmerinnen bzw. Arbeitnehmer zudem nur schwer auszugleichen. Die Unternehmen sind da-

<sup>19</sup> „Funktionaler Analphabetismus ist gegeben, wenn die schriftsprachlichen Kompetenzen von Erwachsenen niedriger sind als diejenigen, die minimal erforderlich sind und als selbstverständlich vorausgesetzt werden, um den jeweiligen gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden, wenn eine Person nicht in der Lage ist, aus einem einfachen Text eine oder mehrere direkt enthaltene Informationen sinnerfassend zu lesen und/ oder sich beim Schreiben auf einem vergleichbaren Kompetenzniveau befindet. Die UNESCO spricht von Funktionalem Analphabetismus bei Unterschreiten der vollen Teilhabe im Lesen, Schreiben und Rechnen“ (Grotlüschen und Riekmann 2011: 13).

<sup>20</sup> 18- bis 64-Jährige.

<sup>21</sup> Personen, die die Textebene unterschreiten, „d.h., dass eine Person zwar einzelne Sätze lesen oder schreiben kann, nicht jedoch zusammenhängende – auch kürzere – Texte. Betroffene Personen sind aufgrund ihrer begrenzten schriftsprachlichen Kompetenzen nicht in der Lage, am gesellschaftlichen Leben in angemessener Form teilzuhaben. So misslingt etwa auch bei einfachen Beschäftigungen das Lesen schriftlicher Arbeitsanweisungen“ (Grotlüschen und Riekmann 2011: 2).

<sup>22</sup> Eigene Berechnungen unter der Annahme, dass funktionale Analphabeten in allen Bundesländern den gleichen Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachen und unter Nutzung des Anteils der Hamburger Bevölkerung an der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland insgesamt von 2,185 Prozent (Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.2010, eigene Berechnungen).

her auf flexible Weiterbildungsformen angewiesen, die z. B. außerhalb der Arbeitszeit stattfinden oder leicht in die Arbeitszeit integrierbar sind.

Folgend werden zentrale Indikatoren zur Weiterbildung in den Hamburger KMU dargestellt und analysiert.

1. Struktur der weiterbildenden Betriebe in Hamburg
  - a. Anteil der weiterbildenden Betriebe an allen hamburgischen Betrieben
  - b. Weiterbildung nach Betriebsgröße
2. Struktur der weitergebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
  - a. Weitergebildete Beschäftigte an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
  - b. Weiterbildung nach Qualifikation
3. Arten der Weiterbildung
4. Ursachen für Nicht-Beteiligung an Weiterbildung

Die Daten beruhen überwiegend auf Ergebnissen einer im Jahr 2010 durchgeführten Befragung unter 500 KMU in Hamburg. Die Befragung wurde im Rahmen des Auftrags der Aufgaben und des Berichtswesens im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) in Hamburg durch Rambøll Management Consulting durchgeführt<sup>23</sup>. Die Befragung ist bislang einmal durchgeführt worden, so dass keine Verlaufsdaten für die entsprechenden Indikatoren vorhanden sind.

#### *Anteil von Betrieben, die Weiterbildungsmaßnahmen durchführen*

In Hamburg förderte lt. den Ergebnissen der Unternehmensbefragung bezogen auf das Jahr 2009 knapp die Hälfte (49,9 Prozent) aller KMU die inner- und außerbetriebliche Weiterbildung, indem sie ihre Beschäftigten zu Weiterbildungsmaßnahmen freistellten bzw. diese finanzierten. Bundesweit lag die Quote zu diesem Zeitpunkt bei 45 Prozent (Grunau 2012: 44).

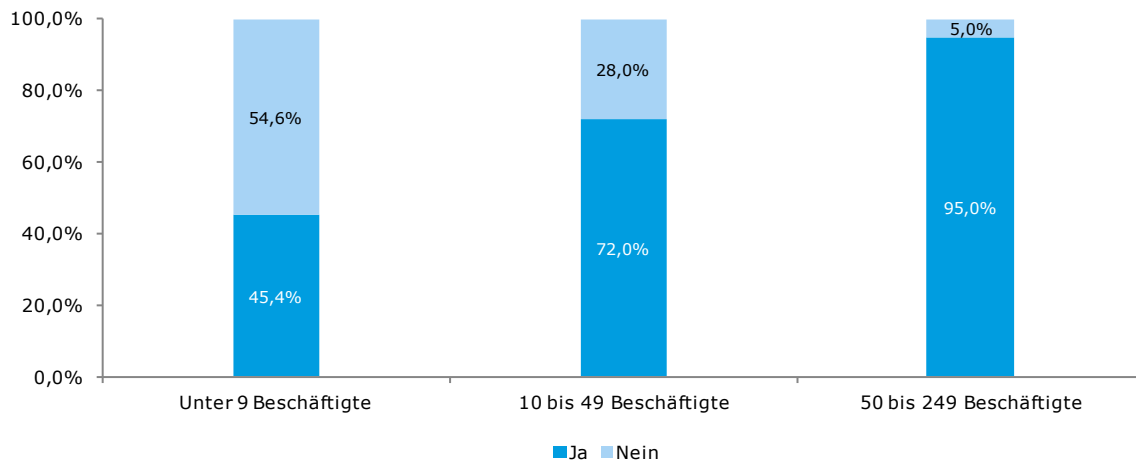
Im Beobachtungszeitraum 2005 bis 2009 ist der Anteil der KMU in Westdeutschland, die ihren Beschäftigten Weiterbildung anbieten, von 43 Prozent leicht auf 45 Prozent gestiegen (ebenda). Eine Einschränkung der Weiterbildungsaktivitäten durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ist somit nicht ersichtlich. Dennoch scheint auch der konjunkturelle Aufschwung 2007 und der damit erhöhte Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, der in bestimmten Bereichen nicht mehr vollständig gedeckt werden konnte, keine Auswirkungen auf das Weiterbildungsverhalten der Betriebe gehabt zu haben. Folglich ist davon auszugehen, dass dieses zumindest mittelfristig nicht durch konjunkturelle Schwankungen beeinflusst wird.

Hinsichtlich der *Betriebsgröße* fällt auf, dass mit steigender Beschäftigtenzahl der Anteil der weiterbildenden Betriebe zunimmt. Die höchste Weiterbildungsquote ist unter den Mittleren Betrieben (50 bis 249 Beschäftigte) zu finden. Bei einem Wert von 95 Prozent bieten hier fast alle Betriebe ihren Beschäftigten Weiterbildungsmaßnahmen an. Im Vergleich dazu nehmen in der Gruppe der Kleinstbetriebe (1 bis 9 Beschäftigte) nur 45,4 Prozent an Weiterbildungsaktivitäten teil. Der berechnete Wert für Kleine Betriebe (10 bis 49 Beschäftigte) liegt bei 72 Prozent (siehe Abbildung 2-51). Folglich ist nach wie vor insbesondere bei Kleinstbetrieben ein erhebliches Potenzial zur Erhöhung der betrieblichen Weiterbildungsbeteiligung vorhanden. Diese Ergebnisse decken sich weitestgehend mit den Ergebnissen für Deutschland insgesamt. Die Weiterbildungsbeteiligung von Klein- und Kleinstbetrieben ist hier jedoch mit 36 bzw. 62 Prozent etwas geringer (Bundesinstitut für Berufsbildung 2012: 294).

---

<sup>23</sup> Die Freie und Hansestadt Hamburg beteiligt sich nicht mehr am IAB-Betriebspanel, so dass hier nicht auf regionalisierte Daten für Hamburg zurückgegriffen werden kann.

**Abbildung 2-51: Weiterbildung in Hamburger KMU nach Betriebsgröße 2009**



Quelle: Unternehmensbefragung Rambøll Management Consulting 2010.

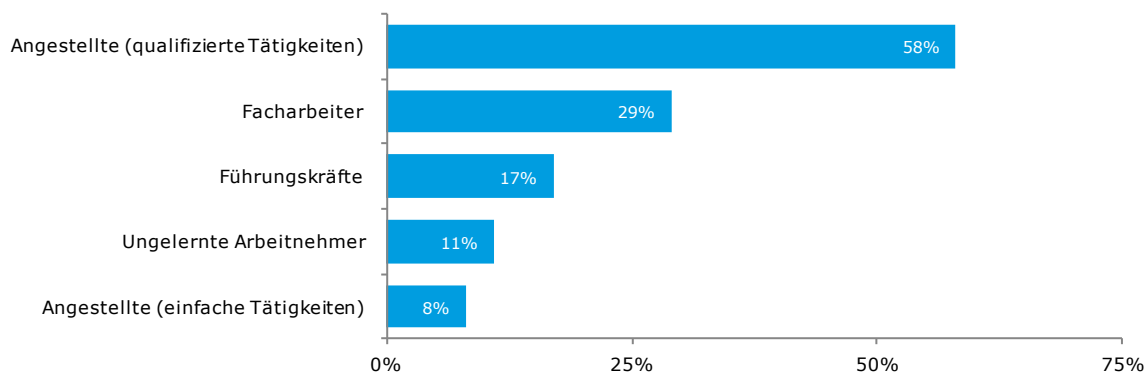
Für eine umfassende Betrachtung von Weiterbildungsaktivitäten ist es von zentraler Bedeutung, neben der Anzahl der weiterbildenden Betriebe auch die Zahl der an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden *Beschäftigten* zu betrachten. Denn so kann auch bei einer Zunahme des Anteils von weiterbildenden Betrieben die Zahl der weitergebildeten Beschäftigten zurückgehen, z. B. wenn die Betriebe strengere Auswahlkriterien für die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen festlegen. Im Jahr 2009 nahmen 58,0 Prozent der Beschäftigten in den weiterbildenden Betrieben an Weiterbildungsmaßnahmen teil. Im Bundesvergleich ist dies ein relativ positiver Wert.

Bezüglich der Zielgruppe betrieblicher Weiterbildung, wird seit einiger Zeit beobachtet, dass überproportional viele bereits höher qualifizierte Beschäftigte an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Geringqualifizierte partizipieren weniger stark an Weiterbildungsmaßnahmen.

Diese Segmentierung der Weiterbildung lässt sich zum einen auf die Gruppe der Un- und Angelernten sowie auf die Betriebe selbst zurückführen. Auf Seite der Geringqualifizierten zeigt sich, dass hier Lernschwierigkeiten sowie fehlende Bereitschaft zur Teilnahme dominieren. Diese sind auch mit geringen Nutzenerwartungen verknüpft (Wacker 2008: 28). Auf Seite der KMU zeigt sich, dass diese auch davon ausgehen, eine geringe Rendite durch die Weiterbildung der Gruppe der Un- und Angelernten zu erhalten. Im Weiteren kann es aber auch durchaus möglich sein, dass in bestimmten Bereichen seitens der Unternehmensleitung keine Qualifizierung der Personen gewünscht wird, da sich hierüber die Notwendigkeit der höheren Bezahlung sowie der möglichen Abwerbung in andere Betriebe ergeben könnte. Folglich kann nicht per se davon ausgegangen werden, dass Weiterbildung zu einer Angleichung unterschiedlicher Qualifikationsniveaus führt. Unter Umständen kann sie auch zu einer Verstärkung der Unterschiede führen.

Die Annahme, dass überwiegend höher qualifizierte Beschäftigte an beruflicher Weiterbildung partizipieren, lässt sich auch für die Freie und Hansestadt bestätigen. So ergibt sich für Angestellte mit qualifizierten Tätigkeiten eine Weiterbildungsquote von 58 Prozent, Facharbeiterinnen und Facharbeiter weisen eine Quote von 29 Prozent auf. Deutlich unterdurchschnittlich mit Werten von 11 Prozent und 8 Prozent sind ungelernnte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Beschäftigte mit einfachen Tätigkeiten vertreten (siehe Abbildung 2-52).

**Abbildung 2-52: Weiterbildungsquote nach Qualifikation in Hamburger KMU, die Weiterbildung durchführen im Jahr 2009**



Anmerkung: Dargestellt ist jeweils die Anzahl der Weitergebildeten/Anzahl der insgesamt Weitergebildeten\*100.

Quelle: Unternehmensbefragung Rambøll Management Consulting 2010.

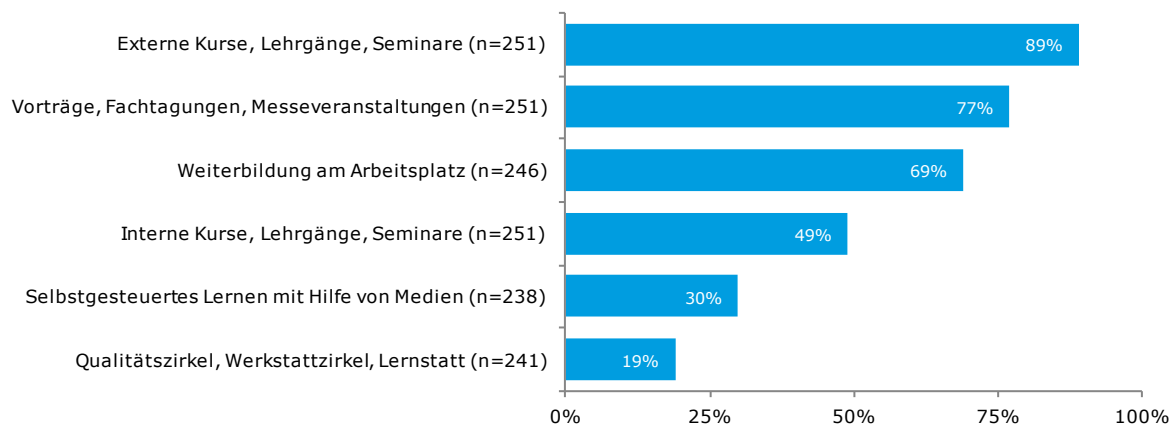
Die Weiterbildungsquote älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (50 Jahre und älter) liegt in Hamburg bei den befragten KMU im Jahr 2009 bei 38 Prozent. In Anbetracht der Verschiebungen der Altersstruktur der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann die Einbeziehung der älteren Belegschaftsgruppen anzeigen, wie intensiv die demografische Entwicklung in der Qualifizierungspolitik der Unternehmen bereits in die unternehmerischen Überlegungen mit einbezogen wird. Bundesweit zeigt sich, dass die älteste Beschäftigtengruppe (55 Jahre und älter) durch alle Unternehmensgrößenklassen und fast alle Branchen deutlich niedrigere Beteiligungsquoten an der betrieblichen Weiterbildung zeigen als die jüngeren Altersgruppen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 143). Grundsätzlich ist dieses Ergebnis nicht überraschend, es deutet jedoch darauf hin, dass dem Potenzial der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seitens der Unternehmen immer noch relativ wenig Beachtung geschenkt wird. Zudem ist es auch möglich, dass der Nutzen beruflicher Weiterbildung für diese Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgrund des fortgeschrittenen Lebensalters und der daraus resultierenden Kürze der verbleibenden Erwerbstätigkeit nicht deutlich wird. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich Deutschland im europäischen Vergleich bei der Weiterbildungsbeteiligung älterer Beschäftigter zusammen mit Österreich und Italien eine der letzten Positionen einnimmt und deutlich unter dem EU-15-Schnitt liegt, ist hier grundsätzlich Handlungsbedarf gegeben (ebenda: 144). Am Besten schneiden auch hier die skandinavischen Länder ab.

Die Herausforderung besteht somit auch für die Freie und Hansestadt zum einen darin, vor allem Beschäftigte, die im Bereich der einfachen Tätigkeiten arbeiten, am allgemeinen Weiterbildungsverhalten stärker partizipieren zu lassen. Infolge des Strukturwandels steigen die Qualifikationserfordernisse an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stetig. So kann nicht immer nur in engen, arbeitsplatzzentrierten Zusammenhängen gedacht werden. Es besteht die Möglichkeit, auch funktionsübergreifend zu qualifizieren. Bei der Ansprache der KMU ist es hier vor allem wichtig, die direkten Führungskräfte darauf hinzuweisen, Un- und Angelernte stärker in den Fokus zu rücken, so dass diese die Sensibilisierung der Un- und Angelernten für eine größere Weiterbildungsbereitschaft übernehmen können.

Zum anderen erscheint es notwendig, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker an beruflicher Weiterbildung partizipieren zu lassen. Zugangswege können hier einerseits direkt über die Sensibilisierung der Beschäftigten, der Arbeitnehmervertretungen sowie der Führungskräfte oder Personalabteilungen der Unternehmen eröffnet werden. Andererseits wären auch verstärkt die Wirtschafts- und Sozialpartner resp. die Tarifparteien in die Pflicht zu nehmen.

Neben den strukturellen Merkmalen der weiterbildenden Betriebe und Beschäftigten, ist auch eine Betrachtung der *Weiterbildungsarten* und ihrer Entwicklung von Interesse. Der höchste Wert unter den Weiterbildungsarten entfällt auf externe Angebote. So lassen 89 Prozent aller weiterbildenden Betriebe ihre Beschäftigten an externen Kursen, Lehrgängen und Seminaren teilnehmen. 77 Prozent der Betriebe fördern die Teilnahme an Vorträgen, Fachtagungen und Messeveranstaltungen. Selten wird dagegen auf die Weiterbildungsmethoden Qualitäts- und Werkstattzirkel (19 Prozent) zurückgegriffen (siehe Abbildung 2-53). Mit Blick auf die anderen Bundesländer weist Hamburg grundsätzlich eine vergleichbare Weiterbildungsstruktur auf.

**Abbildung 2-53: Arten der Weiterbildung in Hamburger KMU 2009**



Anmerkung: Die Fragestellung lautete: „Für welche Weiterbildungsmaßnahmen wurden Beschäftigte freigestellt bzw. wurden Kosten übernommen?“ Mehrfachnennungen waren möglich.

Quelle: Unternehmensbefragung Rambøll Management Consulting 2010.

Die überwiegende Inanspruchnahme traditioneller Lernformen seitens der KMU, wie punktuell ausgerichtete Lernformen, lehrerzentrierte Lehrgänge, Kurse, Seminare, Infoveranstaltungen oder Weiterbildung am Arbeitsplatz, muss jedoch auch kritisch betrachtet werden. So sind innovative, die Selbstorganisation fordernde und fördernde Lernformen wie z. B. Job-Rotation, Austauschprogramme, Studienbesuche, Lern- und Qualitätszirkel sowie selbstgesteuertes Lernen, immer noch die Ausnahme (Wacker 2008: 20).

Themen der betrieblichen Weiterbildung waren in Hamburg überwiegend der Erwerb fachlicher Qualifikationen (z. B. gewerbliche, naturwissenschaftliche, gestalterische sowie auch kaufmännische Themen und solche, bei welchen die Fremdsprachenkenntnisse verbessert werden). Die Verbesserung sozialer Kompetenzen oder Management- und Organisationsfähigkeiten waren für die weitergebildeten Personen nicht von gleicher Relevanz.

Für die Weiterbildungsabstinenz von Unternehmen gibt es vielfältige *Gründe*. Die Befragung unter den Hamburger KMU im Jahr 2010 ergab, dass weit über zwei Drittel (73 Prozent) schlichtweg keinen Bedarf an weiterbildenden Maßnahmen sehen und daher angaben, das Qualifikationsniveau der Beschäftigten reiche aktuell aus. Dies lässt den Rückschluss zu, dass einige Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber möglicherweise nicht in der Lage sind, den Weiterbildungsbedarf der Belegschaft abzuschätzen zu können. Hier zeigt sich deutlich, dass Qualifizierungsbedarf als sogenannter nachgelagerter Bedarf beschrieben werden kann, der den Unternehmen nicht immer ersichtlich ist, sondern erst über eine professionelle Qualifizierungsberatung ermittelt werden muss (Frauke 2008: 70).

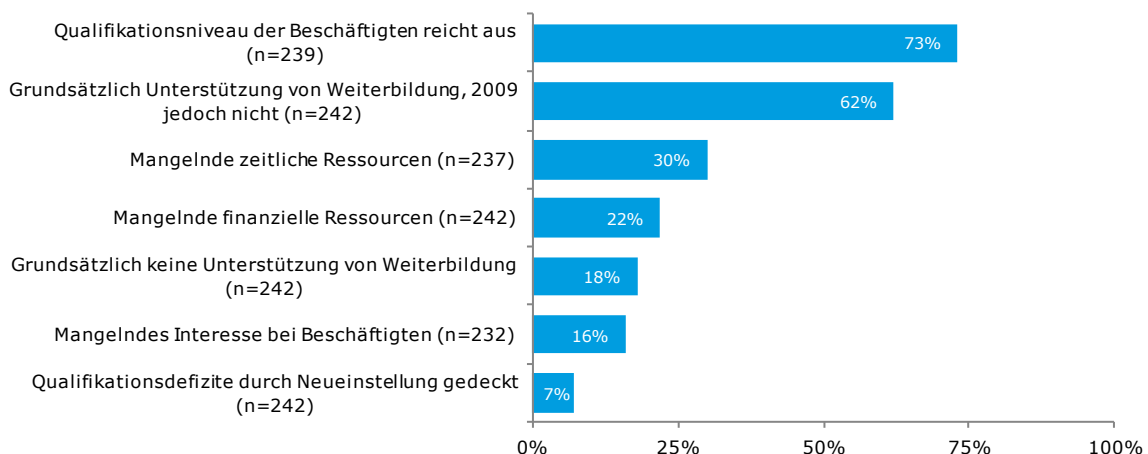
Zusätzlich zeigt sich, dass Hamburger KMU für ihre Beschäftigten nicht kontinuierlich Weiterbildungen anbieten können. So geben 62 Prozent an, grundsätzlich Weiterbildungen zu unterstützen, dies

aber im Jahr 2009 nicht getan zu haben. Nach den Gründen ist an dieser Stelle nicht gefragt worden. Generell können hier jedoch z. B. zeitliche Restriktionen angeführt werden. Entscheidend für kontinuierliches Weiterbildungsmanagement in KMU sind auch organisatorisch professionelle Prozesse im Bereich der Personalentwicklung, die oftmals aufgrund der Größe der Unternehmen nicht gestellt werden können.

Des Weiteren kann überwiegend davon ausgegangen werden, dass Unternehmen in Hamburg nicht aus finanziellen Gründen auf die Unterstützung von Weiterbildung verzichten müssen. So gaben lediglich 22 Prozent der nicht weiterbildenden Betriebe als Grund für ihre Nicht-Beteiligung mangelnde Finanzierungsmöglichkeiten an.

Mangelnde zeitliche Ressourcen sind hingegen bereits für 30 Prozent der Unternehmen ein Grund, Weiterbildungsmaßnahmen nicht zu unterstützen (siehe Abbildung 2-54). So bestehen für diese Unternehmen häufig keine Möglichkeiten, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Teilnahme an Weiterbildungsaktivitäten von der Arbeit freizustellen. Denkbar ist, dass dies in besonderem Maße für Unternehmen zutrifft, die mit einer sehr kleinen Mitarbeiterschaft ausgestattet sind, so dass man es sich nicht leisten kann, Beschäftigte über mehrere Tage für Weiterbildungen vom täglichen Arbeitsgeschäft freizustellen.

**Abbildung 2-54: Gründe für Nicht-Beteiligung an Weiterbildung unter Hamburger KMU 2009**



Anmerkung: Die Fragestellung lautete: „Warum haben Beschäftigte Ihres Betriebs keine Weiterbildung besucht? Welche der folgenden Gründe treffen auf Ihr Unternehmen zu?“ Mehrfachnennungen waren möglich.

Quelle: Unternehmensbefragung Rambøll Management Consulting 2010.

### Zusammenfassung 2-8: Lebenslanges Lernen

- Im Bereich des **lebenslangen Lernens** ist zu vermerken, dass Hamburg beim Gesamtindex des Deutschen Lernatlas insbesondere im Bereich der beruflichen und persönlichen Bildung gute Werte erreicht und damit vor den beiden anderen Stadtstaaten Bremen und Berlin liegt.
- Im Bereich der **beruflichen Weiterbildung** steht Hamburg vor relativ ähnlichen Herausforderungen wie Deutschland insgesamt: Die Weiterbildungsbeteiligung ist insbesondere bei Klein- und Kleinstbetrieben gering. Gründe für die Nichtteilnahme sind zum einen die Annahme, das Qualifikationsniveau der Beschäftigten reiche aus, sowie mangelnde zeitliche Ressourcen. Höherqualifizierte Arbeitskräfte profitieren überdurchschnittlich häufig von betrieblicher Weiterbildung.

## 2.5 Armut und Armutsgefährdung

Im Nationalen Reformprogramm 2012 hat sich die Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Armutsbekämpfung das Ziel gesetzt, die Langzeitarbeitslosigkeit (länger als ein Jahr arbeitslos) bis 2020 im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2008 um 20 Prozent zu senken (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2012: 12). Aus diesem Grund wird hier zunächst die Langzeitarbeitslosigkeit als arbeitsmarktliche Seite der Armutsgefährdung betrachtet. Im Anschluss wird die Armut und Armutsgefährdung in der Gesellschaft anhand weiterer Indikatoren wie der SGB II-Quote und der Armutsgefährdungsquote nach verschiedenen Strukturmerkmalen untersucht. Schließlich erfolgt eine Analyse der regionalen Disparitäten innerhalb der Freien und Hansestadt Hamburg in Bezug auf Armut und Armutsgefährdung.

### 2.5.1 Langzeitarbeitslosigkeit und verfestigte Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen nahm in Hamburg zwischen 2008 und 2012 um 10,6 Prozent ab. In Deutschland insgesamt fiel der Rückgang mit 4,5 Prozent deutlich geringer aus (siehe Abbildung 2-55). Insgesamt sind damit zwar die ersten Schritte zu einer Reduktion um 20 Prozent bis 2020 gemacht, allerdings bedarf es weiterer Anstrengungen und vor allem einer Verstetigung dieser Erfolge.

**Abbildung 2-55: Langzeitarbeitslose in Hamburg und Deutschland 2008 bis 2012**

	2008	2009	2010	2011	2012	Rückgang 2012 im Vergleich zum Jahresdurchschnitt
<b>Hamburg</b>	24.095	21.107	21.761	20.545	21.551	<b>-10,6%</b>
<b>Deutschland</b>	1.080.680	932.733	1.129.890	1.055.353	1.031.722	<b>-4,5%</b>

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2010b, 2012f und 2013a, eigene Berechnungen und Darstellung  
Rambøll Management Consulting.

Die Aussagekraft dieser Statistik ist in Deutschland aufgrund einer Statistikumstellung im Jahr 2008 jedoch eingeschränkt. So werden Leistungsempfängerinnen und -empfänger seither nicht mehr als Langzeitarbeitslose, sondern als Neuzugänge geführt, wenn sie ihre Arbeitslosigkeit durch eine nur wenige Tage dauernde Beschäftigung unterbrochen haben. Auch nach einer Erkrankung von mehr als sechs Wochen oder infolge der Teilnahme an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme (z. B. Trainingsmaßnahme, Qualifizierungsmaßnahme, Arbeitsgelegenheit) von mehr als sechs Wochen gelten die Hilfebedürftigen als Neuzugänge. Durch diese Bewertung wird das Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit in der Statistik unterzeichnet und eine Vergleichbarkeit mit früheren Daten ist nicht mehr gegeben. Um die verfestigte Arbeitslosigkeit beurteilen zu können, wird daher die Verweildauerstatistik des SGB II genutzt. Hier wird speziell der Anteil der erwerbsfähigen Leistungsempfängerinnen und -empfänger mit Verweildauern von mindestens zwei Jahren betrachtet. Seit der erstmaligen Veröffentlichung dieser Statistik mit Daten zur Verweildauer im Dezember 2009 hat sich die Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Rechtskreis SGB II, die länger als 2 Jahre im Arbeitslosengeld II-Bezug stehen, um rund 360 Personen, oder 0,4 Prozent erhöht. Die Zunahme der Langzeitbezieher in Deutschland betrug 4,8 Prozent. Dabei ist zu beobachten, dass zwischen 2009 und 2012 sowohl in Hamburg als auch in Deutschland nicht nur ein Anstieg der Anzahl von Langzeitbezieher, sondern auch ein Angleich der Werte auf einem hohen Niveau von ca. 67 Prozent zu beobachten ist. Zu beachten ist, dass hierbei auch Personen enthalten sind, die seit einer längeren Zeit aufstockende Leistungen erhalten. Die Zahlen können somit auch verfestigte atypische Beschäftigung beinhalten.



**Tabelle 2-3: Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Rechtskreis SGB II mit Bezugsdauer 2 Jahre und länger am Gesamtbestand in Prozent 2009 bis 2012 (Berichtsmonat Dezember)**

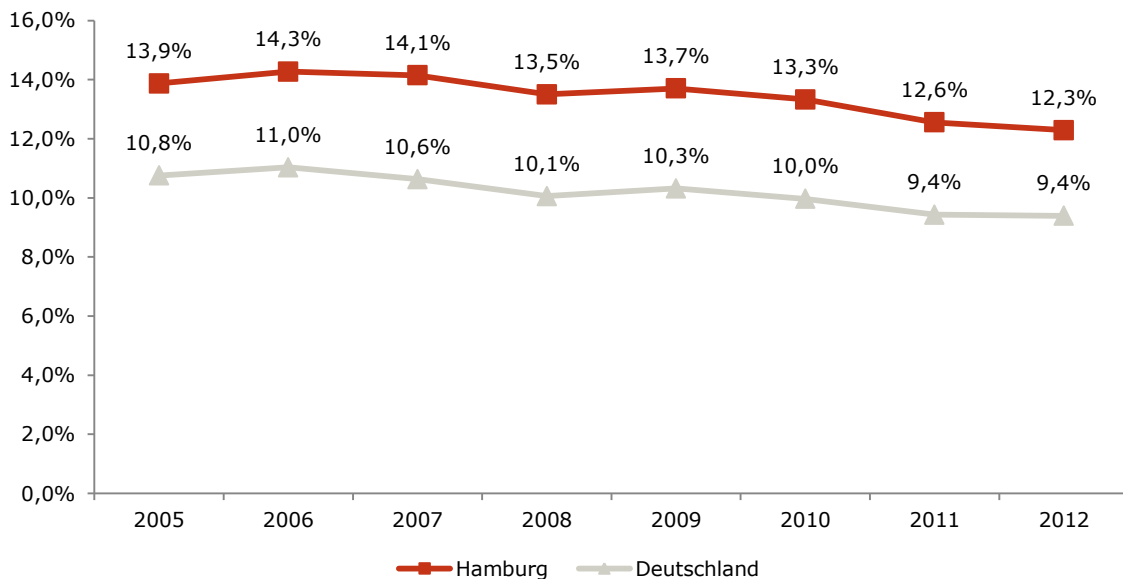
	2009	2010	2011	2012	Rückgang 2012 im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2009
<b>Hamburg</b>	86.342	85.297	81.707	86.728	<b>0,4%</b>
<b>Deutschland</b>	2.743.623	2.741.993	2.687.476	2.876.365	<b>4,8%</b>

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2010a, 2011b, 2012e, 2013c eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

## 2.5.2 Armutsgefährdung

Seit dem 1. Januar 2005 regelt das neue Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) die Förderung (einschließlich finanzieller Förderung) von erwerbsfähigen Personen im Alter zwischen 15 und unter 65 Jahren sowie deren Angehöriger, soweit diese ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Sie schließt damit auch sogenannte „Aufstocker“ mit ein, die zwar nicht als arbeitslos gemeldet sind, deren Löhne jedoch nicht ausreichen, um ihren Lebensunterhalt komplett selbst zu bestreiten. Die Quote der SGB II-Empfänger<sup>24</sup> lag in Hamburg im betrachteten Zeitraum 2005-2012 durchweg über dem Bundesdurchschnitt. Die Entwicklung verlief dabei weitgehend parallel mit der Entwicklung in Deutschland insgesamt, es kam zu keiner nennenswerten Annäherung. Im Jahr 2012 liegen ähnlich wie im Jahr 2005 rund 3 Prozentpunkte zwischen der SGB II-Empfängerquote in Hamburg und Deutschland insgesamt. Die Quote betrug in Hamburg 12,3 Prozent (siehe Abbildung 2-56).

**Abbildung 2-56: SGB II-Empfängerquoten in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2012**



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2006, 2007, 2008b, 2009c, 2010c, 2011c, 2012j, 2013b eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

Ein Vergleich der geschlechtsspezifischen Quoten der Leistungsempfängerinnen und -empfänger im Bereich des SGB II lässt erkennen, dass zwischen Männern und Frauen hier grundsätzlich keine Unterschiede bestehen. Damit entspricht die Situation in Hamburg bis auf das höhere Grundniveau der SGB II-Empfängerquote der Situation in Deutschland insgesamt (siehe Tabelle 2-4).

<sup>24</sup> Definiert als Anteil der SGB II-Empfänger zwischen 15 und 65 Jahren an der Bevölkerung in der gleichen Altersgruppe.

Die SGB II-Empfängerquote von Menschen mit Migrationshintergrund wird ähnlich wie bei der Arbeitslosenquote nicht erfasst. So muss auch hier näherungsweise auf die Zahlen für Ausländer zurückgegriffen werden. Hier zeigt sich ein leicht gegenläufiger Trend zwischen Hamburg und Deutschland insgesamt: Während die SGB II-Empfängerquote bei Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Hamburg seit 2005 von 19,5 Prozent auf 19,9 Prozent leicht gestiegen ist, ist sie in Deutschland um 1,3 Prozentpunkte auf 15,6 Prozent gesunken. Die SGB II-Empfängerquote bei den Ausländern liegt damit aber sowohl in Hamburg als auch in Deutschland deutlich über der allgemeinen SGB II-Empfängerquote.

Für die Beurteilung der Gefahr der intergenerationalen Übertragung von Armut ist es zweckmäßig, zusätzlich die SGB II-Empfängerquote in der Gruppe der nicht-erwerbsfähigen Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher unter 15 Jahren zu betrachten. Diese hat sich in Hamburg von 2005 bis 2011 zwar um 2,2 Prozentpunkte verringert (Deutschland: 0,8 Prozentpunkte), verbleibt jedoch mit 20,8 Prozent der altersspezifischen Bevölkerung auf einem sehr hohen Niveau. In Deutschland insgesamt lag diese Quote im Jahr 2012 bei lediglich 15,1 Prozent.

**Tabelle 2-4: SGB II-Empfängerquoten nach ausgewählten Merkmalen in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2012**

		Leistungs- berechtigte Personen insgesamt	Erwerbs- fähige Leistungs- berechtigte	Erwerbs- fähige leistungs- berechtigte Männer	Erwerbs- fähige leistungs- berechtigte Frauen	Erwerbs- fähige leistungs- berechtigte Ausländer	Nicht- erwerbs- fähige Leistungs- berechtigte unter 15 Jahren
<b>2005</b>	Hamburg	13,9%	12,1%	12,2%	11,9%	19,5%	23,0%
	Deutschland	10,8%	9,6%	9,6%	9,5%	16,9%	15,9%
<b>2006</b>	Hamburg	14,3%	12,3%	12,2%	12,4%	20,4%	24,0%
	Deutschland	11,0%	9,7%	9,5%	9,9%	17,5%	16,6%
<b>2007</b>	Hamburg	14,1%	12,1%	11,9%	12,4%	20,8%	24,1%
	Deutschland	10,6%	9,3%	9,0%	9,7%	16,7%	16,2%
<b>2008</b>	Hamburg	13,5%	11,6%	11,3%	11,9%	19,8%	23,0%
	Deutschland	10,1%	8,8%	8,4%	9,2%	15,9%	15,4%
<b>2009</b>	Hamburg	13,7%	11,8%	11,6%	11,9%	21,1%	23,0%
	Deutschland	10,3%	9,1%	8,8%	9,3%	16,9%	15,7%
<b>2010</b>	Hamburg	13,3%	11,4%	11,3%	11,6%	21,4%	22,4%
	Deutschland	10,0%	8,7%	8,5%	9,0%	16,6%	15,3%
<b>2011</b>	Hamburg	12,6%	10,7%	10,5%	10,9%	20,5%	21,3%
	Deutschland	9,4%	8,2%	7,9%	8,5%	15,9%	14,8%
<b>2012</b>	Hamburg	12,3%	10,5%	10,2%	10,7%	19,9%	20,8%
	Deutschland	9,4%	8,1%	7,8%	8,5%	15,6%	15,1%

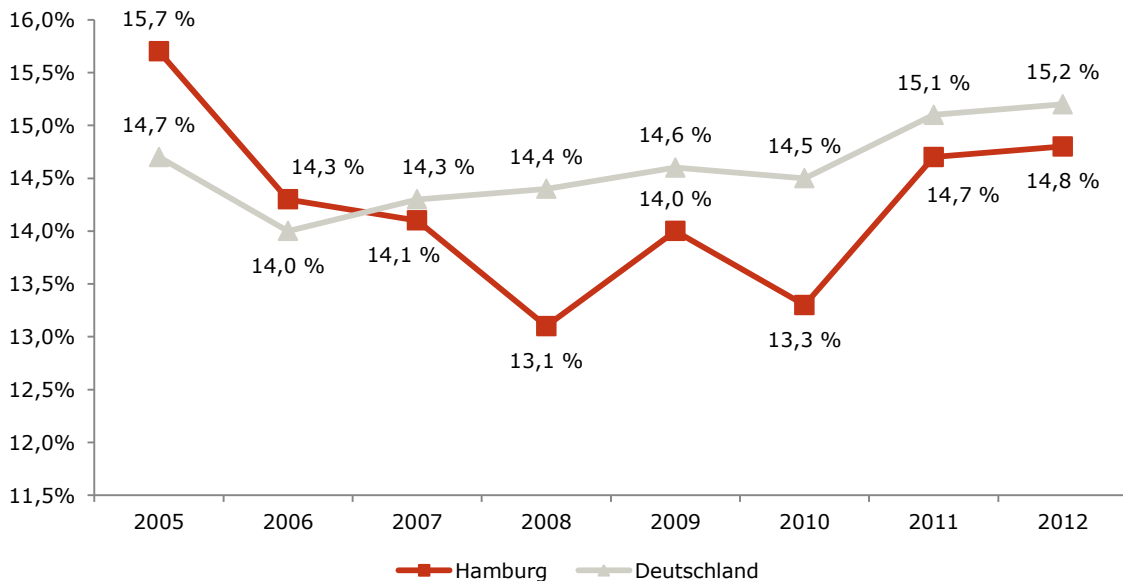
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2006, 2007, 2008b, 2009c, 2010c, 2011c, 2012j, 2013b eigene Darstellung  
Rambøll Management Consulting.

Speziell für Hamburg ist es von Interesse, weitere Faktoren zu betrachten, die Einfluss auf die Gefährdung bestimmter Gruppen durch Armut nehmen. Zur Untersuchung der unterschiedlich starken Betroffenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen wird die Armutsgefährdungsquote angewendet. Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator, der nicht nur nach Geschlecht, sondern auch nach detaillierten Altersgruppen, nach Haushaltstypen, nach Bildungsniveau sowie nach Migrationshintergrund vorliegt. Die Definition der Armutsgefährdungsquote folgt der EU-Definition<sup>25</sup>.

<sup>25</sup> Als armutsgefährdet werden dabei Personen eingestuft, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Äquivalenzeinkommens (Median) der Bevölkerung beträgt. Das Äquivalenzeinkommen wird auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnet und stellt das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied dar (Statistische Ämter des Bundes und der Länder). Als Armutsgefährdungsquote wird der Anteil der einkommensarmen Personen an der Gesamtbevölkerung definiert.

In Hamburg lag die Armutsgefährdungsquote, gemessen am Bundesmedian, also dem mittleren Äquivalenzeinkommen der Einwohnerinnen und Einwohner der Bundesrepublik Deutschland, im Jahr 2012 bei 14,8 Prozent. In Deutschland insgesamt lag die Armutsgefährdungsquote nach dieser Definition etwas höher bei 15,2 Prozent. Insgesamt zeigt sich für Hamburg kein eindeutiger Trend. Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2008 ist die Armutsgefährdungsquote in Hamburg 2012 um 12,9 Prozent gestiegen, in Deutschland insgesamt lediglich um 5,5 Prozent (siehe Abbildung 2-57). Grundsätzlich sind dabei Männer und Frauen etwa in gleichem Maße betroffen (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013).

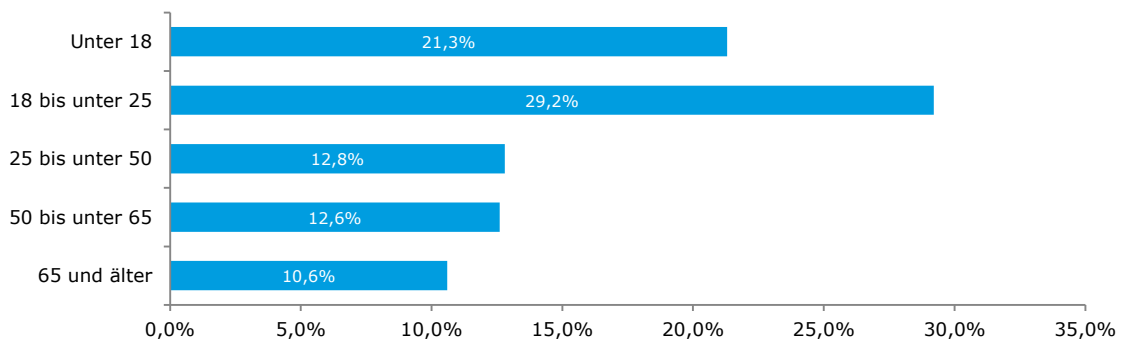
**Abbildung 2-57: Armutsgefährdungsquoten (gemessen am Bundesmedian) in Hamburg und Deutschland 2005 bis 2012**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012d, 2013, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

Die Analyse der Armutsgefährdungsquoten nach Alter in Hamburg in Abbildung 2-58 zeigt, dass Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren (29,2 Prozent) sowie unter 18 Jahren (21,3 Prozent) besonders häufig armutsgefährdet sind. Relativ niedrig ist die Armutsgefährdungsquote bei den Älteren mit 10,6 Prozent.

**Abbildung 2-58: Armutsgefährdungsquoten (gemessen am Bundesmedian) nach Alter in Hamburg 2012**

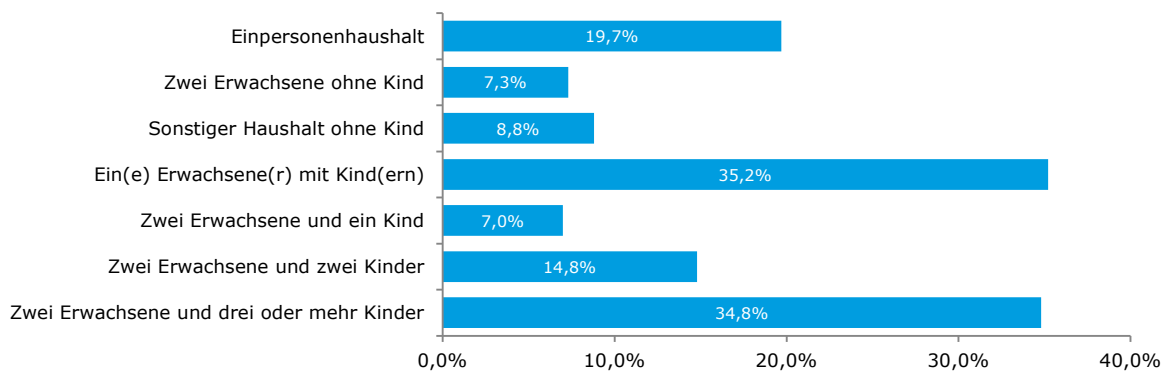


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012d, 2013, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

Die Armutsgefährdungsquote kann zudem nach Haushaltstypen aufgeschlüsselt werden. Hier sind deutliche Unterschiede festzustellen. So ist die Armutsgefährdung generell in Einpersonenhaushalten höher als in Haushalten mit mehr Erwachsenen. Die höchste Armutsgefährdungsquote haben dabei jedoch Alleinerziehende mit 35,2 Prozent. Als Gründe für die starke Betroffenheit Alleinerziehender von Armut sind neben anderen spezifischen Belastungen des privaten Umfelds die eingeschränkten Erwerbchancen und das – häufig nur über Teilzeitbeschäftigung erzielte – niedrigere Einkommen alleinstehender Eltern zu sehen. Diese resultieren aus fehlenden zeitlichen Kapazitäten der Alleinstehenden, weil die jeweiligen Elternteile die Betreuungs- und Erziehungsaufgaben allein wahrnehmen (Kosmann et al. 2003: 7). Ein Großteil der Alleinerziehenden sind bekanntermaßen Frauen (siehe Abbildung 2-59).

Weiterhin wird hier die steigende Armutsgefährdung bei wachsender Kinderzahl im Haushalt deutlich. Während nur 7,0 Prozent der Haushalte mit zwei Erwachsenen und einem Kind als armutsgefährdet gelten, so sind es bei zwei Kindern bereits 14,8 Prozent und bei drei oder mehr Kindern sogar 34,8 Prozent.

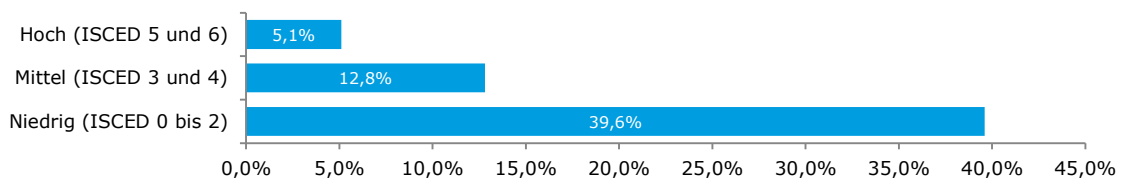
**Abbildung 2-59: Armutsgefährdungsquoten (gemessen am Bundesmedian) nach Haushaltstypen in Hamburg 2012**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012d, 2013, eigene Darstellung Ramböll Management Consulting.

Abbildung 2-60 zeigt die Armutsgefährdungsquoten in Abhängigkeit des Qualifikationsniveaus der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt an. Hier wird deutlich, dass insbesondere Haushalte von Geringqualifizierten ohne einen Bildungsabschluss der Sekundarstufe II und ohne Berufsausbildung von Armut betroffen sind. So sind rund 40 Prozent der Personen mit entsprechend niedrigem Qualifikationsniveau armutsgefährdet.

**Abbildung 2-60: Armutsgefährdungsquoten (gemessen am Bundesmedian) nach Qualifikationsniveau der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt in Hamburg 2012**

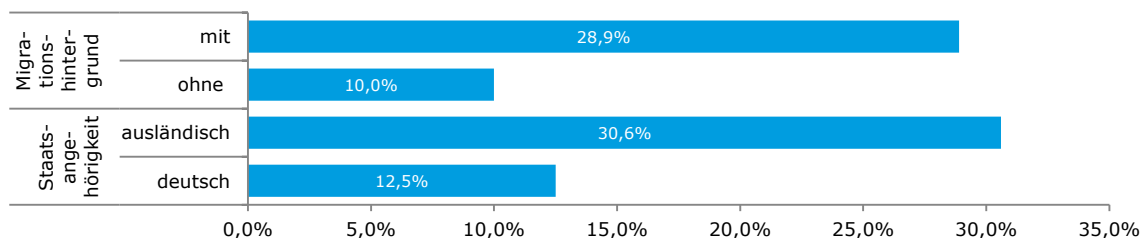


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012d, 2013, eigene Darstellung Ramböll Management Consulting.

Schließlich erlaubt Abbildung 2-61 einen Vergleich der Armutsgefährdung von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen ohne Migrationshintergrund, sowie einen Vergleich zwischen Deutschen und Ausländern. Hier wird offensichtlich, dass ausländische Staatsangehörige und Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg mit einer um den Faktor drei höheren Wahrscheinlichkeit ar-

mutsgefährdet sind als deutsche Staatsbürger bzw. Menschen ohne Migrationshintergrund. Als Gründe hierfür können der in Hamburg sowie auch bundesweit tendenziell schlechtere Zugang der Migrantinnen und Migranten zu höheren Bildungsabschlüssen und die Segregation auf dem Arbeitsmarkt genannt werden (Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2007: 33ff.).

**Abbildung 2-61: Armutsgefährdungsquoten (gemessen am Bundesmedian) nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund in Hamburg 2012**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012d, 2013, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

### 2.5.3 Armut und Armutsgefährdung in den Stadtteilen

Seit 2010 wird in Hamburg für das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) das Sozialmonitoring im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt durchgeführt. Dafür werden elf Indikatoren in 831 statistischen Gebieten erhoben. Die sieben Statusindikatoren bilden die aktuelle Situation (im Jahresbericht 2011 ist der 31.12.2010 Stichtag) ab:

- Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund
- Kinder von Alleinerziehenden
- SGB II-Empfängerinnen und -empfänger
- Arbeitslose
- Kinder (unter 15 Jahren) in Mindestsicherung
- Mindestsicherung im Alter
- Niedrige Schulabschlüsse

Zusätzlich wird anhand von vier Dynamikindikatoren die Entwicklung der jeweils letzten drei Kalenderjahre (Veränderungen in Prozentpunkten zwischen 31.12.2007 und 31.12.2010) angezeigt:

- Jugendliche mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit
- SGB II-Empfängerinnen und -Empfänger
- Arbeitslose
- Kinder in Mindestsicherung (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 2012).

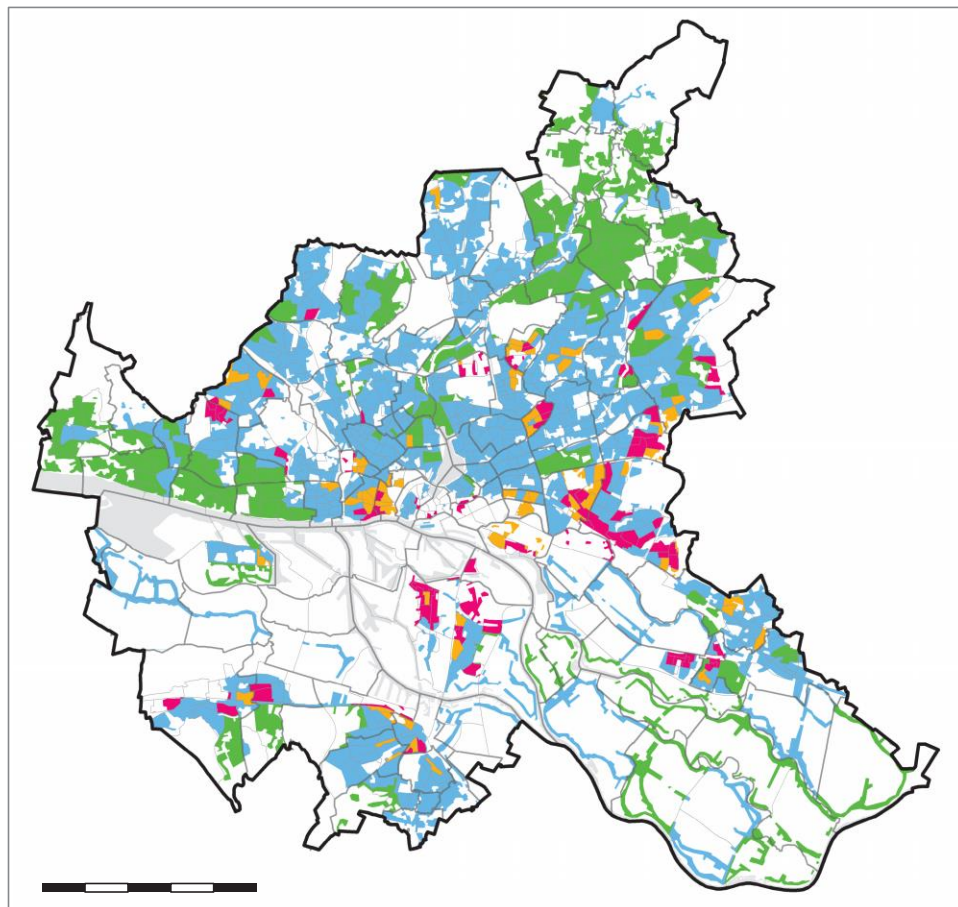
Zur Identifizierung sozialer Problemlagen in Hamburg wird der im Sozialmonitoring verwendete Statusindex herangezogen. Dieser bildet anhand der sieben oben genannten Indikatoren die Situation in den statistischen Gebieten zu einem bestimmten Stichtag ab. Der Status wird gebildet durch eine Klassifizierung der Statussumme nach Standardabweichungen. Je weiter der jeweilige Wert eines Gebiets vom gesamtstädtischen Durchschnitt abweicht, desto höher (bei Unterschreitung des Mittelwertes) beziehungsweise desto niedriger (bei Überschreitung des Mittelwertes) ist der soziale und wirtschaftliche Status. Es wurden vier Klassen festgelegt: hoher, mittlerer, niedriger und sehr niedriger Status.

Die Ergebnisse des Sozialmonitoring 2011 (vgl. Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 2012) zeigen, dass deutlich über der Hälfte (537 Gebiete bzw. 64,6 Prozent, blau eingefärbt) der insgesamt 831 Gebiete ein mittlerer Status zugeordnet wird. Dies bedeutet, dass ein Großteil der Bevölkerung in Gebieten lebt, die hinsichtlich der untersuchten sieben Indikatoren ähnliche Werte wie die Gesamtstadt aufweisen, d.h. die Abweichungen vom gesamtstädtischen Durchschnitt bewegen sich in

diesen Gebieten im „normalen“ Bereich (=innerhalb der Standardabweichung). Allerdings zeigt die Auswertung auch, dass 70 Gebiete einen niedrigen Status (gelb eingefärbt) aufzuweisen haben und sogar 81 Gebiete den Mittelwert derart übertreffen, dass ihr Status als sehr niedrig (pink eingefärbt) bezeichnet wird. Die grün eingefärbten Gebiete (143) haben einen Status, der anhand der untersuchten Indikatoren als hoch bezeichnet wird. Die folgende Abbildung 2-62 zeigt, in welchen Stadtteilen die sozialen Ungleichheiten besonders deutlich werden.

Demnach sind die sozial besonders schwachen Gebiete zum einen im Hamburger Osten in Billstedt, Horn und Jenfeld und zum anderen in den Stadtteilen südlich der Elbe in Wilhelmsburg, Veddel und Allermöhe zu finden. Hinzu kommen einige Gebiete in zentrumsnahen Stadtteilen wie Altona und St. Pauli sowie vereinzelt im Hamburger Westen in den Stadtteilen Lurup und Oldsdorf.

**Abbildung 2-62: Statusindex des Sozialmonitorings nach statistischen Gebieten 2011**



Quelle: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 2012: 17.

Neben der Darstellung aller Statusindikatoren im Statusindex wird auf einige Indikatoren gesondert eingegangen, da sie eine besondere Relevanz für die Entstehung sozialer Ungleichheiten haben. Um Aussagen zu den einzelnen Indikatoren auf Ebene der Stadtteile treffen zu können, werden im Folgenden die Daten des Statistikamtes Nord verwendet.

#### *Arbeitslosigkeit*

Als Mittelwert des Indikators Arbeitslosigkeit (Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren) wurden im Sozialmonitoring 2011 5,7 Prozent angegeben. Der Anteil der Arbeitslosen der 15- bis unter 65-Jährigen lag 2011 für die Gesamtstadt bei 5,7 Prozent. Die Werte auf Stadtteil-

ebene reichten dabei von quasi keiner Arbeitslosigkeit bis zu elf Prozent.<sup>26</sup> Die folgende Tabelle 2-5 zeigt die zehn Stadtteile, in denen die Arbeitslosigkeit 2011 am höchsten war.

**Tabelle 2-5: Anteil Arbeitslose in der 15- bis unter 65-Jährigen im Juni 2011 nach Stadtteilen**

	Stadtteil	Anteil Arbeitslose in Prozent der 15- bis unter 65-Jährigen
1	Veddel	11,0
2	Wilhelmsburg	10,3
3	St. Pauli	9,2
4	Rothenburgsort	9,2
5	Dulsberg	9,2
6	Billstedt	9,2
7	Harburg	9,1
8	Jenfeld	8,8
9	Steilshoop	8,6
10	Altona-Altstadt	8,4

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig Holstein 2012d, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting

#### *SGB II-Empfängerinnen und -Empfänger*

Der SGB II-Leistungsbezug (Anteil der SGB II-Empfängerinnen und -Empfänger an der Bevölkerung insgesamt) ist ein weiterer Indikator, der soziale Ungleichheiten zeigt. In Bezug auf die Höhe des Arbeitslosenanteils in den Stadtteilen und dem Anteil von SGB II-Empfängern gibt es deutliche Korrelationen. Lediglich die Reihenfolge der betroffenen Stadtteile ändert sich. Im Sozialmonitoring wird für den 31.12.2010 der Mittelwert für die Gesamtstadt mit elf Prozent beziffert, bei einer Standardabweichung von neun Prozent für die statistischen Gebiete. Die hohe Standardabweichung ist bereits ein Hinweis darauf, dass die Spannweite hinsichtlich dieses Indikators innerhalb des Stadtgebiets relativ groß ist. Die folgende Tabelle 2-6 zeigt die zehn Stadtteile, in denen der Anteil der SGB II-Leistungsempfänger an der Bevölkerung laut Statistikamt Nord am höchsten ist.<sup>27</sup>

**Tabelle 2-6: Leistungsempfänger nach SGB II in Prozent an der Bevölkerung insgesamt im März 2011 nach Stadtteilen**

	Stadtteil	SGB II-Leistungsempfänger in Prozent an der Gesamtbevölkerung
1	Veddel	26,8
2	Wilhelmsburg	24,4
3	Billstedt	23,5
4	Rothenburgsort	22,4
5	Steilshoop	22,2
6	Jenfeld	22,1
7	Neuallermöhe	20,2
8	Dulsberg	20,1

<sup>26</sup> Beachtet werden muss, dass aufgrund ihrer dünnen Besiedelung und der geringen Fallzahlen für die beiden Stadtteile Billbrook und Kleiner Grasbrook, die absolut die höchsten Werte aufweisen, sowie für Hammerbrook, das absolut den vierthöchsten Wert aufweist, keine statistisch belastbaren Aussagen möglich sind. Aus diesem Grund sind diese Stadtteile in der Auflistung der Tabelle nicht enthalten.

<sup>27</sup> Beachtet werden muss, dass die beiden Stadtteile Billbrook und Kleiner Grasbrook, die ebenfalls sehr hohe Werte aufweisen, in der folgenden Tabelle nicht abgebildet sind. Die Gebiete sind nur sehr dünn besiedelt und lassen keine statistisch belastbaren Aussagen zu.

	Stadtteil	SGB II-Leistungsempfänger in Prozent an der Gesamtbevölkerung
9	Harburg	19,3
10	Horn	18,7

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig Holstein 2012d, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting

#### *Kinder in Mindestsicherung*

Der Anteil der Kinder (unter 15 Jahren) in Mindestsicherung ist ein weiterer Indikator für sozial benachteiligte Gebiete. Er gibt an, wie groß der Anteil der unter 15-Jährigen ist, der auf staatliche Transferleistungen angewiesen ist, um den Lebensunterhalt zu sichern. Der Indikator weist auch auf die zukünftige Entwicklung eines Gebiets hin. Die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen, die mit Transferleistungen aufwachsen, sind hinsichtlich Ausbildung und Beruf in der Regel deutlich eingeschränkt. Hierdurch kann sich die räumliche Konzentration sozialer Ungleichheiten verschärfen. Im Vergleich mit anderen deutschen Städten weist Hamburg in Bezug auf diesen Indikator eine deutlich überdurchschnittliche Segregation auf. Lediglich Berlin hat einen noch höheren Wert (Deutsches Institut für Urbanistik 2012: 21).

Im Sozialmonitoring 2011 liegt der Mittelwert für diesen Indikator bei 23,2 Prozent. Die Betrachtung des Anteils der unter 15-Jährigen in Mindestsicherung auf Ebene der Stadtteile zeigt auch hier ein deutliches Ungleichgewicht. Während in 19 Stadtteilen der Anteil bei unter fünf Prozent liegt, haben zehn Stadtteile Werte von über 40 Prozent. Diese sind in der folgenden Tabelle 2-7 abgebildet.<sup>28</sup> Auch hier wird die Konzentration auf die zuvor bereits dargestellten Stadtteile deutlich.

**Tabelle 2-7: Anteil der unter 15-Jährigen in Mindestsicherung in Prozent im März 2011 nach Stadtteilen**

	Stadtteil	Anteil der unter 15-Jährigen in Mindestsicherung in Prozent
1	Veddel	52,9
2	Dulsberg	51,4
3	Rothenburgsort	49,2
4	Wilhelmsburg	47,6
5	Billstedt	47,2
6	Harburg	47,0
7	Jenfeld	46,8
8	Steilshoop	45,9
9	Horn	43,0
10	Neuallermöhe-West	41,1

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig Holstein 2012d, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting

Die Betrachtung sowohl des Statusindex als auch der einzelnen Statusindikatoren macht die sozialen Ungleichheiten, die innerhalb des Hamburger Stadtgebiets vorzufinden sind, sichtbar. Es gibt bestimmte Gebiete in einzelnen Stadtteilen, in denen soziale Problemlagen kumulieren. Dort sind oftmals für alle sieben untersuchten Statusindikatoren überdurchschnittliche Werte erhoben worden. Auf der anderen Seite gibt es aber auch insbesondere im Hamburger Westen und Norden ganze

<sup>28</sup> Beachtet werden muss, dass die Stadtteile Kleiner Grasbrook und Steinwerder, die bei diesem Indikator den absolut höchsten Wert aufweisen, in der folgenden Tabelle nicht abgebildet sind. Die Gebiete sind nur sehr dünn besiedelt und lassen keine statistisch belastbaren Aussagen zu.



Stadtteile, die in keiner Weise von diesen Problemlagen betroffen sind. Sie haben in sämtlichen untersuchten Indikatoren Werte, die unter dem Mittelwert der Gesamtstadt liegen.

*Identifizierung von Gebieten mit Handlungsbedarf*

Zur Identifizierung von Gebieten mit sozialen Ungleichheiten wird der Gesamtindex des Sozialmonitoring verwendet. Dieser ermöglicht es, Problemgebiete mit niedrigem oder sehr niedrigem Status und zusätzlich negativer Dynamik auf einen Blick zu erkennen. Die folgende Tabelle 2-8 gibt einen Überblick über das Vorgehen zur Ermittlung des Gesamtindex und zeigt die Anzahl der Gebiete, die den einzelnen Klassen zugeordnet wurden. Beachtet werden muss, dass der im Gesamtindex enthaltene Dynamikindex nicht die positive oder negative Entwicklung der einzelnen statistischen Gebiete abbildet. Er stellt lediglich die Entwicklung des jeweiligen Gebiets im Verhältnis zur Entwicklung der Gesamtstadt im gleichen Zeitraum dar. Dies bedeutet, dass im Falle einer positiven Entwicklung der Gesamtstadt, Gebieten mit gleichbleibender Situation einen negativer Dynamikindex aufweisen, obwohl es in dem Gebiet keinerlei Veränderungen gegeben hat. Vor diesem Hintergrund zeigen sich bei Betrachtung des Gesamtindex folgende Entwicklungen.

Für 44 der insgesamt 70 Gebiete mit niedrigem Status hat es im Vergleich zur Gesamtstadt keine relative Veränderung auf Ebene der Indikatoren in den vergangenen drei Jahren gegeben. Ähnliches gilt für die 81 Gebiete mit sehr niedrigem Status, von denen in 50 keine Abnahme der sozialen Ungleichheiten gemessen werden konnte. Besonders im Fokus stehen darüber hinaus die insgesamt 13 Gebiete in Hamburg, die zusätzlich zu einem niedrigen (fünf Gebiete) oder einem sehr niedrigen (acht Gebiete) Status eine negative Dynamik gegenüber der Gesamtstadt in den letzten drei Jahren aufweisen. Demgegenüber stehen jedoch positive Tendenzen in insgesamt 44 Gebiete mit niedrigem oder sehr niedrigem Status.

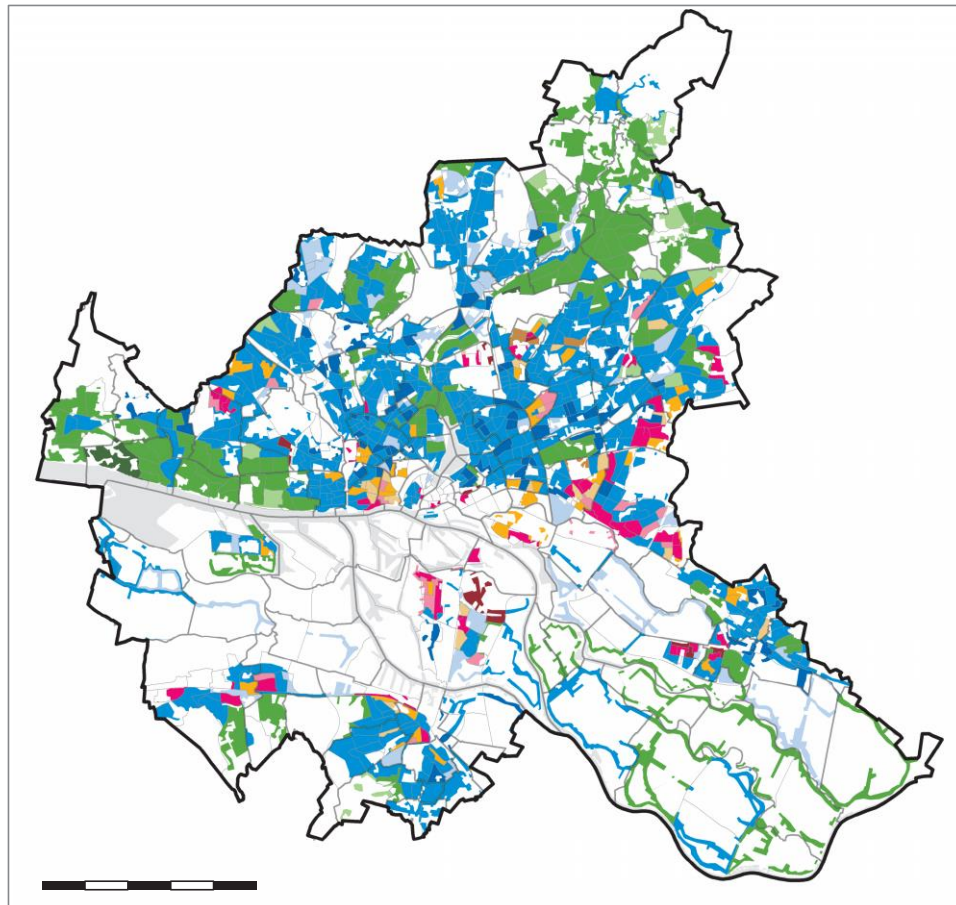
**Tabelle 2-8: Gesamtindex des Sozialmonitorings 2011**

		Dynamikindex			Gesamt
		positiv	stabil	negativ	
Statusindex	hoch	2	126	15	<b>143</b>
	mittel	64	419	54	<b>537</b>
	niedrig	21	44	5	<b>70</b>
	sehr niedrig	23	50	8	<b>81</b>
Gesamt		<b>110</b>	<b>639</b>	<b>82</b>	<b>831</b>

Quelle: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 2012: 20, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting

Die folgende Abbildung 2-63 zeigt die Verteilung der Kategorien des Gesamtindex auf das Stadtgebiet. Für die integrierte Stadtteilentwicklung sind die in Rot- und Gelbtönen eingefärbten Gebiete von besonderer Bedeutung. In ihnen trifft ein niedriger oder sehr niedriger Status mit einer stabilen oder negativen Dynamik zusammen. Dies ist in den bereits oben genannten Stadtteilen Wilhelmsburg, Veddel und Allermöhe-West sowie im östlichen Stadtgebiet in Horn und Billstedt vermehrt der Fall. Die intensiv grün gefärbten Gebiete (hoher Status und stabile oder positive Dynamik) sind dagegen konzentriert im sozial und wirtschaftlich überdurchschnittlich starken Westen und Norden der Stadt zu finden. Die Mehrzahl der Gebiete ist deutlich sichtbar blau eingefärbt. ist ein mittlerer Status mit einer positiven oder stabilen Dynamik kombiniert. Dies trifft auf mehr als die Hälfte der 831 statistische Gebiete zu (483).

**Abbildung 2-63: Gesamtindex des Sozialmonitorings nach statistischen Gebieten 2011**



Quelle: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 2012: 21.

#### **Zusammenfassung 2-9: Armut und Armutsgefährdung**

- Hamburg konnte zwischen 2008 und 2012 einen überdurchschnittlich hohen Rückgang bei der **Anzahl der Langzeitarbeitslosen** verzeichnen.
- Betrachtet man die **Anzahl der Langzeitbezieherinnen und -bezieher**, so gab es in Hamburg einen leichten Zuwachs. Besonders der prozentuale Anteil der Langzeitbezieherinnen und -bezieher am Gesamtbestand der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten steigt seit 2009 kontinuierlich an.
- Die **SGB II-Empfängerquoten** in Hamburg liegen leicht über dem Bundesdurchschnitt. Besonders hoch sind die Quoten bei Jugendlichen und Ausländern.
- **Armutsgefährdet** sind insbesondere Jugendliche bis 24 Jahren, Personen in Einpersonenhaushalten, Alleinerziehende, sowie Familien mit mehr als zwei Kindern. Niedrigqualifizierte (ISCED2 oder geringer) müssen in Hamburg zu über einem Drittel als armutsgefährdet gelten.
- **Menschen mit Migrationshintergrund** und Ausländer weisen eine etwa dreimal so hohe Armutsgefährdungsquote auf als Deutsche ohne Migrationshintergrund.

- Vor besonderen sozialen Herausforderungen stehen die **Stadtteile** Wilhelmsburg, Veddel und Allermöhe-West sowie im östlichen Stadtgebiet Horn und Billstedt.

## 2.6 Entwicklungen bei spezifischen Zielgruppen

Schließlich sollen die Entwicklungen bei folgenden Zielgruppen noch einmal zusammengefasst bzw. differenzierter betrachtet werden:

- Jugendliche
- Ältere
- Menschen mit Migrationshintergrund
- Menschen mit Behinderung
- Strafgefangene und Haftentlassene

### 2.6.1 Jugendliche

Für die Gruppe der Jugendlichen kann zunächst ein überdurchschnittlicher Rückgang der Arbeitslosenquote von 9,6 Prozent auf 4,8 Prozent konstatiert werden. Darüberhinaus hat sich der Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger im Alter zwischen 18 und 24 Jahren deutlich verringert und sich der niedrigeren Quote in der Bundesrepublik insgesamt angenähert. Diese Entwicklung war bei den jungen Frauen zwischen 2005 und 2011 noch stärker als bei den jungen Männern. Gleiches kann auch für den Anteil der Hamburger Schulabgängerinnen und Schulabgänger gesagt werden, die die Schule verlassen, ohne zumindest einen Hauptschulabschluss erreicht zu haben. Hamburger Schülerinnen und Schüler machen im Durchschnitt höhere Schulabschlüsse als Schülerinnen und Schüler im bundesdeutschen Durchschnitt.

Aufgrund der hohen Zuwanderung von qualifizierten Jugendlichen aus anderen Bundesländern sowie einer leicht unterdurchschnittlichen Ausbildungsbereitschaft der Hamburger Betriebe ist die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt vor allem für geringqualifizierte Jugendliche als äußerst schwierig einzuschätzen. Die Vertragslösungsquote in Hamburg liegt dabei über dem Bundesdurchschnitt, besonders hoch ist der Anteil der Auszubildenden, die ihren Ausbildungsvertrag frühzeitig auflösen, im Bereich des Handwerks.

Die Anzahl der Studierenden ist in Hamburg in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Allerdings ist der Anteil der Studierenden, ebenso wie der Anteil der Absolventinnen und Absolventen in den MINT-Fächern vergleichsweise gering. Bei der Erfolgsquote des Studienjahrgangs 2002 liegt Hamburg mit 64,6 Prozent auf dem letzten Platz.

Jugendliche unter 15 Jahren weisen in Hamburg besonders hohe SGB II-Empfängerquoten auf, die zudem zwischen 2005 und 2011 nur unterdurchschnittlich geringer geworden sind. Junge Menschen unter 25 Jahren weisen dabei besonders hohe Armutsgefährdungsquoten auf. Abhängig ist die Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen zudem von der Haushaltsgröße: Kinder von Alleinerziehenden sowie Kinder in Familien mit drei oder mehr Kindern weisen eine deutlich erhöhte Armutsgefährdungsquote auf. Außerdem sind der Bildungsstand (der Eltern) und der Migrationshintergrund Faktoren, die die Armutsgefährdung scheinbar stark beeinflussen.

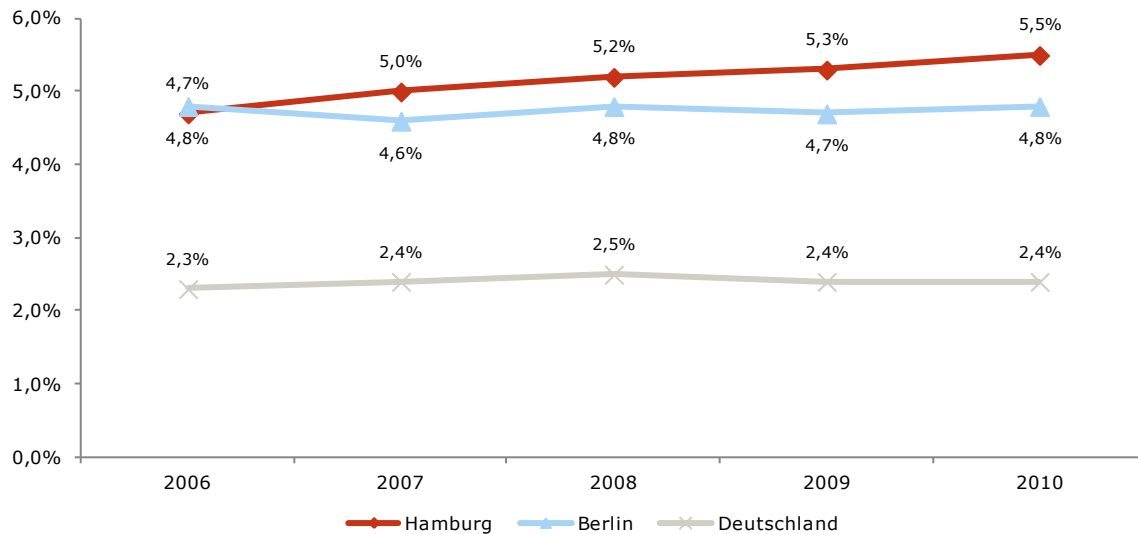
Die höchsten Anteile von Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren in Mindestsicherung weisen die Stadtteile Kleiner Grasbrook, Veddel, Bergedorf-West, Dulsberg, Rothenburgsort, Hamburg-Altstadt, Jenfeld, Steilshoop, Harburg und Horn auf.

## 2.6.2 Ältere

Die Erwerbsbeteiligung Älterer ist im Zeitraum 2005 bis 2011 von 48,9 auf 58,1 Prozent gestiegen. Die Arbeitslosenquote hat sich seit 2008 leicht erhöht. Es ist außerdem zu vermuten, dass die Älteren auch einen signifikanten Anteil bei der Unterbeschäftigung haben, da sie auf dem Arbeitsmarkt noch immer als relativ schwer vermittelbar gelten und im Rahmen von vorruhestandsähnlichen Regelungen nicht mehr als arbeitslos im Sinne der Statistik zählen. Gleichzeitig nehmen Ältere signifikant seltener an betrieblicher Weiterbildung teil als andere Gruppen.

Hier müssen in den kommenden Jahren sowohl der Erhöhung der Erwerbstätigenquote, als auch in der Qualität der Beschäftigung und im lebenslangen Lernen im Sinne betrieblicher und außerbetrieblicher Weiterbildung weitere Fortschritte erzielt werden. Bereits 2010 hatte Hamburg den bundesweit höchsten Anteil von Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherungsleistungen im Alter an der altersspezifischen Bevölkerung: Der Wert lag mit 5,5 Prozent weit über dem Bundesdurchschnitt von 2,4 Prozent und auch deutlich über dem Wert für Berlin (4,8 Prozent). Zudem ist – anders als beispielsweise in Berlin und Deutschland insgesamt – in den vergangenen Jahren ein deutlicher Anstieg des Anteils zu verzeichnen (siehe Abbildung 2-64).

**Abbildung 2-64: Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter an der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012g, eigene Darstellung Rambøll Management Consulting

## 2.6.3 Migrantinnen und Migranten

Hamburg zeichnet sich durch den bundesweit höchsten Anteil von Migrantinnen und Migranten an der Bevölkerung aus. Ihr Anteil lag in Hamburg Ende des Jahres 2010 bei 29,6 Prozent und variierte nach Bezirken zwischen 23,5 Prozent in Eimsbüttel und 44,5 Prozent in Hamburg-Mitte.

Die strukturelle Integration von Personen mit Migrationshintergrund in den hamburgischen Arbeitsmarkt ist noch immer nicht auf dem Niveau der Gesamtbevölkerung angelangt. So betrug die Erwerbstätigenquote (bezogen auf die Gesamtbevölkerung) von Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2008 42,1 Prozent, die von Personen, die einen ausländischen Pass besitzen, war mit 44,4 Prozent etwas höher. Der Vergleichswert für die Gesamtbevölkerung lag bei 48,6 Prozent. Dieser Trend zeigt sich auch für den Vergleich mit den bundesdeutschen Werten. Auffällig ist jedoch im Vergleich Hamburgs mit den anderen Ländern, dass hier der Abstand zwischen der Erwerbstätigenquote aller Erwerbstätigen und den Personen mit Migrationshintergrund bzw. Ausländerinnen und Ausländern re-

lativ hoch ist. Hamburg hat, ähnlich Berlin, mit größeren Integrationsherausforderungen umzugehen als die Flächenstaaten.

Die strukturelle Integration in das Erwerbsleben kann im Weiteren auch über die Gründungsneigung von Personen mit Migrationshintergrund analysiert werden. Betrachtet man diese differenziert nach Herkunft der Gründerinnen und Gründer, so fällt auf, dass im Jahr 2006 21.300 Selbständige in Hamburg einen Migrationshintergrund besaßen, was einem ungefähren Anteil von 18 Prozent (Deutschland: 23,1 Prozent) entspricht. Wie bereits in Kapitel 2.3.1 erwähnt, neigen Migrantinnen und Migranten grundsätzlich viel häufiger als Einheimische zur Gründung eines eigenen Unternehmens. Die Unternehmen, die von Migrantinnen und Migranten gegründet werden, sind jedoch im Schnitt nicht weniger innovativ als die anderer Gründerinnen und Gründer und durchschnittlich sogar deutlich größer (Brixy et al. 2011: 6).

Im allgemeinen Bildungssystem erreichen Menschen mit Migrationshintergrund immer noch durchschnittlich schlechtere Abschlüsse als Menschen ohne Migrationshintergrund. In der Berufsausbildung liegt der Anteil der Ausländer an allen Auszubildenden inzwischen bei 7,2 Prozent und ist in den vergangenen 5 Jahren stetig gestiegen. Allerdings weisen ausländische Auszubildende mit 40,3 Prozent eine äußerst hohe Vertragslösungsquote auf. Es gibt Hinweise darauf, dass auch in den Hochschulen Bildungsausländer und Bildungsinländer weiterhin geringere Erfolgsaussichten haben als deutsche Studierende ohne Migrationshintergrund.

Personen mit Migrationshintergrund sind auch in Hamburg stärker von Armut gefährdet als deutsche Staatsbürger. Ihre Armutsgefährdungsquote ist fast dreimal so hoch wie die von Personen ohne Migrationshintergrund. Wie bereits bei der Betrachtung der allgemeinen Armutsgefährdungsquoten in Kapitel 2.5.2 angeführt wurde, können als Gründe hierfür der in Hamburg sowie auch bundesweit tendenziell schlechtere Zugang der Migrantinnen und Migranten zu höheren Bildungsabschlüssen und die Segregation auf dem Arbeitsmarkt genannt werden (Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2007: 33ff.).

#### 2.6.4 Menschen mit Behinderung

In Hamburg gab es im Jahr 2011 insgesamt 133.280 schwerbehinderte Menschen. Seit 2005 hat sich die Gesamtzahl nur leicht erhöht, auch die Frauen- und Männeranteile sind weitgehend stabil geblieben. Etwas über die Hälfte aller schwerbehinderten Menschen (71.609) sind über 65 Jahre alt, 5.217 unter 25 Jahre alt. 56.454 schwerbehinderte Menschen befinden sich im Alter zwischen 25 und 64 Jahren. Der Anteil der Schwerbehinderten, die in diese Altersgruppe fallen, hat sich seit 2005 am stärksten erhöht; gestiegen ist auch der Frauenanteil in der Gruppe der 25 bis 64-jährigen schwerbehinderten Menschen (siehe Tabelle 2-9).

**Tabelle 2-9: Anzahl Schwerbehinderter nach Alter und Geschlecht in Hamburg 2005 und 2011**

Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren	2005			2011		
	Gesamt	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich
0 bis 24	5.061	3.023	2.038	5.217	3.139	2.078
25 bis 64	55.627	28.482	27.145	56.454	27.987	28.467
65 und älter	72.294	31.002	41.292	71.609	31.774	39.835
<b>Gesamt</b>	<b>132.982</b>	<b>62.507</b>	<b>70.475</b>	<b>133.280</b>	<b>62.900</b>	<b>70.380</b>

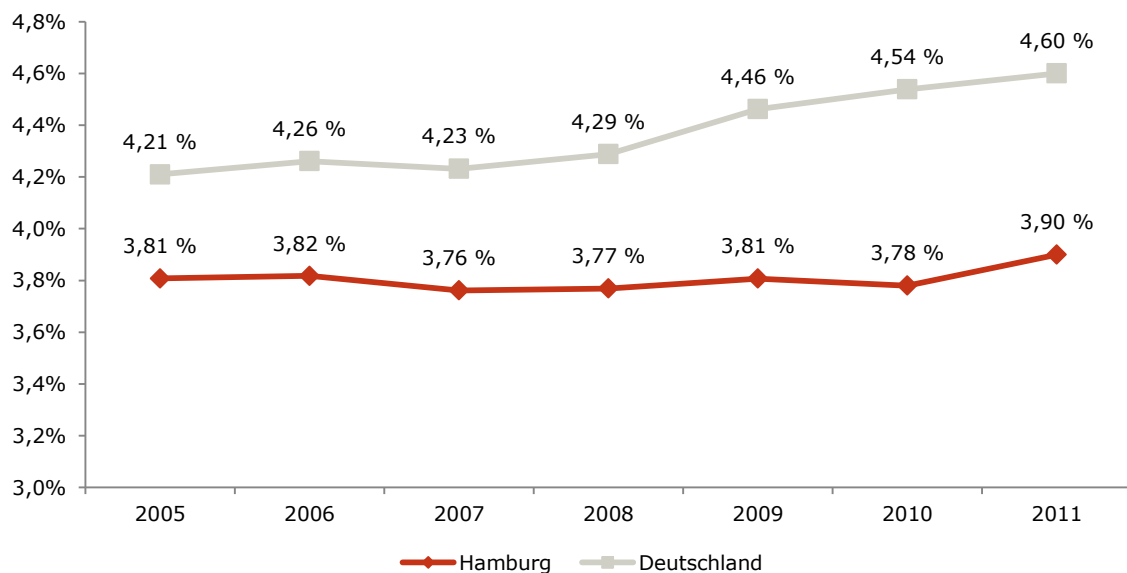
Anmerkungen: Als schwerbehindert gelten Personen mit einem Grad der Behinderung von 50 Prozent oder mehr im Sinne des Schwerbehindertengesetzes.

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (auf Anfrage), eigene Darstellung  
Ramböll Management Consulting.

Menschen mit Behinderungen weisen aufgrund der Anforderungen und Belastungen am Arbeitsplatz zumeist Schwierigkeiten bei der Integration in den Arbeitsmarkt auf. So ist es von Interesse, die Beschäftigungssituation der Betroffenen zu untersuchen, um Differenzen zwischen nichtbehinderten und körperlich oder seelisch beeinträchtigten Personen genauer zu analysieren.

Hierfür können zum einen Daten aus dem Anzeigeverfahren nach § 71 Abs. 1 SGB IX herangezogen werden. Demnach sind Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die jahresdurchschnittlich monatlich über mindestens 20 nach den gesetzlichen Definitionen zu zählende Arbeitsplätze verfügen, dazu verpflichtet, schwerbehinderte Menschen, ihnen gleichgestellte oder sonstige anrechnungsfähige Personen zu beschäftigen. Falls dem nicht nachgekommen wird, ist eine entsprechende Ausgleichsabgabe zu zahlen. Berechnet man den Anteil der tatsächlich mit schwerbehinderten, gleichgestellten oder sonstig anrechnungsfähigen Personen an allen zu zählenden Arbeitsplätzen, so zeigt sich, dass der Anteil der mit anrechnungsfähigen Personen besetzten anzeigepflichtigen Arbeitsplätze in Deutschland insgesamt zwischen 2005 und 2011 von 4,21 Prozent auf 4,60 Prozent gestiegen ist; in Hamburg ist dieser Anteil dagegen auf dem niedrigen Niveau von rund 3,9 Prozent verblieben (siehe Abbildung 2-65). Während die absolute Anzahl der besetzten Pflichtarbeitsplätze in Deutschland im Beobachtungszeitraum um 15 Prozent auf rund 960.000 zugelegt hat, beträgt der Zuwachs in Hamburg 14,7 Prozent – von 23.327 auf 26.756 mit anrechnungsfähigen Personen besetzte Arbeitsplätze (Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2013, eigene Berechnungen).

**Abbildung 2-65: Anteil der mit schwerbehinderten, gleichgestellten oder sonstig anrechnungsfähigen Personen besetzten Arbeitsplätze an allen zu zählenden Arbeitsplätzen nach §§ 71ff. SGB IX**



Quelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2013, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

Auf der anderen Seite beträgt der Anteil Schwerbehinderter an den Arbeitslosen in Hamburg immerhin 5 Prozent. Dieser Wert ist zwar niedriger als der bundesweite Wert von 6,1 Prozent. Hinter diesem Prozentwert verbergen sich jedoch in Hamburg insgesamt 3.512 Personen. Die Anzahl ist damit etwas höher als im Jahr 2008, als 3.487 schwerbehinderte Arbeitslose gezählt wurden.

**Tabelle 2-10: Anteil Schwerbehinderter an den Arbeitslosen in Hamburg und Deutschland 2008 bis 2012**

	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Hamburg</b>	4,8%	4,2%	4,1%	5,0%	5,0%
<b>Deutschland</b>	5,0%	4,9%	5,4%	6,1%	6,1%

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2010b, 2012f und 2013a eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

## 2.6.5 Strafgefangene

In Hamburg waren im März 2011 insgesamt 1.389 Personen im Justizvollzug inhaftiert. Damit hat sich die Anzahl der Häftlinge vom März 2005 um mehr als ein Viertel verringert. Im Jahr 2005 waren 86,8 Prozent aller Gefangenen und Verwahrten 25 Jahre und älter, im Jahr 2011 86,4 Prozent. Die Mehrheit der Inhaftierten (2005: 95 Prozent; 2011: 94,6 Prozent) ist männlichen Geschlechts. Auffällig ist, dass im Alter von 14 bis 21 weder im Jahr 2005 noch im Jahr 2011 weibliche Jugendliche zu den Gefangenen und Verwahrten zu zählen waren. Von der Gesamtzahl der Personen, die eine Freiheitsstrafe verbüßen, gehörten im Jahr 2005 10,1 Prozent und 2011 10,4 Prozent der Gruppe der 21- bis 25-Jährigen an. Damit stellt dieser Personenkreis unter den hier betrachteten Gruppen den größten Anteil an Strafgefangenen dar (siehe Tabelle 2-11).

**Tabelle 2-11: Anzahl der Gefangenen und Verwahrten in Hamburg 2005 und 2011 nach Alter und Geschlecht**

	Jahr	Insgesamt	darunter		
			weiblich	Freiheitsstrafe <sup>2</sup>	Jugendstrafe <sup>3</sup>
<b>Gefangene und Verwahrte<sup>1</sup></b>	2011	1.389	75	1.287	81
	2005	2.042	109	1.930	96
<b>Jugendliche im Alter von 14 bis unter 18 Jahren</b>	2011	5	-	-	5
	2005	10	-	-	10
<b>Heranwachsende im Alter von 18 bis unter 21 Jahren</b>	2011	39	-	2	37
	2005	53	-	6	47
<b>Erwachsene im Alter von 21 bis unter 25 Jahren</b>	2011	145	7	106	39
	2005	206	8	167	39

Anmerkungen:

<sup>1</sup> Die Zahlen der Gefangenen und Verwahrten umfassen auch Personen im Alter von 25 und mehr Jahren mit einer Freiheits- oder Jugendstrafe.

<sup>2</sup> Einschließlich Jugendstrafe im Strafvollzug für Erwachsene.

<sup>3</sup> Einschließlich Freiheitsstrafe, die nach § 114 JGG in der Jugendstrafanstalt vollzogen wird.

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2007,2012b und 2013, eigene Berechnungen und Darstellung Ramböll Management Consulting.

Die Anzahl der Personen, die im Jahr 2005 in Hamburg eine Freiheitsstrafe nach dem Strafgesetzbuch verbüßen, betrug 1.930 und sank bis 2011 auf 1.287 Personen. Damit ist der Rückgang der Gesamtanzahl der Gefangenen und Verwahrten zu einem großen Teil auf eine abnehmende Anzahl an Freiheitsstrafen zurückzuführen. Im Gegensatz zur Jugendstrafe, welche auf alle strafmündigen Jugendlichen ab 14 Jahren angewendet werden kann, findet das Strafgesetzbuch erst ab einem Alter von mindestens 18 Jahren Anwendung. Wird ein Delikt im Alter von 18 bis unter 25 Jahren begangen, ist im Einzelfall über die Anwendung des Jugendgerichtsgesetzes bzw. des Strafgesetzbuches zu entscheiden. Somit ist zu erklären, warum an dieser Stelle hinsichtlich der Freiheitsstrafe keine Fälle bei den 14 bis 21-Jährigen aufzuführen sind.

Ein Freiheitsentzug nach dem Jugendgerichtsgesetz, also eine Jugendstrafe wurde im Jahr 2011 in 81 Fällen verbüßt. Hiervon sind mit einem Anteil von 6,2 Prozent Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren betroffen. Mit 45,7 bzw. 48,1 Prozent obliegt Personen aus den Gruppen der jungen Erwachsenen von 18 bis 21 bzw. von 21 bis 25 Jahren eine Jugendstrafe. Verglichen mit den Werten aus 2005 lässt sich feststellen, dass die Gesamtanzahl der erteilten Jugendstrafen im Jahr 2011 etwas niedriger ist.

Eine große Herausforderung stellt die nachhaltige Resozialisierung Haftentlassener dar. Die Rückfallquote ist in hohem Maße Alters- und Geschlechtsabhängig. Sie sinkt kontinuierlich mit dem Alter. Einzige Ausnahme bildet hier die Gruppe der 50-59jährigen, in der sich noch einmal ein Anstieg der Rückfälligkeit nach Freiheitsstrafe ohne Bewährung findet. Die Rückfallquote von Frauen liegt sehr deutlich unter denen der Männer. Dagegen unterscheiden sich die Rückfallquoten von Deutschen und

Nichtdeutschen nur marginal. Bei letzteren liegt sie etwas niedriger (Jehle u. a. 2003: u. a. 39, 45, 47, 49).

Insbesondere wurde mehrfach festgestellt, dass Haftentlassene mit qualifizierendem Berufsabschluss, die nach der Entlassung einer ausbildungsadäquaten Beschäftigung nachgehen, zu etwa 30 Prozent rückfällig werden, während die Rückfallquote bei erwerbstätigen Haftentlassenen ohne berufliche Qualifizierung 50 Prozent und bei arbeitslosen Haftentlassenen sogar 80 bzw. 90 Prozent beträgt (getrennte Betrachtung von Haftentlassenen mit bzw. ohne berufsqualifizierenden Abschluss) (Wirth 2007: 16, 2009: 77f.)

In einer Studie zur Resozialisierung von Haftentlassenen in Deutschland hatte eine Mehrheit der Häftlinge bei Inhaftierung jedoch keinen berufsqualifizierenden Abschluss und nur ein geringer Teil aller Häftlinge verfügte über konkrete Aussicht auf spätere Erwerbsarbeit. Hinzu kommt, dass auch vor der Inhaftierung über 80 Prozent der Straffälligen keiner geregelten Erwerbsarbeit nachgingen, sondern von staatlichen Transferleistungen (i.d.R. ALG II) lebten (Matt 2008).

Üblicherweise sind bei Haftentlassenen auf dem Arbeitsmarkt jedoch noch weitere starke Vermittlungshemmnisse zu konstatieren. Die wichtigsten Problemfelder der Nachsorge für Haftentlassene stellen beschäftigungs- oder berufsbezogene Defizite und Orientierungsprobleme noch vor gesundheitlichen (physischen wie psychischen), behördlichen oder familiären Herausforderungen dar (Wirth 2006: 147). Dazu kommen Schulden- und Suchtprobleme, ebenso wie eine ungeklärte Wohnsituation nach Haftentlassung (Oschmiansky 2012: 24f.).



## 2.7 Quantifizierte Ziele des NRP - Überblick

In Tabelle 2-12 sind die Indikatoren und die quantifizierten Ziele der Europa 2020-Strategie und des Nationalen Reformprogramms 2012 zusammen mit dem jeweiligen Stand der Zielerreichung in Deutschland und der Freien und Hansestadt Hamburg im Jahr 2011 dargestellt.

**Tabelle 2-12: Benchmarks der Europa 2020-Strategie für Deutschland**

Be-reich	Indikator	Europa 2020-Ziel	Ziel des Nationalen Reformprogramms 2012	Deutsch-land 2012	Hamburg 2012
Be-schäf-tigung	(20-64)	75 Prozent	77 Prozent	76,7 Prozent	76,7 Prozent
	Erwerbstätigenquote Frauen (20-64)	-	73 Prozent	71,5 Prozent	72,6 Prozent
	Erwerbstätigenquote Älterer (55-64)	-	60 Prozent	61,5 Prozent	59,7 Prozent
Bildung und lebenslanges Lernen	Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne einen Abschluss der Sekundarstufe II, die sich zudem nicht in (Aus-)Bildung befinden und in den letzten vier Wochen auch nicht an non-formalen Bildungsveranstaltungen teilgenommen haben an der Bevölkerung im Alter von 18 bis 24 Jahren	10 Prozent	Unter 10 Prozent	11,6 Prozent*	13,2 Prozent*
	Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit tertiärem oder vergleichbarem Abschluss (ISCED 5A/B und 6)	40 Prozent	42 Prozent <sup>29</sup>	32,0 Prozent <sup>30</sup>	38,3 Prozent <sup>31</sup>
Armut-sge-fähr-dung	Reduzierung der Anzahl der armutsgefährdeten Personen	Reduzierung um 20 Millionen Menschen	Reduzierung der Anzahl der langzeitarbeitslosen Personen (> 1 Jahr arbeitslos) um 20 Prozent (gemessen am Jahresdurchschnitt 2008)	-4,5 Prozent	-10,6 Prozent
			Reduzierung der Anzahl der Langzeitbezieherinnen und -bezieher (> 2 Jahre) von ALG II um 20 Prozent (gemessen am Jahresdurchschnitt 2009 <sup>32</sup> )	+4,8 Prozent	+0,4 Prozent
			Reduzierung der Armutsgefährdungsquote (gemessen am Jahresdurchschnitt 2008)	+5,5 Prozent	+12,9 Prozent

Anmerkungen:

Ergänzende Indikatoren zur Bewertung der Armutsentwicklung, die nicht im Nationalen Reformprogramm, wurden in *kursiver Schrift* geschrieben.

„+“ steht für eine Zunahme, „-“ für eine Reduzierung, „\*“ für einen Wert aus dem Jahre 2011, für welchen keine aktuelle Datenbasis vorhanden ist.

Quelle: Eurostat 2013a, 2013b, Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012d, 2012e, 2013 Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2010a, 2010b, 2011b, 2012e, 2012f, 2013a, 2013c, eigene Berechnungen und Darstellung Rambøll Management Consulting.

<sup>29</sup> Deutschland schließt hier auch alle Personen mit Bildungsabschlüssen auf dem Niveau ISCED 4 mit ein.

<sup>30</sup> Nur ISCED 5 oder 6.

<sup>31</sup> Nur ISCED 5 oder 6.

<sup>32</sup> Statistische Angaben erst am 2009 verfügbar.

Im Bereich **Beschäftigung** konnten sowohl die Freie und Hansestadt Hamburg als auch die Bundesrepublik Deutschland insgesamt bereits im Jahr 2012 das Europa 2020-Ziel einer allgemeinen Erwerbstätigenquote (20- bis 64-Jährige) von 75 Prozent übertreffen. Hinter dem Ziel des Nationalen Reformprogramms 2012 von 77 Prozent liegen sowohl die Bundesrepublik als auch die Freie und Hansestadt Hamburg 0,3 Prozentpunkte zurück. Von dem im Nationalen Reformprogramm genannten Ziel, die Erwerbstätigenquote von Frauen bis 2020 auf 73 Prozent zu erhöhen, liegt die Freie und Hansestadt Hamburg noch 0,4 Prozentpunkte entfernt, die Bundesrepublik insgesamt jedoch 1,5 Prozentpunkte. Schließlich wurde im Nationalen Reformprogramm ein Zielwert für die Erwerbstätigenquote von Männern und Frauen im Alter von 55 bis 64 Jahren in Höhe von 60 Prozent festgelegt. Dieser Wert wird in Deutschland mit 61,5 Prozent übertroffen, Hamburg liegt mit 59,7 Prozent noch knapp hinter diesem.

Im Bereich **Bildung und lebenslanges Lernen** soll zum einen der Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne einen Abschluss der Sekundarstufe II, die sich zudem nicht in (Aus-) Bildung befinden und in den letzten vier Wochen auch nicht an non-formalen Bildungsveranstaltungen teilgenommen haben an der Bevölkerung im Alter von 18 bis 24 Jahren auf 10 Prozent gesenkt werden. Das Nationale Reformprogramm spricht von unter 10 Prozent. Von diesem Zielwert lag die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2011 noch 1,6 Prozentpunkte, die Freie und Hansestadt Hamburg noch 3,2 Prozentpunkte entfernt. Zum anderen soll der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einem tertiären oder vergleichbaren Abschluss (ISCED 5A/B und 6) auf über 40 Prozent angehoben werden. Im Nationalen Reformprogramm 2012 wurde für Deutschland als Zielwert ein Anteil von 42 Prozent angepeilt. Allerdings sind aufgrund der Besonderheiten des deutschen Bildungssystems hier ausdrücklich Personen mit einem Abschluss der Bildungsstufe ISCED 4 mit einbezogen. Hierfür liegen bei Eurostat allerdings keine Daten vor, da der europaweite Indikator die Anteile mit ISCED-5- oder -6-Abschlüssen dokumentiert. Hier lag Deutschland im Jahr 2012 bei 32 Prozent, die Freie und Hansestadt Hamburg bei 38,3 Prozent.

Bei der **Armutsbekämpfung** liegt das Europa 2020-Ziel schließlich bei einer Reduzierung der Anzahl armutsgefährdeter Personen um 20 Millionen. Deutschland hat dieses Ziel im Nationalen Reformprogramm mit einer Reduzierung der Anzahl der Langzeitarbeitslosen (länger als ein Jahr arbeitslos) um 20 Prozent oder 330.000 Personen im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2008 konkretisiert. Bis zum Jahr 2012 konnte Deutschland mit einer Reduzierung der Anzahl der Langzeitarbeitslosen um 4,5 Prozent erste Schritte zur Zielerreichung machen. Hamburg hat hier mit 10,6 Prozent bisher größere Erfolge vorzuweisen. Verwendet man andere Indikatoren, wie die Zahl der Langzeitbezieherinnen und -bezieher von ALG II-Leistungen (>2 Jahre) oder die Armutsgefährdungsquote (am Bundesmedian), so zeigen sich deutlich andere Entwicklungen. So stieg in Deutschland die Zahl der Langzeitbezieherinnen und -bezieher von ALG II-Leistungen zwischen 2008 und 2012 um 4,8 Prozent, in der Freien und Hansestadt Hamburg um 0,4 Prozent. Betrachtet man daneben die Armutsgefährdungsquote, also den Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung, so ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Die Armutsgefährdungsquote stieg in Deutschland seit 2008 um 5,5 Prozent, in der Freien und Hansestadt Hamburg dagegen um 12,9 Prozent. Unter dem Strich ist somit die Anzahl der Langzeitarbeitslosen und Arbeitslosengeld II-Empfängerinnen und -Empfänger zwar rückläufig; gleichzeitig scheinen die unteren Einkommensgruppen sehr geringe Einkommen zu erwirtschaften, die oft weit unter dem Medianeinkommen liegen.

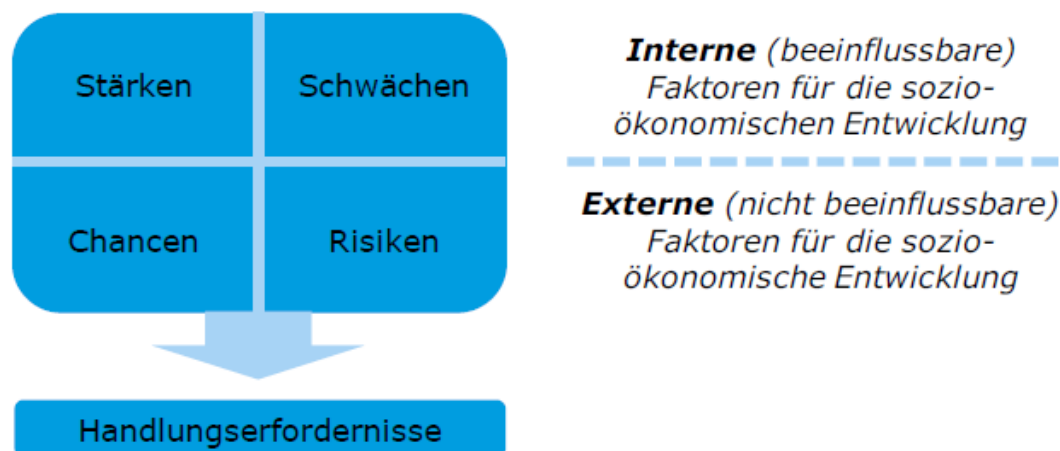
Deutlich wird aus dieser zusammenfassenden Betrachtung, dass besonders im Bereich der Bildung und der Armutsbekämpfung auf dem Weg zur Erreichung der Europa 2020-Ziele noch große Herausforderungen bestehen. Aus der sozio-ökonomischen Analyse wurde zudem deutlich, dass die Herausforderungen im Bereich der Beschäftigung nicht primär in der Erhöhung der Erwerbstätigenquoten liegen, sondern in der Erhöhung der Qualität der Beschäftigungsverhältnisse, in der Verbesserung der Eingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt sowie in der Förderung der Chancengleichheit und der Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren.

### 3. ANALYSE DER STÄRKEN UND SCHWÄCHEN DER FREIEN UND HANSESTADT UND ABLEITUNG DER HANDLUNGSERFORDERNISSE

Ausgehend von den Ergebnissen der sozio-ökonomischen Analyse wird in einem zweiten Schritt eine SWOT-Analyse durchgeführt, um Förderbedarfe und Handlungserfordernisse für die neue Förderperiode 2014-2020 zu identifizieren. Die SWOT-Analyse verdichtet die Befunde aus den im Kapitel 2 vorgestellten Analysefeldern und macht die generellen Handlungserfordernisse sichtbar. Hiervon werden die spezifischen Handlungserfordernisse für den ESF abgeleitet.

Den Aufbau und das Vorgehen der SWOT-Analyse illustriert die folgende Abbildung 3-1. Stärken und Schwächen sind Ergebnisse der sozio-ökonomischen Analysen, die innerhalb der nächsten Förderperiode beeinflussbar erscheinen. Chancen und Risiken in der weiteren Entwicklung Hamburgs sind zu berücksichtigen, jedoch als Randbedingungen der sozio-ökonomischen Entwicklung in der kommenden Förderperiode voraussichtlich nicht beeinflussbar.

Abbildung 3-1: Aufbau und Vorgehen SWOT-Analyse



Eigene Darstellung Rambøll Management Consulting.

Die SWOT-Analyse und die daraus abzuleitenden Handlungserfordernisse sind wiederum entlang der drei thematischen Bereiche „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“, „Bildung und Lebenslanges Lernen“ sowie „Armut und Armutsbekämpfung“ gegliedert. Aus diesen Kapiteln leiten sich die hier aufgezeigten Stärken und Schwächen her. Chancen und Risiken lassen sich insbesondere aus den Kapiteln „Gebiet und Bevölkerung“ sowie „Wirtschaftsleistung und -struktur“ ableiten.

#### 3.1 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Erholung der letzten Jahre war geprägt von guten Wachstumsraten und steigender Erwerbsbeteiligung. Eine für die Metropolregion charakteristische Gründungsdynamik und hohe Dienstleistungsorientierung stehen sozialstrukturelle und geschlechtsspezifische Ungleichheiten sowie Beschäftigungsrückgänge im industriellen Sektor gegenüber. Dieser Gegebenheiten nimmt sich die nun folgende SWOT-Analyse an.

**Tabelle 3-1: SWOT-Analyse und Ableitung der Handlungserfordernisse im Bereich „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“**

Stärken (+)	Schwächen (-)
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Hohes Niveau und Anstieg der Erwerbstätigenquote in allen Gruppen</li> <li>- Hoher und steigender Anteil Erwerbstätiger mit Fachschul-, Fachhochschul- und Hochschulausbildung</li> <li>- Stark rückläufige Arbeitslosenquote bei Jugendlichen</li> <li>- Bundesweit zweithöchste Gründerquote</li> <li>- Im Bundesvergleich geringer Frauenanteil an den Teilzeitbeschäftigten</li> <li>- Im Bundesvergleich hoher Frauenanteil in Führungspositionen</li> <li>- Im westdeutschen Vergleich sehr hohe U3-Betreuungsquote</li> <li>- Starker Anstieg der Erwerbsbeteiligung Älterer</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Der Anstieg bei der Erwerbsbeteiligung geht überdurchschnittlich auf Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung zurück</li> <li>- Unterdurchschnittliche Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund</li> <li>- Im Bundesvergleich hohe Leiharbeitsquote</li> <li>- Sinkender, aber immer noch hoher Anteil Erwerbstätiger ohne abgeschlossene Berufsausbildung</li> <li>- Rückläufige, aber im Bundesvergleich höhere Arbeitslosenquote</li> <li>- Relativ hohe SGB II-Empfängerquote</li> <li>- Im Bundesvergleich hohe Jugendarbeitslosigkeit</li> <li>- Hohe Armutsgefährdung bei jungen Menschen</li> <li>- Relativ hohe Vertragslösungsquote bei Ausbildungsverträgen</li> <li>- Relativ geringe Ausbildungsbereitschaft der Betriebe</li> <li>- Relativ niedriger Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an den Selbständigen</li> <li>- Über drei Viertel der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen</li> <li>- Hoher Frauenanteil an geringfügiger Beschäftigung</li> <li>- Lohnspreizung zwischen Frauen und Männern (Gender-Pay-Gap) von 18 Prozent</li> <li>- Frauenanteil in Führungspositionen noch immer unter 40 Prozent</li> <li>- Im Vergleich zu ostdeutschen Bundesländern sehr niedrige U3-Betreuungsquote</li> <li>- Hoher Anteil Alleinerziehender an Familien mit Kindern</li> <li>- Kaum Veränderungen bei der Arbeitslosenquote Älterer</li> <li>- Geringe Beteiligung Älterer an beruflicher Weiterbildung</li> <li>- Im Bundesvergleich hoher Anteil von Bezieherinnen und Beziehern von Grundsicherung im Alter</li> </ul>

Chancen (+)	Risiken (-)
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Attraktivität der Metropolregion für junge und gut qualifizierte Zuwanderinnen und Zuwanderer (Binnen- und Außenmigration)</li> <li>- Kurzfristig keine Überalterung der Erwerbsbevölkerung</li> <li>- Hoher Anteil von Personen mit Migrationshintergrund</li> <li>- Vergleichsweise geringe Anfälligkeit für Konjunkturschwankungen</li> <li>- Hoher Anteil von Beschäftigten in Großunternehmen, relativ geringer Anteil in Klein- und Kleinstunternehmen</li> <li>- Dienstleistungsmetropole mit relativ geringer Bedeutung des industriellen Sektors</li> <li>- Hafenstadt mit hoher internationaler Verflechtung</li> <li>- Räumliche Nähe zu wachstumsdynamischen Regionen in der Ostseeregion</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wirksamwerden des demografischen Wandels ab 2030</li> <li>- Hoher Anteil Alleinerziehender</li> <li>- Fachkräftebedarf insbesondere in naturwissenschaftlich-technischen Berufen</li> <li>- Rationalisierung und Beschäftigungsrückgang im industriellen Sektor und damit verbundene Abnahme des Angebots von Arbeitsplätzen für Gering- und Unqualifizierte</li> </ul>
Handlungserfordernisse:	
<ul style="list-style-type: none"> <li>➔ Stärkere Nutzung des Erwerbspotenzials von Menschen mit Migrationshintergrund</li> <li>➔ Förderung der Erwerbstätigkeit alleinerziehender Mütter und Väter</li> <li>➔ Verringerung des Gender-Pay-Gaps</li> <li>➔ Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen</li> <li>➔ Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten Älterer und Förderung alters- und altersgerechter Arbeit, u.a. mit Hilfe von personalpolitischen Maßnahmen, betrieblicher Gesundheitsförderung sowie Qualifizierung und Weiterbildung</li> <li>➔ Gezielte Nutzung und Ausbau des Dienstleistungssektors für den Bedarf des demografischen Wandels (z.B. Pflege und Gesundheit, aber auch Erziehung)</li> <li>➔ Verbesserung der Qualität der Beschäftigungsverhältnisse (z.B. bei atypischen Beschäftigungsverhältnissen)</li> <li>➔ Unterstützung insbesondere benachteiligter und geringqualifizierter Jugendlicher beim Übergang in den Beruf</li> <li>➔ Integration von Arbeitslosen und Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt</li> </ul>	

### 3.2 Bildung und lebenslanges Lernen

Das Bildungssystem in der Freien und Hansestadt Hamburg ist insgesamt von einer hohen Dynamik geprägt. Insbesondere das überdurchschnittlich frequentierte Übergangssystem, die sinkenden Schulabbrecherquoten sowie die starke Bildungsmigration und -segregation stellen den Rahmen für die SWOT-Analyse.

**Tabelle 3-2: SWOT-Analyse und Ableitung der Handlungserfordernisse im Bereich „Bildung und lebenslanges Lernen“**

Stärken (+)	Schwächen (-)
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Relativ hohe U3-Betreuungsquote</li> <li>- Rückläufiger Anteil früher Schulabgängerinnen und Schulabgänger, insbesondere Schulabgängerinnen</li> <li>- Hoher Anteil von Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit allgemeiner oder Fachhochschulreife</li> <li>- Starke Zuwanderung hochqualifizierter Auszubildender aus anderen Bundesländern</li> <li>- Geringe, aber steigende Ausländeranteile an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen</li> <li>- Jährlich steigende Studierendenzahlen</li> <li>- Hohe Weiterbildungsbeteiligung hochqualifizierter Angestellter</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Niedrige Betreuungsquote von Kindern zwischen 3 und unter 6 Jahren, insbesondere bei Kindern mit Migrationshintergrund</li> <li>- Kompetenzrückstände von Hamburger Schülerinnen und Schülern zum Bundesdurchschnitt bereits in der Grundschule</li> <li>- Deutliche Unterschiede in Niveau und Entwicklung des Schulerfolgs: Weibliche Jugendliche sind im Bildungssystem im Durchschnitt erfolgreicher</li> <li>- Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund erreichen im Durchschnitt schlechtere Ergebnisse als solche ohne Migrationshintergrund</li> <li>- Nur ein Teil der jährlich ca. 5.000 Jugendlichen im Übergangssystem erwirbt dort anrechenbare Module oder Abschlüsse</li> <li>- Männliche Jugendliche landen überdurchschnittlich häufig im Übergangssystem</li> <li>- Noch immer starke Selbstselektion in geschlechertypische Berufe</li> <li>- Unterdurchschnittliche Ausbildungsbeteiligung der Hamburger Betriebe über alle Betriebsgrößen hinweg</li> <li>- Hohe Anzahl nicht vermittelter Ausbildungsbewerberinnen und -bewerber</li> <li>- Hohe Vertragslösungsquote bei Hamburger Auszubildenden, insbesondere bei Ausländerinnen und Ausländern und im Bereich Handwerk. Relativ geringer Anteil Studierender in den MINT-Fächern</li> <li>- Geringer Frauenanteil an allen Absolventinnen und Absolventen in den MINT-Fächern</li> <li>- Bundesweit niedrigste Erfolgsquoten bei Studienabschlüssen, insbesondere in den MINT-Fächern</li> <li>- Hoher Anteil funktionaler Analphabetinnen und Analphabeten in der deutschen Bevölkerung bei besonderer Betroffenheit Älterer</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Im Bundesvergleich überdurchschnittliche, aber verglichen mit mittleren und großen Betrieben äußerst geringe Weiterbildungsbeteiligung von Klein- und Kleinstbetrieben</li> <li>- Geringe Weiterbildungsbeteiligung geringqualifizierter Beschäftigter</li> <li>- Fehlende betriebliche Weiterbildung v.a. aufgrund nicht wahrgenommener Notwendigkeit oder fehlender zeitlicher Ressourcen</li> <li>- Geringe Weiterbildungsbeteiligung Älterer</li> </ul>
<b>Chancen (+)</b>	<b>Risiken (-)</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Großstadt mit vielen Möglichkeiten für Aktivitäten des lebenslangen Lernens</li> <li>- Hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg</li> <li>- Hoher Anteil Beschäftigter arbeitet in großen Betrieben</li> <li>- Hohe durchschnittliche Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen</li> <li>- Hohe Nachfrage nach höherqualifizierten Arbeitskräften aufgrund des Strukturwandels</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Hoher Anteil von Personen mit Migrationshintergrund</li> <li>- Schlechtere Ausbildungschancen für benachteiligte Jugendliche aufgrund der starken Zuwanderung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern</li> <li>- Hohe Armutsgefährdungsquote, insbesondere bei Jugendlichen, Menschen mit Migrationshintergrund, Kindern von alleinerziehenden Eltern und Jugendlichen aus kinderreichen Familien</li> <li>- 97 Prozent der Betriebe sind Klein- oder Kleinstbetriebe</li> </ul>
<b>Handlungserfordernisse:</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>➔ Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Familien in der frühkindlichen Bildung, Vorschule, Primar- und Sekundarstufe I</li> <li>➔ Verbesserung der Chancengleichheit bei der Partizipation an Bildung in allen Stufen des allgemeinbildenden Schulsystems</li> <li>➔ Unterstützung sozial Benachteiligter Jugendlicher sowie Jugendlicher mit Migrationshintergrund bei der Erreichung eines allgemeinen Schulabschlusses</li> <li>➔ Förderung sozial benachteiligter Jugendlicher sowie Jugendlicher mit Migrationshintergrund mit dem Ziel der Erreichung eines Ausbildungs- oder höheren Schulabschlusses</li> <li>➔ Sicherstellung der Anrechenbarkeit von Qualifikationen im Übergangssystem</li> <li>➔ Sicherstellung von Anschlussperspektiven für Jugendliche im Übergangssystem</li> <li>➔ Sicherstellung, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz angeboten bekommen</li> <li>➔ Unterstützung von Jugendlichen beim Abschluss einer begonnenen Ausbildung und Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen</li> <li>➔ Entwicklung innovativer Unterstützungsformen für abbruchgefährdete männliche Jugendliche im allgemeinen und beruflichen Bildungssystem</li> <li>➔ Erhöhung des Studierendenanteils in MINT-Fächern, z.B. durch Wecken des Interesses an Berufen im MINT-Bereich</li> <li>➔ Erhöhung des Frauenanteils unter den Studierenden in MINT-Fächern</li> <li>➔ Erhöhung der Erfolgsquoten von Studierenden, insbesondere in MINT-Fächern</li> <li>➔ Bekämpfung des funktionalen Analphabetismus, insbesondere bei Älteren</li> <li>➔ Nachhaltige Erhöhung der Beteiligung an lebenslangem Lernen in allen Altersstufen – Etablierung</li> </ul>	

eines Lernklimas

- ➔ Förderung der beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten in Klein- und Kleinstbetrieben
- ➔ Förderung der beruflichen Weiterbildung von gering qualifizierten Beschäftigten
- ➔ Aufklärung von Betrieben und Beschäftigten über die Notwendigkeit von und Möglichkeiten für berufliche Weiterbildung, insb. für geringqualifizierte und ältere Beschäftigte



### 3.3 Armut und Armutsgefährdung

Die SWOT-Analyse zur Entwicklung von Armut und Armutsgefährdung in der Freien und Hansestadt Hamburg nimmt sowohl die Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit als auch die wesentlichen Strukturmerkmale in den Blick, von welchen die Armutsgefährdungsquote abhängt. Darüber hinaus sind stadtteilspezifische Ungleichheiten von. Die unterschiedlichen, teils sich widerstrebenden Trends in der Freien und Hansestadt Hamburg werden nachfolgend analysiert.

**Tabelle 3-3: SWOT-Analyse und Ableitung der Handlungserfordernisse im Bereich „Armut und Armutsgefährdung“**

Stärken (+)	Schwächen (-)
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Überdurchschnittlich starker Rückgang der Zahl der Langzeitarbeitslosen</li> <li>- Kaum Geschlechterunterschiede in SGB II-Empfängerquote und Armutsgefährdungsquote</li> <li>- Relativ geringe Armutsgefährdungsquoten bei Menschen ohne Migrationshintergrund</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kein nachhaltiger Rückgang der Armutsgefährdungsquote</li> <li>- Leichter Anstieg der Zahl der Langzeitbezieherinnen und -bezieher von ALG II.</li> <li>- Insgesamt relativ hohe SGB II-Empfängerquote sowie hohe Armutsgefährdungsquote</li> <li>- Hohe Armutsgefährdungsquoten bei Jugendlichen, Ausländerinnen und Ausländer, Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehenden und Familien mit vielen Kindern</li> <li>- Hohe SGB II-Empfängerquoten, insbesondere bei Jugendlichen und Ausländerinnen und Ausländern</li> <li>- Im Bundesvergleich hoher Anteil von Bezieherinnen und Beziehern der Grundsicherung im Alter</li> <li>- Niedriger und stagnierender Anteil an Arbeitsplätzen, die mit Menschen mit Behinderung besetzt sind</li> </ul>
Chancen (+)	Risiken (-)
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mittel- bis langfristig: Fachkräftemangel in einzelnen Branchen</li> <li>- Fachkräftebedarf im wachsenden Dienstleistungssektor</li> <li>- Fachkräftepotenzial bei Straffälligen und Haftentlassenen</li> <li>- Über 55.000 schwerbehinderte Menschen im erwerbsfähigen Alter</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kurzfristig keine positiven Beschäftigungseffekte durch demografischen Wandel zu erwarten</li> <li>- Schlechtere Ausbildungschancen für benachteiligte Jugendliche aufgrund der starken Zuwanderung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern</li> <li>- Beschäftigungsrückgang im industriellen Sektor und damit Abnahme des Arbeitsplatzangebots für Geringqualifizierte</li> <li>- Zunahme von Altersarmut aufgrund des demografischen Wandels und der hohen Anzahl von Langzeitbezieherinnen und -beziehern von SGB II-Leistungen</li> <li>- Stadtteile mit ungünstiger sozialer Dynamik</li> <li>- Hohe soziale Integrationsherausforderungen (insb. auch bei Personen mit Migrationshintergrund) in einigen Bezirken und Stadtteilen</li> </ul>

<b>Handlungserfordernisse:</b>	
<ul style="list-style-type: none"><li>➔ Aktive Gestaltung der sozialen Integrationsherausforderungen (insb. auch von Personen mit Migrationshintergrund) in den Stadtteilen, insbesondere in Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit bzw. ungünstiger sozialer Dynamik</li><li>➔ Entwicklung und Erprobung innovativer Ansätze zur nachhaltigen Integration in den Arbeitsmarkt besonders benachteiligter Personen (Jugendlicher aus benachteiligten Familien, Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern, Älteren)</li><li>➔ Verstärkte Anstrengungen zur Qualifizierung Gering- und Unqualifizierter für (Hilfs-)Tätigkeiten v.a. in den Wachstumsbereichen im Dienstleistungssektor</li><li>➔ Erhöhte Anstrengungen zur nachhaltigen Integration Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt</li><li>➔ Erleichterung der Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt</li><li>➔ Erleichterung der Integration von Haftentlassenen in den Arbeitsmarkt</li></ul>	

## LITERATUR UND DATENQUELLEN

### Datenquellen für Sekundärstatistiken

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2012): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 2011 Reihe 1, Band 1.

Eurostat (2012): Regionale Statistiken – Haupttabellen. Regionale Bildungsstatistiken.

Eurostat (2013a): Regionale Statistiken – Haupttabellen. Regionale Arbeitsmarktstatistiken.

Eurostat (2013b): Regionale Statistiken – Haupttabellen. Regionale Bildungsstatistiken.

Gesundheitsberichterstattung des Bundes (2012): Mit schwerbehinderten Menschen besetzte/unbesetzte Arbeitsplätze bei Arbeitgebern, die zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen verpflichtet sind.

Gesundheitsberichterstattung des Bundes (2013): Mit schwerbehinderten Menschen besetzte/unbesetzte Arbeitsplätze bei Arbeitgebern, die zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen verpflichtet sind.

Institut für Mittelstandsforschung Bonn (2011): SV-Beschäftigte in Betrieben nach Bundesländern und Beschäftigtengrößenklassen laut Bundesagentur für Arbeit.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2006): Statistik der Grundsicherung für Arbeit nach dem SGB II, Übersichtstabelle SGB II für Bund und Länder, Berichtsmonat Dezember 2005.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2007): Statistik der Grundsicherung für Arbeit nach dem SGB II, Übersichtstabelle SGB II für Bund und Länder, Berichtsmonat Dezember 2006.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008a): Arbeitsmarkt in Zahlen. Beschäftigte Ende Dezember 2007 in Hamburg.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008b): Statistik der Grundsicherung für Arbeit nach dem SGB II, Übersichtstabelle SGB II für Bund und Länder, Berichtsmonat Dezember 2007.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2009a): Ausbildungsstellenmarkt. Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September – Hamburg. Berichtsjahre: 1998 – 2008.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2009b): Ausbildungsstellenmarkt. Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September – Deutschland. Berichtsjahre: 1998 – 2008.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2009c): Statistik der Grundsicherung für Arbeit nach dem SGB II, Übersichtstabelle SGB II für Bund und Länder, Berichtsmonat Dezember 2008.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2010a): Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II, Verweildauern im SGB II – Dezember 2009.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2010b): Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen – Jahreszahlen.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2010c): Statistik der Grundsicherung für Arbeit nach dem SGB II, Übersichtstabelle SGB II für Bund und Länder, Berichtsmonat Dezember 2009.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2010d): Beschäftigungsstatistik, Beschäftigung Ende Dezember 2009 in Deutschland, Stichtag: 31. Dezember 2009.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2011a): Arbeitsmarkt in Zahlen. Zeitreihe Bewerber und Berufsausbildungsstellen.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2011b): Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II, Verweildauern im SGB II – Dezember 2010.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2011c): Statistik der Grundsicherung für Arbeit nach dem SGB II, Übersichtstabelle SGB II für Bund und Länder, Berichtsmonat Dezember 2010.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2012a): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2012b): Arbeitsstellen im Zeitverlauf.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2012c): Arbeitnehmerüberlassung. Leiharbeitnehmer und Verleihbetriebe, 2. Halbjahr 2011.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2012d): Beschäftigungsstatistik. Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen – Zeitreihe.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2012e): Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II, Verweildauern im SGB II – Dezember 2011.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2012f): Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen – Jahreszahlen.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2012g): Analytikreport der Statistik, Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer, März 2012.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2012h): Beschäftigungsstatistik. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen – Zeitreihe.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2012i): Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, Februar 2012.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2012j): Statistik der Grundsicherung für Arbeit nach dem SGB II, Übersichtstabelle SGB II für Bund und Länder, Berichtsmonat Dezember 2011.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2012k): Beschäftigungsstatistik, Länderreport - Deutschland, Juli 2012.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2012l): Beschäftigungsstatistik, Länderreport - Hamburg, Juli 2012.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2013a): Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen – Jahreszahlen.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2013b): Statistik der Grundsicherung für Arbeit nach dem SGB II, Übersichtstabelle SGB II für Bund und Länder, Berichtsmonat Dezember 2012

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2013c): Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II, Verweildauern im SGB II – Dezember 2012.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2007): Statistisches Jahrbuch Hamburg 2006/2007.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Jahrgänge 2006-2012a): Die Bevölkerung in Hamburg und Schleswig-Holstein nach Alter und Geschlecht.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Jahrgänge 2006-2012b): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Hamburg am 31. Dezember.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen Ende 2010. Statistik informiert Spezial VII/2011.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2012a): Bevölkerungsstand und -entwicklung in den Hamburger Stadtteilen 2011.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2012b): Statistisches Jahrbuch Hamburg 2011/2012

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2012c): Bruttoinlandsprodukt 2008 bis 2011, Erwerbstätige 1991 bis 2011, Arbeitsvolumen 2008 bis 2011 in Hamburg und in Schleswig-Holstein.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2012d): Statistische Daten zu den Stadtteilen Hamburgs. Stadtteilprofile 2008 bis 2011.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2013): Statistisches Jahrbuch Hamburg 2012/2013

Statistisches Bundesamt (2005): Bildung und Kultur. Berufliche Bildung 2005. Fachserie 11, Reihe 3.

Statistisches Bundesamt (2006): Bildung und Kultur. Berufliche Bildung 2006. Fachserie 11, Reihe 3.

Statistisches Bundesamt (2007): Bildung und Kultur. Berufliche Bildung 2007. Fachserie 11, Reihe 3.

Statistisches Bundesamt (2008a): Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen. Wintersemester 2007/08. Fachserie 11, Reihe 4.1.

Statistisches Bundesamt (2008b): Bildung und Kultur. Berufliche Bildung 2008. Fachserie 11, Reihe 3.

Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur. Berufliche Bildung 2009. Fachserie 11, Reihe 3.

Statistisches Bundesamt (2010a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung in den Bundesländern, dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern bis 2060. Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

Statistisches Bundesamt (2010b): Bildung und Kultur. Berufliche Bildung 2010. Fachserie 11, Reihe 3.

Statistisches Bundesamt (2011a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1, Reihe 2.2.

Statistisches Bundesamt (2011b): Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen - Vorbericht. Wintersemester 2010/11. Fachserie 11, Reihe 4.1.

Statistisches Bundesamt (2011c): Bildung und Kultur. Berufliche Bildung 2011. Fachserie 11, Reihe 3.

Statistisches Bundesamt (2012a): Bevölkerungsdichte: Bundesländer.

Statistisches Bundesamt (2012b): Bevölkerung, Erwerbstätige, Erwerbslose, Erwerbspersonen, Nichterwerbspersonen: Bundesländer, Jahre (Mikrozensus).

Statistisches Bundesamt (2012c): Bevölkerung, Erwerbstätige, Erwerbslose: Deutschland, Jahre, Geschlecht, Altersgruppen (Mikrozensus).

Statistisches Bundesamt (2012d): Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen.

Statistisches Bundesamt (2012e): Bildungsstand der Bevölkerung.

Statistisches Bundesamt (2012f): Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen. Wintersemester 2011/12. Fachserie 11, Reihe 4.1.

Statistisches Bundesamt (2012g): Bildung und Kultur. Schnellmeldung integrierte Ausbildungsberichterstattung. Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern.

Statistisches Bundesamt (2012i): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1, Reihe 3.

Statistisches Bundesamt (2012j): Kinder- und Jugendhilfe. Betreuungsquote von Kindern unter 6 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung am 1. März 2012 nach Ländern.

Statistisches Bundesamt (2012k): Kinder- und Jugendhilfe. Betreuungsquoten der Kinder unter 6 Jahren in Kindertagesbetreuung am 01.03.2012 nach Ländern.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2012): Frauen rücken verstärkt in Führungspositionen auf – Dennoch sind die „Chefs“ nach wie vor überwiegend Männer. Pressemitteilung 213/2012.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012a): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012b): Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen (Hamburg, Deutschland).

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012c): Allgemeinbildende Schulen: Absolventen/Abgänger nach dem Schulabschluss – Schuljahr.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012d): Amtliche Sozialberichterstattung. Armut und soziale Ausgrenzung – Armutsgefährdungsquote.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012e): Amtliche Sozialberichterstattung. Armut und soziale Ausgrenzung – Frühe Schulabgänger.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012f): Amtliche Sozialberichterstattung. Armut und soziale Ausgrenzung – Personen mit niedrigem Bildungsstand.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012g): Amtliche Sozialberichterstattung. Armut und soziale Ausgrenzung – Quote der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012h): Kindertagesbetreuung regional 2012.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013): Amtliche Sozialberichterstattung. Armut und soziale Ausgrenzung – Armutsgefährdungsquote.

#### Studien und Berichte

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorenge-  
stützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel.

Behörde für Schule und Berufsbildung (2011): Bildungsbericht Hamburg 2011.

Behörde für Schule und Berufsbildung (2012): Ausbildungsreport Hamburg 2012.

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (2012): Sozialmonitoring Integrierte Stadtteilentwicklung  
Bericht 2011.

Bertelsmann Stiftung (2011a): Wo steht Deutschland beim lebenslangen Lernen? ELLI-Index Europa  
2010.

Bertelsmann Stiftung (2011b): Deutscher Lernatlas. Ergebnisbericht 2011.

Bosch, Gerhard (2012): Prekäre Beschäftigung und Neuordnung am Arbeitsmarkt.

Brixy, Udo; Sternberg, Wolf und Arne, Vorderwülbecke (2011): Unternehmensgründungen von Mig-  
ranten. Ein Weg zur sozialen und ökonomischen Integration. IAB-Kurzbericht 08/2011.

Buch, Tanja; Meier, Henning und Andrea Stöckmann (2010): Demografischer Wandel - Auswirkun-  
gen auf den Hamburger Arbeitsmarkt. IAB-Regional 1/2010.

Bundesagentur für Arbeit (2012): Arbeitsmarktberichterstattung: Der Arbeitsmarkt in Deutschland,  
Zeitarbeit in Deutschland – Aktuelle Entwicklungen, Nürnberg.

Bundesinstitut für Berufsbildung (2012): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012. Informatio-  
nen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2011): Neue Wege – gleiche Chancen.  
Gleichstellung von Männern und Frauen im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht.

Burkert, Carola (2010): Migration, Integration, and the Labor Market after the Recession in Germa-  
ny, in: Migration and Immigrants two years after the financial collapse. Washington: Migration Policy  
Institute, 66-80.

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2007): Konsequenzen der neuen PISA-Studie für  
Hamburgs Schulentwicklung, Drucksache 18/6000.

Constant, Amelie und Klaus F. Zimmermann (2004): The Making of Entrepreneurs in Germany: Are  
Native Men and Immigrants Alike? IZA Discussion Paper Nr. 1440.

Deutsche Rentenversicherung Knappschaft Bahn-See (2012): Aktuelle Entwicklungen im Bereich der  
geringfügigen Beschäftigung.

Deutscher Lernatlas (2011), Profil Hamburg. Abgerufen unter [www.deutscher-lernatlas.de](http://www.deutscher-lernatlas.de) (Stand  
4.10.2012).

Deutsche Industrie- und Handelskammer (2012): Ausbildung 2012. Ergebnisse einer DIHK-Online-Unternehmensbefragung.

Deutsches Institut für Urbanistik (2012): Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007-2009. Band 4/2012.

Europäische Kommission (2003): Beobachtungsnetz der Europäischen KMU. Entwicklung von Kompetenzen und Qualifikationen in KMU. 2003/1.

Frauke, Ilse (2008): Qualifizierungsberatung in KMU – Ein Praxisbericht aus Hamburg. In: Loebe, Herbert; Severing, Eckart (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Qualifizierungsberatung. 63-75

Geißler, Rainer (2000): Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft. In: Informationen zur politischen Bildung 269: Sozialer Wandel in Deutschland.

Grotlüschen, Anke und Wibke Riekmann (2011): leo. - Level-One Studie. Presseheft. Universität Hamburg, Hamburg.

Grunau, Philipp (2012): Betriebliche Berufsausbildung und Weiterbildung in Deutschland. Aktualisierte Fassung Oktober 2012.

Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut (2010): Update – Wissensservice des HWWI. Ausgabe März 2010.

Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut (2011): Update – Wissensservice des HWWI. Ausgabe Mai 2011.

Hagen, Tobias; Metzger, Georg und Kathrin Ullrich (2012): KfW-Research – KfW Gründungsmonitor 2012.

Handelskammer Hamburg (2012): Hamburger Ergebnisse. IHK-Online Unternehmensumfrage 2012.

Hochschul-Informations-System (2012): Die Entwicklung der Schwund- und Studienabbruchquoten an den deutschen Hochschulen Statistische Berechnungen auf der Basis des Absolventenjahrgangs 2010.

Institut der deutschen Wirtschaft (2011): Bildungsmonitor 2011 - Fortschritte auf dem Weg zu mehr Wachstum und Gerechtigkeit.

Jehle, J.-M., Heinz, W. und P. Sutterer (2003): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine kommentierte Rückfallstatistik. Mönchengladbach.

Kosmann, M.; Neubauer, J.; Schultz, A. und H. Wunderlich (2003): Alleinerziehende im Sozialhilfebezug - Risiken und Chancen im Leben zwischen Familie und Erwerbstätigkeit. Bochum.

Matt, E. (2008): Das Projekt RESO-Nordverbund. Abschlusstagung RESO-Nordverbund; Bremen, 5. März 2008.

Oschmiansky, Frank und David Lucker (2012): Evaluation – „Vorbereitung der Entlassung von Strafgefangenen – Übergangsmanagement“.



Stanat, Petra; Pant, Hans Anand; Böhme, Katrin und Dirk Richter (Hrsg.) (2012): Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern am Ende der vierten Jahrgangsstufe in den Fächern Deutsch und Mathematik Ergebnisse des IQB-Ländervergleichs 2011.

Statistisches Bundesamt (2010c): Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen 2006. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Statistisches Bundesamt (2012h): Hochschulen auf einen Blick. Ausgabe 2012.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012g): Indikatoren der integrierten Ausbildungsberichterstattung. Ein Vergleich der Bundesländer.

Tietze, Wolfgang; Becker-Stoll, Fabienne; Bensel, Joachim; Eckhardt, Andrea G.; Haug-Schnabel, Gabriele; Kalicki, Bernhard; Keller, Heidi und Birgit Leyendecker (Hrsg.) (2012): NUBBEK. Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit Fragestellungen und Ergebnisse im Überblick.

Tolciu, Andreia und Ann-Julia Schaland (2008): Selbständige Migranten in Deutschland, in: Wirtschaftsdienst 8, 536-542.

Wacker, Nadine (2008): Betriebliche Interessen an Qualifizierungsberatung. Gestaltungsanforderungen an eine nachfrageorientierte Dienstleistung. In: Loebe, Herbert; Severing, Eckart (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Qualifizierungsberatung. 17-36

Wanger (2011): Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit – Viele Frauen würden gerne länger arbeiten. IAB-Kurzbericht 9/2011.

Wirth, W. (2006): Arbeitslose Haftentlassene: Multiple Problemlagen und vernetzte Wiedereingliederungshilfen. In: Bewährungshilfe 53, 137-150

Wirth, W. (2007): Qualifizierung-Vermittlung-Nachsorge, Eine 3-Säulenstrategie zur beruflichen Wiedereingliederung von (ehemaligen) Strafgefangenen. In: Zeitschrift für soziale Strafrechtspflege Nr. 44 "Der Übergang aus dem Strafvollzug in die Freiheit; Risiken, Verantwortlichkeiten, Management", Kiel, Juni 2007, S. 13-28.

Wirth, W. (2009): 3-Säulenstrategie zur beruflichen Reintegration von Gefangenen. Erfahrungen mit einem systematischen Übergangmanagement. In: Forum Strafvollzug 2; S. 75-84.

## **EU-Dokumente und Strategiepapiere**

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2012): Nationales Reformprogramm Deutschland 2012.

Council of the European Union (2012): COUNCIL RECOMMENDATION on the National Reform Programme 2012 of Germany and delivering a Council opinion on the Stability Programme of Germany, 2012-2016. Detaillierter sind die Herausforderungen für die Bundesrepublik Deutschland in folgendem Dokument dargelegt: European Commission (2012): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT Assessment of the 2012 national reform programme and stability programme for Germany accompanying the document Recommendation for a COUNCIL RECOMMENDATION on Germany's 2012 national reform programme and delivering a Council Opinion on Germany's stability programme for 2012-2016.

Europäische Kommission (2010): MITTEILUNG DER KOMMISSION: EUROPA 2020 - Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

VERORDNUNG (EU) Nr. 1303/2013 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates [Allg. VO].

VERORDNUNG (EU) Nr. 1304/2013 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates [ESF-VO].